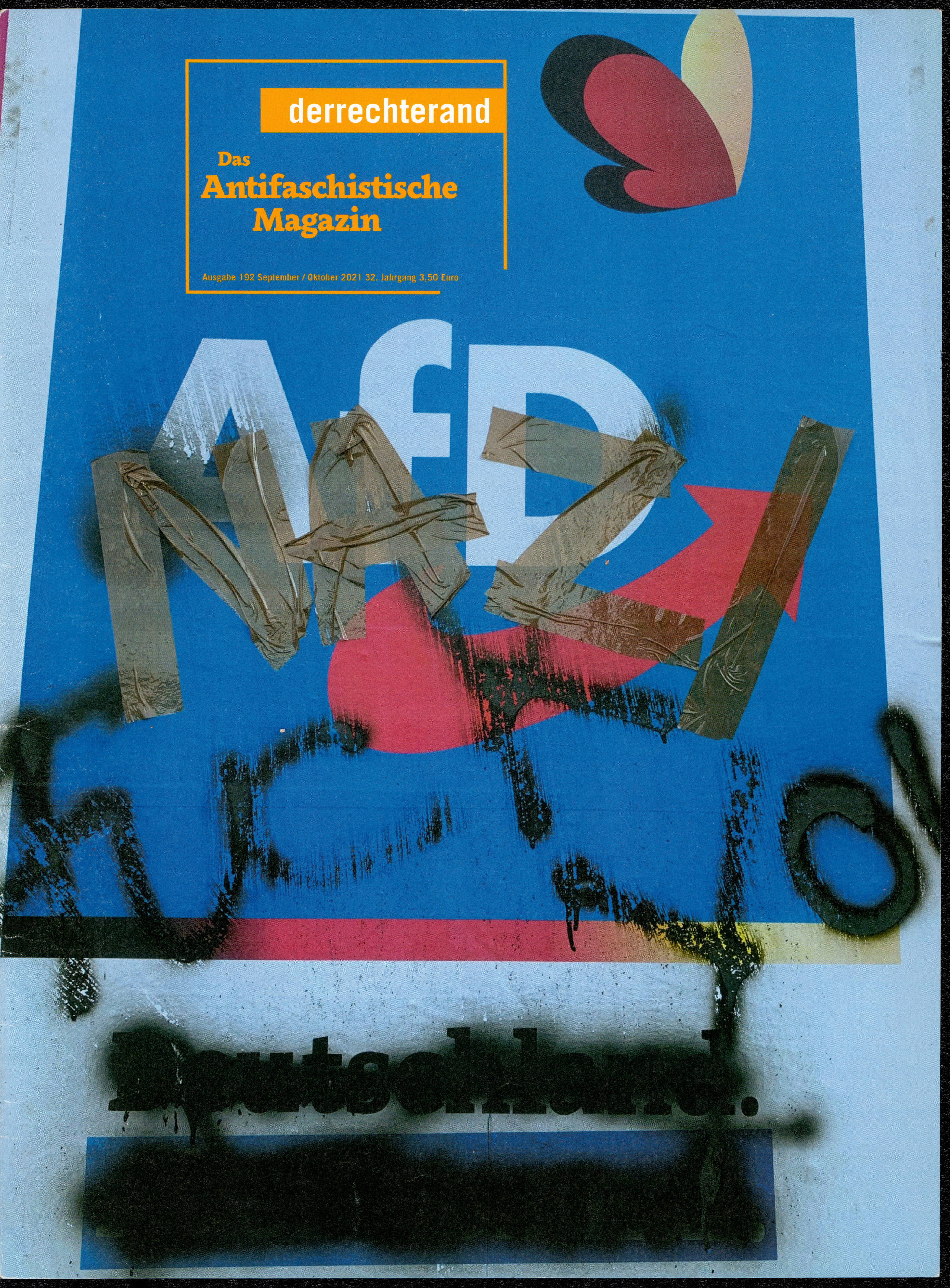
derrechterand

Das Antifaschistische Magazin

Ausgabe 192 September / Oktober 2021 32. Jahrgang 3,50 Euro


AfD
NAZI
Deutschland.

Inhalt und Editorial

Seite drei

Bundestagswahl 2021: Fest etabliert #Wiedereinzug **Seite 4**
Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen 2021 #Berlin **Seite 6**
Die AfD stabilisiert sich #Mecklenburg-Vorpommern **Seite 8**
Festsetzen in der Fläche #Niedersachsen **Seite 9**

Im Zwist vereint #AfD **Seite 11**
Staatlich geförderte Kaderschmiede #Stiftung **Seite 14**

Angriff auf die Pressefreiheit #Fretterode **Seite 16**
Entführung oder Säureanschlag? #München **Seite 17**
»Gruppe S.« vor Gericht #Stuttgart **Seite 18**
Vorbereitungen für den Bürgerkrieg #Hamburg **Seite 19**

»Fahrplan der Religiösen Rechten« #Gotteskrieger **Seite 20**
Bruderschaft und »authentische Männlichkeit« #ProudBoys **Seite 23**

Chiffre und Ereignis #Hoyerswerda **Seite 24**
NSU – Zehn Jahre danach #Bilanz **Seite 26**
Ausbauen oder auflösen? #Sicherheitsbehörden **Seite 28**
Ein Aufschrei geht durchs Land #Initiativen **Seite 30**
... auch nichts gesehen? #Antifa **Seite 34**

Veränderungen in der Justizlandschaft #NSU **Seite 36**

Unter stramm rechter Führung #Medien **Seite 37**

Zwischen Goldhandel und Verschwörungsmythen #Geschäfte **Seite 38**

Vorboten einer Spaltung #Frankreich **Seite 40**

Rezensionen **Seite 42**

Unsere Titelseite:
Es gab viel antifaschistischen Protest und Widerstand gegen die AfD zur Bundestagswahl 2021. © Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leser*innen,

die Wahlen im Superwahljahr 2021 sind vorüber und das erste Fazit über das Abschneiden der extremen Rechten in diesem Land fällt für uns zweigeteilt aus. Einerseits hat die »Alternative für Deutschland« (AfD) an vielen Stellen Verluste eingefahren. Bei der Kommunalwahl in Niedersachsen ist sie mit weniger als fünf Prozent im Landesschnitt marginalisiert und dennoch in der Fläche präsent. In Mecklenburg-Vorpommern rutschte die AfD deutlich unter die Zwanzig-Prozentmarke und bei der Bundestagswahl wurden die Rechtsaußen nunmehr fünftstärkste Kraft.

Doch während die Partei bei den Frühjahrs-Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ebenso deutliche Federn lassen musste und jeweils nur noch einstellig ist, deutete ihr Abschneiden in Sachsen-Anhalt auf wenig Veränderung hin. Denn trotz Verlusten gab es hier immer noch über 20 Prozent. Auch die Entwicklungen in Thüringen und Sachsen lassen aufhorchen. Hier setzte sich die AfD bei der Bundestagswahl an die Spitze aller Parteien. Im östlichsten Freistaat sogar das zweite Mal in Folge nach 2017 – trotz der prozentualen und absoluten Verluste von einigen zehntausend Stimmen. Bedingt durch die starken Verluste der CDU reichte das für Platz eins. Im Thüringischen bekam sie sich fast ein Viertel aller Zweitstimmen und liegt auf sächsischem Niveau.

In diesen beiden Ländern und in Sachsen-Anhalt konnte sie all ihre 16 Bundestags-Direktmandate holen, so viele wie die Grünen verstreut über die gesamte Bundesrepublik erlangten. Auch wenn darin der Leipziger Süden wie eine antifaschistische Wahl-Trutzburg steht, sind die Vorzeichen für die kommenden Urnengänge besorgniserregend.

Was wir vor vielen Jahren mit NPD und DVU in diesen drei Bundesländern erlebten, wiederholt sich mit der AfD und zwar in verschärfter Form. Eine rassistische, nationalistische und völlig verfestigte Stammwähler*innenschaft wählt den parlamentarischen Arm der extremen Rechten gerade wegen Höcke, Gauland und Chrupalla. Jene Klientel schickt sich an, die politische und gesellschaftliche Hoheit zu erlangen. Nicht nur in den Parlamenten, sondern immer schon militant auf den Straßen. Diese Bedrohung wird vom bundesrepublikanischen Koalitionsgeplänkel verdeckt und gerade deswegen müssen wir den Finger in die Wunde legen.

*Die Partei der »Querdenker«, Verschwörungsgläubigen, Coronaleugner*innen und Maskenverweigerer*innen – »dieBasis«.*

Freiheit
Leben ohne Lockdown
www.diebasis-partei.de
Raute, Basis-Mitglied seit 11/2020
er-See-Straße 27 · 13599 Berlin

#entsichert

Querdenken

von Andreas Speit

Der Schuss erfolgte vorsätzlich. Am 18. September erschoss Mario N. in Idar-Oberstein Alexander W. Ohne Mund-Nasen-Schutz war N. in die Aral-Tankstelle in der rheinland-pfälzischen Stadt eingetreten. Der Student W., der in der Tankstelle als Kassierer jobbte, wies auf die staatlichen Maßnahmen aufgrund der Pandemie hin. Keine zwei Stunden später ermordete der 49-jährige N. den 20-jährigen mit einem Kopfschuss. Die Radikalisierung der »Querdenken«- und Corona-Leugnungs-Bewegung führte zum ersten Toten. Dem vorausgegangen war ein permanentes Steigern der Eskalation in den sozialen Medien. Der Applaus dient der Vergewisserung. Worte sind eben nicht bloß Worte.

Der Verlauf der Tat an jenem Samstagabend offenbarte die tödliche Gefährdung durch diese hoch emotionalisierte Bewegung, die sich von einer Verschwörungserzählung zu weiteren Verschwörungserzählungen radikalisiert. Um 19.40 Uhr kam N. erstmals in die Tankstelle, berichtete Staatsanwalt Kai Fuhrmann auf einer Pressekonferenz. Nach dem Hinweis auf den Mund-Nasen-Schutz habe N. die Tankstelle verlassen und sei zwei Stunden später wieder erschienen. Diesmal mit Maske. Diese habe er jedoch an der Kasse abgenommen, um zu provozieren. Als W. erneut mahnte, zog N. einen Revolver und schoss. Von einem Affekt dürfte wohl nicht ausgegangen werden. N. kam um zu töten. Er wollte ein Zeichen setzen, sagte er in der Vernehmung.

Schon im vergangenen Jahr hatte das Bundeskriminalamt vor Anschlägen aus dieser Bewegung auf Personen und Institutionen gewarnt. Medien berichteten auch schon über Anschläge auf das Robert-Koch-Institut in Berlin, das Rathaus im niedersächsischen Delmenhorst und das Impfzentrum im sächsischen Treuen. In Gastronomie, Bahnen oder Lebensmittelgeschäften mussten sich Mitarbeiter*innen bereits gegen Maskenverweiger*innen wehren, meist verbal – zu häufig wurden sie Opfer physischer Attacken. Nicht nur einzelne Sachverständige und Politiker*innen, die die Maßnahmen zur Abwehr von Covid 19 empfehlen oder verantworten, bedürfen des Polizeischutzes. In Niedersachsen, in Wallenhorst, steht längst ein Hausarzt unter dem Schutz, da er es aus Fürsorgepflicht für seine Mitarbeiter*innen ablehnte, Nicht-Geimpfte ohne medizinischen Grund zu behandeln. Die Dimension der Bedrohung durch diese Bewegung scheint in Politik und Medien aber noch nicht ganz gesehen zu werden. Fast scheint es so, dass die »einzelnen Fälle« kopfschüttelnd wahrgenommen werden, die sich steigernden Angriffe aber nicht als eine sich fortsetzende Reihe erkannt werden. Die latente Aggressivität der vermeintlich herzliebenden Freiheits- und Grundgesetzschützenden schlug allerdings auch schon bei ihren Demonstrationen nicht bloß in Leipzig oder Kassel in offene Gewalt gegen Gegendemonstrant*innen, Journalist*innen und Polizist*innen um. Den Zenit der Großveranstaltungen dürfte die »Querdenken«- und Corona-Leugnungs-Bewegung überschritten haben. Hingegen, die Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft mit alternativem Habitus ist immer noch in Bewegung.

Die Debatten und Regelungen um die Freiheiten von Geimpften und Genesenen und Einschränkungen von Ungeimpften im Alltag heizen an. Die Mund-Nasen-Bedeckung zum Schutz des Gegenübers wurde erst als »Maulkorb« politisiert, das Impfen jetzt als Angriff auf den Körper. Diese Logik kann zur Rechtfertigung eines Selbstschutzes führen, der Angriffe als Verteidigung legitimiert. Dieser Sound dröhnt durch ihre Telegramkanäle. Menschen, die aus berechtigten Sorgen und Ängsten eben dort Rat und Hilfe suchten, wird nicht geholfen, sie werden weiter verunsichert. Die »KlagePaten« oder »Ärzte für Aufklärung« schüren mit Verschwörungserzählungen und Fake-News stattdessen die Sorgen und Ängste stetig fort. Die Prophet*innen des Untergangs können auch gar nicht anders, schrieb Leo Löwenthal in »Falsche Propheten« 1949. Der »Agitator« muss seinen »Anhängern« immer weitere Feinde und Projektionsfantasien bieten, um die neue Autorität zu bleiben.

Die Netzwerke der »Querdenkenden« haben in der Tankstelle 2021 mitgeschossen. Bis zum Oktober 2019 verwendete W., der sich selbst der Polizei stellte, in den sozialen Medien vor allem Twitter. Dort bewegte sich W. seit Jahren in rechtspopulistischen bis extrem rechten Online-Kreisen, las und likte. Die Kommentierungen vervollständigen ein Weltbild zwischen antidemokratisch und antimodern. So finden sich bei ihm: die radikale Antifeministin Birgit Kelle, der völkische AfDler Björn Höcke und andere. In der Debatte um die Beweggründe und Motivation von W. wird auf den Selbstmord seines Vaters mit einer Schusswaffe hingewiesen. Ein Fakt, der mitzudenken ist. Die Entpolitisierung einer politischen Tat durch eine Pathologisierung des Täters sollte dieser Fakt aber nicht auslösen. Eine solche Relativierung führte in Politik, Sicherheitskreisen und Medien lange zu einer Verharmlosung von »Reichsbürgern« – die heute mit der kritischen Masse in der Bewegung sind.

Das gemeinsame Agieren in den sozialen Medien und in der Folge auf der Straße hat gegenseitige Akzeptanz geschaffen, aus der Allianzen entstanden. Mit erschütternder Radikalität. Der Popstar Xavier Naidoo, der schon früh den »Querdenkern« nahestand, singt jetzt mit dem RechtsRocker Hannes Ostendorf im Duett »Deutschland krempelt die Ärmel hoch« gegen Impfen. Und zusammen fragen sie: »Die starken Männer, wo sind sie bloß?« Im Video marschiert die extrem rechte Hooligan-Fanbase von Ostendorf auf.

Die AfD-Wahlparty fand im »La Festa« in Berlin statt.

#Wiedereinzug

Fest etabliert

von Andreas Speit

»National, völkisch«. In der ARD-Sendung »Berliner Runde nach der Wahl« wehrte Alice Weidel diese politische Einordnung ab. Am Wahlabend betrieb die Bundestagsspitzenkandidatin der »Alternative für Deutschland« (AfD) in der medialen Öffentlichkeit die ideologische Mimikry ihrer Partei weiter. Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 wussten die Wählenden aber, bei wem sie ihr Kreuz machten. Am Abend stand fest: 10,3 Prozent stimmten für eine Partei mit einem völkisch-nationalistischen Profil. Das Wahldesaster der CDU kam der AfD aber kaum entgegen.

Die Landtagswahlen in den vergangenen Jahren hatten schon offenbart, dass die vermeintliche Alternative sich eine Stammwähler*innenschaft aufbauen konnte, die nicht nur aus enttäuschten Unions-Anhänger*innen besteht. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 verlor die AfD mit 2,3 Prozent relativ gering. Einen Tag nach der Wahl brach denn auch der schwelende Konflikt über die politische Ausrichtung und die angestrebte Zielgruppe auf der Bundespressekonferenz offen aus. Nachdem das Bundestagsspitzenduo Alice Weidel und Tino Chrupalla von einem soliden Ergebnis bei der Bundestagswahl und einer Konsolidierung angesichts einer knapp zweistelligen AfD sprach, polterte der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen: »Versuche, sich das Ergebnis in Altparteienmanier schön zu reden, darf es bei uns nicht geben« und meinte, sie hätten außerhalb des AfD-Milieus keine Wähler*innen mobilisieren können – trotz massiver Verluste der CDU. Weidel giftete zurück: »Ich lasse mir das Ergebnis nicht schlecht reden!« Sie musste sich aber dennoch anhören, wie Meuthen weiter den laufenden radikalen Kurs angriff und betonte: »Wir müssen klare Signale senden in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft« und nachschob: »War es wirklich klug, den Dexit in das Wahlprogramm zu schreiben?«

Das Duo wollte diese Überlegung des vermeintlich moderaten Bundesvorsitzenden nicht hören. Das Amt könnte Meuthen im Dezember los sein. Dieser Auftritt dürfte ihn auch Sympathien von ihm nahe stehenden Parteifreund*innen gekostet haben. Die Kritik ist aber jene, die Karlheinz Weißmann immer wieder in der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) vorträgt. Der erneute Wahlzuspruch bewegt sich dann auch um das bekannte Einstellungspotenzial. In der Studie »Geforderte Mitte« stellten die Sozialwissenschaftler*innen 2021 fest, dass 13,5 Prozent der Befragten ein geschlossenes rechtspopulistisches Weltbild verinnerlicht haben, 11,1 Prozent im Westen, 21 Prozent im Osten. Der Wahlabend bestätigte insofern das zu Erwartende. Die AfD konnte mit ihrem Bundestagsspitzenduo Alice Weidel und Tino Chrupalla dieses Spektrum in der Mitte der Gesellschaft mobilisieren. Bei Phoenix sprach der Co-Bundesvorsitzende von einem »soliden Ergebnis«, dass sie sich aber »2 Prozent« mehr gewünscht hätten. Der Wunsch dürfte auch wegen des anhaltenden Richtungsstreits und des schwachen Wahlkampfs nicht erfüllt worden sein.

Das Wahlkampfmotto »Deutschland, aber normal« war eindeutig und sogleich mehrdeutig. Alle die sich um ihren SUV oder ihr Schnitzel sorgen, sich vor Fremden oder Frauen fürchten, ängstlich Gender und Diversität betrachten, wurden angesprochen. Die Kampagne konnte die AfD allerdings nicht in allen Bundesländern auf der Straße gleich stark realisieren – auch wegen der Gegenproteste. Ein Agenda-Setting wie 2017 gelang ihr jetzt in Zeiten der Pandemie ebenso wenig. Das späte Aufspringen auf den Zug der »Querdenker« bewirkte nicht viel. Mit der Wahl des Spitzenduos hatten die AfD-Mitglieder auch gleich über die Richtung abgestimmt. Denn beide stehen dem aufgelösten »Flügel« um den thüringischen Landtagsfraktionschef Björn Höcke nahe, waren die Wunschkandidat*innen des »Flügels«. Diese Kombination könnte zu den so unterschiedlichen Wahlergebnissen in den West- und Ostbundesländern geführt haben. In Sachsen wurde die AfD mit 24,6 Prozent und in Thüringen mit 24 Prozent stärkste Kraft. Hohe zweistellige Ergebnisse erreichte sie auch in Sachsen-Anhalt mit 19 Prozent, in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 18 Prozent. Die AfD verlor in allen alten Bundesländern Wähler*innenstimmen: Beispielsweise sank die AfD in Hessen auf 8,7 Prozent, in Bayern auf 10 Prozent, in Baden-Württemberg auf 9,6 Prozent, in Niedersachen auf 6,5 Prozent, in Schleswig-Holstein auf 6,4 Prozent und in Hamburg auf 5 Prozent. Die JF konstatiert das Offensichtliche: Die Partei drohe in »Schieflage zu geraten«. Chefredakteur Dieter Stein schreibt in der neu-rechten Wochenzeitung, dass die teils »stärkeren Verluste im Westen« dem Stimmenzuwachs im Osten gegenüber stünden, warnt jedoch: »Die Rezepte aus dem Osten lassen sich eben nicht auf den Westen übertragen.« In der »Neuen Rechten« sind die alten Fronten bekannt. Das Personal um das »Institut für Staatspolitik« wettert gegen einen Meuthen-Kurs. Benedikt Kaiser twitterte schon am Wahltag: »Die AfD muss den sogenannten Ost-Kurs (…) ausbauen.«

Die 83 Mandatsträger*innen der AfD werden im kommenden Bundestag noch radikaler agieren. Dank des Einzugs kann nun auch die AfD-nahe »Desiderius-Erasmus-Stiftung« auf Fördermittel pochen. Im ersten Jahr sollen es etwa acht Millionen Euro sein – staatliche Gelder für den Aufbau von Personal und Netzwerken gegen den Staat.

Das Wahlergebnis könnte als Bestätigung einer Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Februar dieses Jahres wahrgenommen werden: »Knapp acht Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland vertreten manifest rechtsextreme Einstellungen.« Bei populistisch eingestellten Wähler*innen sei der Anteil jedoch mehr als doppelt so hoch und bei den Anhänger*innen der AfD sogar fast viermal so hoch. »Mehr als die Hälfte der AfD-Wähler*innenschaft ist latent oder manifest rechtsextrem eingestellt.« Die Partei wird nicht aus Protest, sondern wegen ihres Personals und ihrer Positionen gewählt. Ein neuer Umgang ist dringend geboten – in Politik und Medien. Eine NPD 2.0 droht, sie sollte wie die NPD behandelt werden. Gerade wegen des höheren Zuspruchs an der Wahlurne.

DAS FUTTERHAUS
Geldautomat
VELTINS
LA FESTA
EVENT SAAL
VERANSTALTUNGEN ALLER ART
Physiotherapie Susanne Ringer
AfD
Alternative
COVID-19
Ton- und Videoaufnahmen
Eingang Gäste
Unser Land, unsere Heimat.

AfD
Deutschland.
Deutschland. Aber normal.
AfD

#Berlin

Großer Rückschritt

Das Abschneiden der AfD bei den Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen

von Sven Kames

Superwahlsonntag in Berlin. Gleich vier Abstimmungen auf einmal standen in der Bundeshauptstadt am 26. September an: Die Bundestagswahl, daneben ein im Ergebnis erfolgreiches Volksbegehren zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen und schließlich gab es die Landeswahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksvertretungen.

AfD fast halbiert: 6,2 Prozent verloren

Blicken wir auf das Abschneiden der »Alternative für Deutschland« (AfD) auf der Landesebene. Im Ergebnis verbuchte die Partei bei den Abgeordnetenhauswahlen 8,0 Prozent der Stimmen (absolut: 145.000). Dies ist ein fulminantes Minus von 6,2 Prozent im Vergleich zu den 14,2 Prozent beim vorigen Urnengang im Jahr 2016. Der allgemeine bundesweite Trend hat sich damit fortgesetzt. Bei allen Landtagswahlen seit 2020 hat die AfD zum Teil erheblich Stimmen eingebüßt.

In das Abgeordnetenhaus wird die AfD nun 13 Vertreter*innen entsenden können. In der vorigen Legislaturperiode kamen ihr zunächst 25 Sitze zu, was sich infolge interner Auseinandersetzungen jedoch bis zum aktuellen Wahltermin auf 22 reduziert hatte. Zuletzt war im November 2020 der AfD-Abgeordnete Kay Nerstheimer zur NPD gewechselt, was dieser Neonazipartei für immerhin ein knappes Jahr ihren einzigen Abgeordnetensitz in allen deutschen Landesparlamenten beschert hatte.

»Berliner Kurs« endgültig am Ende

Die Wahlen markierten das Ende der Ära Georg Pazderski für die AfD in Berlin. Der ehemalige Bundeswehroffizier hatte den Landesverband als Vorsitzender zwischen 2016 und 2020 und bis zum Wahltermin als Vorsitzender der Abgeordnetenhausfraktion über entscheidende Jahre geprägt. Inhaltlich war Pazderski keinesfalls »gemäßigt«, er hatte sich jedoch im Verband um eine besitzbürgerliche Erscheinung, eine Abgrenzung zum »Flügel« und zur fundamentaloppositionellen Strategie bemüht. Mit dem von ihm formulierten

Kristin Brinker am 24. September 2021 beim Wahlkampfabschluss in Berlin-Charlottenburg

Statt das ganze Land:
Regierung in den Lockdown!
Deutschland. Aber normal.
AfD
26.9.2021
Ja!
DEUTSCHE WOHNEN & CO ENTEIGNEN

»Berliner Kurs« wollte Pazderski eine zügige Koalitionsfähigkeit der AfD erreichen. Seinen Sitz im Bundesvorstand hatte er schon 2019 verloren, der Berliner Landesvorsitz wurde ihm sodann streitig gemacht und ein erneuter Antritt auf einem Spitzenplatz für die Abgeordnetenhauswahlen blieb ihm trotz entsprechender Ambitionen versagt. Er trat die Flucht nach vorne und weg von der Landespolitik an: Aber auch über die Landesliste gelang Pazderski der Einzug in den Bundestag nicht. Nachfolgerin von Pazderski auf dem Landesvorsitz wurde nach einer Interimsphase unter dem ex-Springer-Journalisten Nicolaus Fest im Frühjahr 2021 die Architektin Kristin Brinker, wofür sie sich gegen die in Berlin ansässige Co-Bundesvorsitzende Beatrix von Storch durchsetzen musste. Brinker kann sich auf die Unterstützung des »Flügels« verlassen und fungierte auch als Spitzenkandidatin bei den Abgeordnetenhauswahlen. Querelen bei der Aufstellung der Wahlliste, die auch von Parteimitgliedern angefochten wurde, zeigten, dass Brinker nicht unumstritten ist. Eine ihrer stellvertretenden Vorsitzenden, Jeannette Auricht, hat ein als extrem rechts einzuschätzendes politisches Profil. Nach der Wahl wurde Brinker zur Vorsitzenden der neuen AfD-Abgeordnetenhausfraktion bestimmt. Zu einem der Fraktionsvize stieg indes Thorsten Weiß auf, der bis zu dessen formaler Auflösung als Berliner Obmann des »Flügels« galt. Unter Pazderski galt der Berliner AfD-Verband als der letzte im Osten Deutschlands, der nicht von extrem rechten Netzwerken dominiert ist. Diese Einschätzung war angesichts der Aktivitäten von eindeutig extrem rechten Parteifunktionär*innen, die bis zu Verdächtigen von rechtsextremen Anschlägen reichen, immer schon mit Vorsicht zu genießen. Nunmehr hat sich dies auch für eine breitere Öffentlichkeit leichter erkennbar gewandelt. Gegen die 2021 eingesetzte Beobachtung des Verbandes durch den Landesverfassungsschutz als »Verdachtsfall« wehrt sich die Partei juristisch – bislang war sie damit nur in Detailfragen erfolgreich. In den Berliner Wahlkampf hatte die AfD 600.000 Euro investiert, was im Vergleich zu anderen Wahlantritten eine eher kleine Summe darstellt. Besonders in den äußeren Bezirken, wo nur schwache Proteste zu erwarten waren, präsentierte sie sich nicht nur auf Wahlplakaten, sondern auch an Infoständen. Der Radikalisierung des Landesverbandes zum Trotz, setzte die Partei auf einen vergleichsweise weniger stark polarisierenden Wahlkampf als anderswo. Sie stellte die politischen Themen Bildung, Verkehr, Sicherheit und Wohnen heraus und versuchte, sich ein »konservatives« und »liberales« Profil zu geben. Im Landeswahlprogramm fanden sich Forderungen nach Bekämpfung von Einwanderung, mehr Abschiebungen, »Liebe zur Heimat« und die Behauptung, dass es derzeit einen »kulturellen Rabatt« für nichtdeutsche Straftäter gebe. Stärker in den Fokus gesetzt waren jedoch andere Themen: Der Wohnungsnot in Berlin wollte die AfD laut Programm durch Privatisierungen und Deregulierungen des Marktes, Abschaffung des Milieuschutzes und Reduzierung der Grundsteuer Abhilfe schaffen. Verkehrspolitisch stellte sich die AfD als Automobilpartei auf, die forderte, dass der Rad- und Fußverkehr »nicht zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs« gefördert werden dürfe.

Hochburgen in den Ostbezirken

Von den fünf Direktmandaten, die die AfD 2016 in den Ostbezirken der Stadt errungen hatte, konnte sie zwei halten (Jeannette Auricht und Gunnar Lindemann, beide in Wahlbezirken in Marzahn-Hellersdorf). Die insgesamt größere Bedeutung der Ostbezirke für die AfD setzte sich auch 2021 fort. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie in Marzahn-Hellersdorf, wo sie bezirksweit 16,2 Prozent der Stimmen erhielt. Das zweitbeste Ergebnis verbuchte sie in den Wahlbezirken in Treptow-Köpenick mit insgesamt 11,9 Prozent. Im Westen der Stadt schnitt die Partei in Spandau mit 10,0 Prozent am stärksten ab. Am schwächsten fielen die Ergebnisse – wenig überraschend – in Friedrichshain-Kreuzberg (3,1 Prozent) aus. In etwa analog zu diesen Trends lagen die Ergebnisse bei den Wahlen zu den politisch untergeordneten Bezirksversammlungen. Insgesamt errang die AfD 58 Sitze in den zwölf Bezirken (vormals: 97), in denen sie flächendeckend vertreten bleibt. Die AfD wird voraussichtlich vier Stadtratsposten erhalten (2016: 6).

Unter ferner liefen

Neben der AfD traten bei den Berliner Wahlen auch weitere rechtsextreme und entsprechend beeinflusste Vereinigungen an. Keiner gelang es, Sitze im Abgeordnetenhaus zu erringen. Im Überblick: Die NPD erzielte für sie desaströse 0,1 Prozent der Stimmen, was ein erneutes Minus gegenüber den 0,6 Prozent im Jahr 2016 bedeutet. Der NPDler Kay Nerstheimer, der 2016 noch für die AfD antretend im Wahlbezirk Lichtenberg das Direktmandat gewonnen hatte, landete bei 0,6 Prozent der Erststimmen. Des Weiteren: Die AfD-Abspaltung »Liberal-Konservative Reformer« (LKR) blieb mit 0,1 Prozent bedeutungslos. Die vereinzelt antretenden »Republikaner« erzielten nur einzelne Stimmen, gleiches gilt für »Die Deutschen Konservativen«. Die verschwörungsideologisch geprägte »Querdenker«-Partei »dieBasis« verbuchte hingegen bei ihrem ersten Wahlantritt in Berlin 1,6 Prozent. Für diese Partei reichte es trotz eines relativ aufwändigen Wahlkampfs jedoch auch auf Bezirksebene, wo die Sperrklausel bei nur drei Prozent liegt, am Ende nicht für Mandate.

Bei der Abwicklung der Wahlen kam es in Berlin zu erheblichen organisatorischen Unregelmäßigkeiten. Welche Auswirkungen dies auf die finale Gültigkeit der hier wiedergegebenen Zahlen haben wird, war zum Redaktionsschluss noch nicht abzusehen.

#MecklenburgVorpommern

Die AfD stabilisiert sich

Der Höhepunkt des Superwahljahres 2021 ist vorüber: Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde gewählt. Die »Alternative für Deutschland« zog mit Verlusten zum zweiten Mal in den Landtag ein.

von Lisa Krug

Deutschland.
Aber normal.
AfD
Am 26. September: AfD wählen!
HEIMAT SCHÜTZEN
ILLEGALE EINWANDER STOPPEN!
AWO FILZ RAUS. ANSTAND REIN!

Wahlkampfauftakt im August 2021 in Schwerin mit Chrupalla, Weidel, Holm und Kramer.

Mecklenburg-Vorpommern hat einen neuen Landtag. Als klare Siegerin mit einem rekordverdächtigen Ergebnis von 39,6 Prozent geht die SPD aus diesem Wahlkampf hervor. Ähnlich wie im Bundesergebnis musste auch die CDU an der Ostsee einen derben Rückschlag erleben und überzeugte lediglich 13,3 Prozent der Wähler*innenschaft. Damit landet sie abermals hinter der »Alternative für Deutschland« (AfD), die trotz Verlusten von 4,1 Prozent weiterhin zweitstärkste Partei bleibt, mit noch 16,7 Prozent der Zweitstimmen. Als Konsequenz aus der CDU-Wahlniederlage traten der Landesvorsitzende Michael Sack und der Generalsekretär Wolfgang Waldmüller bereits einen Tag später zurück. Von der AfD werden zukünftig ihr Spitzenkandidat Nikolaus Kramer und 13 weitere Abgeordnete im Landtag sitzen. Lediglich Thomas de Jesus Fernandes und Stephan Reuken haben neben Kramer die innerparteilichen Streitigkeiten überstanden und konnten ein zweites Mal einziehen. Die restlichen Mandate sind eine komplette Neubesetzung, von denen zwar einige bereits Erfahrungen in Kommunalparlamenten sammelten oder bereits als Referent*innen tätig waren, aber keine direkten Erfahrungen auf Landesebene mitbringen.

Neu ist immer besser?

Ein nahezu völliger Austausch der AfD-Landtagsfraktion ist vielleicht nicht verwunderlich in Anbetracht der internen Zerwürfnisse vor und während des Wahlkampfes. Vor allem die AfD zeigte abermals der Bevölkerung auf, dass sie mehr mit sich selbst als mit den Interessen der Wähler*innen beschäftigt ist. Auch wenn sie auf ihren eigenen Kanälen offiziell eine geschlossene Linie zu präsentieren versucht, wurden die Schlagzeilen der vergangenen Monate von Streitigkeiten oder Parteiausschlüssen dominiert.

So lief entgegen ihrem auferlegten Wahlmotto »MV. Aber normal« der erste Listenparteitag im Mai alles andere als normal ab. Eigentlich sollte die komplette Landesliste mit den Kanditat*innen für die anstehende Landtagswahl beschlossen werden. Doch gerade einmal zehn der geplanten 30 Listenplätze wurden gewählt, bis nach zähen Debatten und etlichen Problemen bei der Stimmenauszählung der Parteitag in der Nacht abgebrochen wurde. Als größter Verlierer dieses Abends ging der ehemalige CDU-Politiker Hagen Brauer hervor, der erkennen musste, dass ihm ausgerechnet die Parteibasis ihre Zustimmung verweigerte. Bereits zuvor scheiterte er daran, sich als Direktkandidat im eigenen Kreisverband Schwerin aufstellen zu lassen. Brauer trat nach dem desaströsen Ergebnis von seinem Amt als Co-Landesvorsitzender zurück. Der zweite Listenparteitag einen Monat später verlief ähnlich zähflüssig. Schlussendlich wurden nur 23 Kandidat*innen aufgestellt. Auffällig war bereits dort, dass sich auf der Liste ein Großteil Kommunalpolitiker*innen und Unbekannte befanden, die bislang kaum öffentlich in Erscheinung getreten waren.

Die »Gurkentruppe«

Neben den freiwilligen Rücktritten scheute sich die AfD trotz laufenden Wahlkampfes nicht davor, Mitglieder aus der Partei zu werfen oder Ausschlussverfahren anzustoßen. Vor Kurzem traf dieses Schicksal den Rechtsprofessor Ralph Weber, den der Landesverband aufgrund seines parteischädigenden Verhaltens loswerden wollte. Weber, der dem rechten »Flügel« zuzuordnen ist, fiel in der Vergangenheit schon öfter mit seinem losen Mundwerk auf und hat jetzt anscheinend den Zenit überschritten.

Beim zweiten Listenparteitag in Wittenburg habe er die aufgestellten Kandidat*innen als »Gurkentruppe« bezeichnet und sich ihnen gegenüber verächtlich geäußert, nachdem er selbst keine der begehrten Kandidaturen ergattern konnte. Das hat den Kragen des Landesvorsitzenden Leif-Erik Holm zum Platzen gebracht: »Das geht einfach nicht, wir wollen eine seriöse Partei sein«, äußerte er sich gegenüber dem Norddeutschen Rundfunk. Die Entscheidung über den Ausschluss steht aber noch aus. Offensichtlich nahmen ihm auch andere Mitglieder dieses Verhalten übel: Nach seinen unangebrachten Äußerungen während des Parteitages ließ Webers Kreisverband über sein Direktmandat neu abstimmen. Er verlor die Wahl und verpasste so die letzte Chance in den Landtag gewählt zu werden. Aber die Schlammschlacht ging weiter: In einem Facebook-Beitrag gut drei Wochen vor der Wahl erhob er gegen mehrere Mitglieder Vorwürfe unter der Rubrik »kriminelle Gurken«. Zwar sind die Enthüllungen über die Betroffenen nicht neu, dennoch dient es dem Zweck, der Partei kurz vor der Wahl maximalen Schaden zuzufügen. Einige wollen nun rechtlich gegen Weber und seine Anschuldigungen vorgehen.

Damit hat die AfD abermals gezeigt, dass sie sich auch in Mecklenburg-Vorpommern weit weg vom gewünschten Image einer »seriösen Partei« bewegt. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass sie es trotz des chaotischen Wahlkampfes schaffte, ihren Platz als stärkste Oppositionspartei im Landtag zu sichern.

#Niedersachsen

Festsetzen in der Fläche

Die radikale Rechte hat bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen verloren. Doch die »Alternative für Deutschland« konnte ihre Präsenz in der Fläche ausweiten und »dieBasis« zog in eine Reihe von Kommunalparlamenten ein. Eine erste Analyse der Ergebnisse.

von Tilo Giesbers

Am 12. September 2021 fanden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Auch wenn es nach den noch nicht überall bestätigten, endgültigen Wahlergebnissen noch Verschiebungen geben kann und erst mit den Konstituierungen der neuen Gremien im November die endgültigen Zusammensetzungen feststehen werden, ist eine erste Analyse der vorläufigen Ergebnisse möglich (Stand 18.09.2021).

AfD: Verluste und Siege

Sicher kann die »Alternative für Deutschland« (AfD) die Wahlen nicht als großen Sieg verkaufen. Dass diverse Medien nun aber von einem Desaster für die Partei sprechen, ist Augenwischerei. Die AfD verliert auf Kreisebene und auch in vielen Städten und Gemeinden. Besonders schmerzen wird sie, dass ihr mit dem Verlust von Sitzen auch einige Fraktionen verlorengehen. Damit verliert sie in größeren Kommunen und bei Kreistagen auch Fraktionsgelder, Büros und Mitarbeiter*innen. Allerdings gewinnt die extrem rechte Partei auf der anderen Seite an Präsenz, weil sie nun in deutlich mehr Gremien vertreten sein wird.

Die Gesamtzahl der AfD-Mandate im Bundesland bleibt nahezu unverändert. Waren es aus den jeweils letzten Wahlen 449 Sitze, werden es ab November 2021 nach vorläufigen Zahlen nun 429 sein, also nur 20 weniger. Zählt man die aktuell 60 und zukünftig 13 unbesetzten Mandate nicht mit, werden aus den aktuell 389 Sitzen sogar 27 mehr, nämlich 416. Die 429 künftigen Mandatsträger*innen in Niedersachsen sind durchschnittlich 54,6 Jahre alt, also etwas jünger als der Durchschnitt der Kandidierenden. Nur 55 von ihnen (12,8 Prozent) sind Frauen. Damit sinkt der Frauenanteil im Vergleich zu den Kandidaturen um 2,3 Prozent. Das liegt vor allem daran, dass die aussichtsreichen Listenplätze in der Regel eher an Männer vergeben wurden.

Da viele Kandidat*innen gleich in mehrere Gremien - etwa in einen Kreistag und einen Gemeinderat - einziehen, verteilen sich die Sitze auf real nur 304 Personen von durchschnittlich 54,8 Jahren. Der Anteil der weiblichen Vertreter*innen steigt von 35 vor fünf Jahren auf nun 42 (13,8 Prozent).

In den Kreisen und Städten

Auf der Ebene der Landkreise kommt die Partei in diesem Jahr auf 116 Mandate und verliert gut ein Drittel ihrer 2016 erzielten 183 Sitze. Die neuen Rät*innen sind durchschnittlich 55,4 Jahre alt, ein Plus von rund vier Jahren. 16 von ihnen (13,8 Prozent) sind Frauen - ein leichtes Plus von 1,8 Prozent. Bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung verlor die AfD in Niedersachsen nun rund 330.000 Stimmen – das sind 2,4 Prozent weniger.

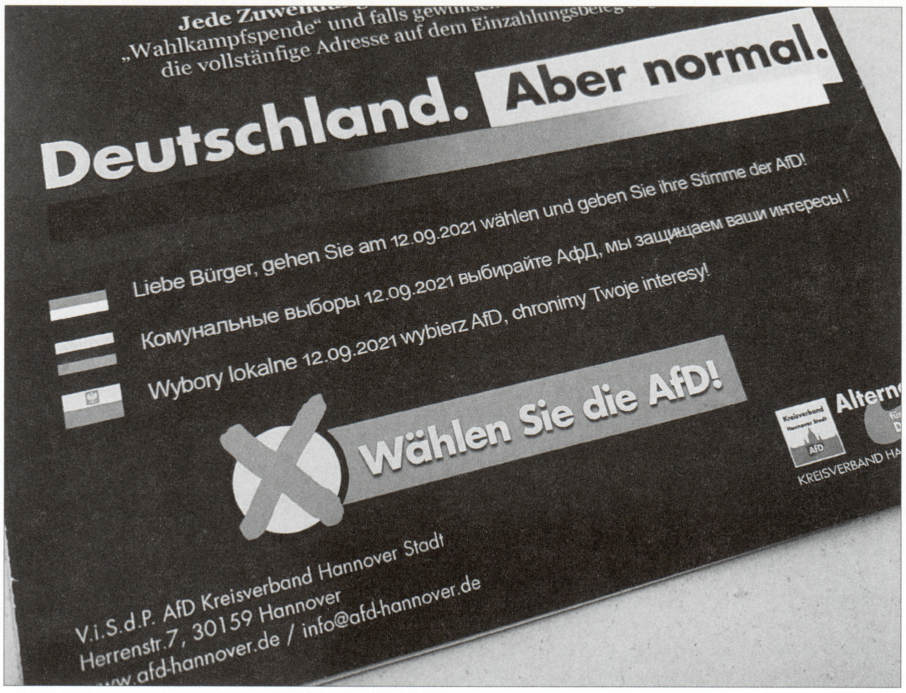
Der Partei gelang es diesmal, auch in den kreisfreien Städten Osnabrück und Salzgitter anzutreten, für den Kreistag Wesermarsch dagegen dieses Jahr nicht mehr. In zehn der 37 Kreistagen konnte sie ihren prozentualen Stimmenanteil und in 15 Kreisen die absoluten Stimmen steigern. Die Ergebnisse auf dieser Ebene liegen zwischen nur 1,9 Prozent in der Stadt Osnabrück und 10,4 Prozent in Salzgitter. Die 1,7 Prozent im Kreis Rotenburg sind zwar der eigentlich niedrigste Wert, allerdings waren dort nur die Hälfte der Wahlbereiche mit Kandidierenden der AfD besetzt.

Samtgemeinden

Bei den Wahlen zu 30 Samtgemeinderäten trat die AfD an, in 23 davon zum ersten Mal. Hier zog sie überall ein, wo sie antrat: Die Ergebnisse lagen zwischen 2,3 Prozent in Selsingen (Landkreis Rotenburg/Wümme) und 8,4 Prozent in Wesendorf (Landkreis Gifhorn). Im Durchschnitt erhielt sie in den Samtgemeinden 4,5 Prozent – etwas weniger gegenüber den letzten Wahlen, wo sie etwa fünf Prozent holte. Für neun weitere Samtgemeinderäte kandidierte die Partei diesmal nicht wieder. Die Zahl der Mandate in den Samtgemeinderäten stieg von 33 auf 41. Die Neugewählten sind im Schnitt 53,8 Jahre alt, also gut zwei Jahre älter als bei den letzten Wahlen. Acht von ihnen sind Frauen, womit sich ihr relativer Anteil von sechs auf 19,5 Prozent mehr als verdreifacht.

Kreisangehörige Städte und Gemeinden

In den 148 Räten dieser Ebene mit Kandidaturen der AfD lagen die Ergebnisse zwischen knapp einem Prozent in Farven (Landkreis Rotenburg/Wümme) und 10,5 Prozent in Wagenhoff (Landkreis Gifhorn), durchschnittlich bei 4,7 Prozent. In mehr als fünfzig Kommunen verlor die Partei bis zu neun Prozent, in einigen gewann sie gegenüber den Vorwahlen leicht hinzu. Zu 80 weiteren Gremien trat sie dieses Jahr neu an - für 14 weitere dagegen nicht mehr an. Insgesamt verlor sie in den Städten und Gemeinden gegenüber 2016 rund 4 Prozent der Stimmen. Die Zahl ihrer Mandate auf dieser politischen Ebene blieb mit 202 nahezu unverändert, ebenso das Durchschnittsalter von 54,3 Jahren. Der Frauenanteil stieg leicht von 21 auf 24 oder von 10,2 auf 11,8 Prozent.



„Wahlkampfspende“ und falls
die vollstänfige Adresse auf dem Einzahlungsbeleg

Deutschland. Aber normal.

Liebe Bürger, gehen Sie am 12.09.2021 wählen und geben Sie ihre Stimme der AfD!
Комунальные выборы 12.09.2021 выбирайте АфД, мы защищаем ваши интересы !
Wybory lokalne 12.09.2021 wybierz AfD, chronimy Twoje interesy!

Wählen Sie die AfD!

V.i.S.d.P. AfD Kreisverband Hannover Stadt
Herrenstr.7, 30159 Hannover
ww.afd-hannover.de / info@afd-hannover.de

Bezirks- und Ortsräte

Die Zahl der Vertretungen von Gemeindeteilen mit AfD-Kandidatur stieg von 30 auf 89 und die mit AfD-Mandaten von 20 auf nun 60. Die Ergebnisse liegen zwischen 0,5 Prozent in Avendshausen/Vardeilsen (Stadt Einbeck im Landkreis Northeim) und 15,1 Prozent in Salzgitter-Nord, im Durchschnitt bei 5,7 Prozent. Fast in allen Gremien, zu denen die AfD auch bei den letzten Wahlen antrat, musste sie Verluste hinnehmen, am stärksten mit einem Minus von 7,4 Prozent beim Ortsrat der Kernstadt Neustadt am Rübenberge (Region Hannover). Für zwölf Stadtbezirks- und Ortsräte trat sie nicht wieder an, für 71 andere dafür neu. Von den künftig 70 AfD-Sitzen dieser Ebene werden sieben von Frauen gehalten, was bei bisher einer Frau einer Verdreifachung von 3,4 auf zehn Prozent entspricht.

Ehemalige der AfD

Die Partei »Liberal-Konservativen Reformer« (LKR), eine Abspaltung der AfD, gewann bei den Wahlen nun nur noch zwei Sitze in der Samtgemeinde Tostedt und der Gemeinde Handeloh. Andere ehemalige AfD-Funktionär*innen konnten mindestens drei Mandate holen, darunter für die FDP in Delmenhorst Elvira Czaja, die 2016 – damals noch unter dem Namen Jurk - für die AfD in den Rat der Stadt einzog.

NPD

Die Neonazipartei NPD kann in ihrem früheren Stammland Niedersachsen nur noch zwei Mandate erreichen. Manfred Börm behält seine Sitze im Samtgemeinderat Bardowick und im Gemeinderat Handorf.

»dieBasis«

Mit ihrem ersten Antritt bei Wahlen in Niedersachsen holte die neue, verschwörungsgläubige Partei »dieBasis« bei den Wahlen der Kreistage und Räte kreisfreier Städte Stimmenanteile zwischen 0,1 Prozent im Landkreis Stade und 1,8 Prozent im Landkreis Lüchow-Dannenberg – im Durchschnitt sind das für die Regionen, wo sie antrat, 0,7 Prozent. Die Ergebnisse wären in einigen Fällen deutlich höher ausgefallen, wenn nicht viele der Wahlbereiche ohne Kandidat*innen der Partei geblieben wären. Von den 33 Gremien dieser Ebene, für die sie kandidierten, konnten sie in jedes dritte mit je einem Sitz einziehen, darunter den Stadtrat von Braunschweig und neun Kreistage sowie die Regionalversammlung Hannover. Drei der elf Mandatsträger*innen sind Frauen. Das Durchschnittsalter liegt bei 55,6 Jahren. In den 16 Samtgemeinden, in denen »dieBasis« antrat, kam sie auf Anteile zwischen 1 Prozent in Hemmoor (Landkreis Cuxhaven) und 3,1 Prozent in Ostheide (Landkreis Lüneburg), im Mittel auf 1,9 Prozent. In acht Samtgemeinderäten sitzt zukünftig je ein*e Vertreter*in der Partei »dieBasis«, darunter drei Frauen. Das Altersmittel liegt bei 60,3 Jahren. In den 65 kreisangehörigen Städten und Gemeinden, in denen die Partei auf den Stimmzetteln stand, erreichte sie zwischen gut 0,2 Prozent in Gifhorn und 12,9 Prozent in Wilstedt im Landkreis Harburg, im Durchschnitt 1,4 Prozent. In 21 Kommunen reichte das für je einen Sitz, von denen sieben an Frauen gehen. Der Altersdurchschnitt liegt hier bei 57,4 Jahren. In den Gemeindeteilen lagen die Stimmenanteile für »dieBasis« zwischen 0,5 Prozent in Salzgitter-Nord und 7,5 Prozent in Bülten (Ilsede, Landkreis Peine). Nur in vier der insgesamt 26 Gremien erreichte die Partei je einen Sitz. Die vier Männer sind im Schnitt 52,8 Jahre alt. Die insgesamt 44 Mandate der Partei gehen laut Wahlergebnis an 25 verschiedene Männer und 12 Frauen (32,4 Prozent), die im Schnitt 57,2 Jahre alt sind.

Verankerung vor Ort

Noch ist nicht klar, wo sich möglicherweise Fraktionen oder Zählgemeinschaften von AfD und der Partei »dieBasis«miteinander oder auch mit anderen Parteien und Listen bilden werden, um stärkeren Einfluss in den kommunalen Gremien zu bekommen. Auch kommunal muss sich beweisen, wie weit es mit der vielbeschworenen »Brandmauer« nach rechts her ist, ob es also eine klare Abgrenzung nach rechts geben wird. Auch wenn die AfD auf Kreisebene landesweit bei unter fünf Prozent der Stimmen blieb, ihre besten prozentualen Ergebnisse nur auf den niedrigsten Ebenen einfuhr und andere rechte Listen durch die Partei verdrängt wurden, muss das Ergebnis ein Warnsignal sein. Denn die AfD konnte ihre Präsenz in der Fläche deutlich ausweiten. Ausschlaggebend für einen langfristigen Erfolg ist nicht unbedingt der Sprung in die Landtage, wie frühere Beispiele der zeitweise erfolgreichen Parteien »Die Republikaner« (REP), »Deutsche Volksunion« (DVU) oder NPD zeigen. Denn gerade die kommunalen Mandate bringen Ansprechbarkeit und Wirksamkeit vor Ort und sorgen so potenziell für eine langfristige Verankerung. Im Herbst 2022 stehen in Niedersachsen Landtagswahlen an. Ob die AfD, die in Umfragen hier seit langem nur knapp über der 5%-Hürde steht, den Wiedereinzug in das Landesparlament schafft, ist bisher nicht ausgemacht und wird auch vom antifaschistischen Widerstand abhängen.

#AfD

Im Zwist vereint

Hinter den scheinbaren »Flügel«-Kämpfen in der »Alternative für Deutschland« stecken oft ganz andere Interessen. Es geht um Mandate, Geld und Narzissmus – bis zur völligen Handlungsunfähigkeit. Ein Blick hinter die Fassaden von fünf Landesverbänden.

von David Janzen, Maximilian Kraft,
Sascha Schmidt, Alexa Anders
und Sören Frerks

Niedersachsen: »Pegasus« mit gestutztem Flügel

Seitdem die »Alternative für Deutschland« (AfD) in Niedersachsen bei der Kommunalwahl 2016 mit 8,6 Prozent und der Landtagswahl 2017 mit 6,7 Prozent für sie enttäuschend niedrige Ergebnisse einfuhr, tobt dort ein intern und öffentlich ausgetragener Machtkampf voller Intrigen: Auf der einen Seite das Lager hinter dem ehemaligen ARD-Journalisten und Bundestagsabgeordneten Armin-Paul Hampel, der von 2013 bis 2018 den Landesvorstand anführte. Zu seinen Getreuen zählen vor allem die Anhänger*innen des »Flügels«, der sich in Niedersachsen zeitweise unter der Bezeichnung »Pegasus Germanus« organisierte. Auf der anderen Seite steht ein Lager, das sich um die einstige Fraktionsvorsitzende Dana Guth aus Herzberg im Harz versammelte.

Der eskalierende Machtkampf rief 2018 sogar den Bundesvorstand auf den Plan: Der entthronte kurzerhand die gesamte Landesspitze unter Hampel und setzte einen Zwangsverwalter ein. Guth wurde daraufhin zur neuen Vorsitzenden gewählt. Im September 2020 setzte sich allerdings Jens Kestner, der dem offiziell aufgelösten »Flügel« zugerechnet wird, im Kampf um den Landesvorsitz durch. Keine*r der Guth-Gefolgschaft erhielt einen Sitz im Landesvorstand. Nachdem diese auch im Landtag als AfD-Chefin abgesetzt werden sollte, verließ sie im Streit mit zwei weiteren Abgeordneten die achtköpfige Fraktion. Der Fraktionsstatus ist damit passé. Gegen die drei wurde daraufhin ein Ausschlussverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens eingeleitet. Inzwischen ist Guth zu den »Liberal-Konservativen Reformern« (LKR) übergelaufen.

Aber Teilen des amtierenden Landesvorstandes droht zugleich der Rauswurf, nachdem ein Parteimitglied den Mitschnitt eines Geheimtreffens vom Januar dieses Jahres im »Niedersachsenhof« in Verden an Medien und den AfD-Bundesvorstand verschickte. Bei der Zusammenkunft soll die Bildung von internen Parallelstrukturen zur Wiederbelebung des offiziell aufgelösten »Flügel« in Niedersachsen vorbereitet worden sein. Teilgenommen hatten die stellvertretenden Landesvorsitzenden Stephan Bothe und Uwe Wapler sowie Hampel.

Zuletzt sorgte die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl für neue Querelen: Entgegen den Erwartungen scheiterte Hampel beim Landesparteitag Ende 2020 bei der Kandidatur um den ersten Platz gegen den ehemaligen Bundeswehrgeneral Joachim Wundrak, der dem einstigen Guth-Lager zugeschrieben wird. Auch der Landesvorsitzende Kestner verlor die Abstimmung um den aussichtsreichen zweiten Platz. Dabei waren extra Alexander Gauland und Tino Chrupalla zum Aufstellungsparteitag angereist, um sie zu unterstützen. Kestner forderte nach seiner Schlappe wegen angeblicher Formfehler eine Wiederholung. Oppositionelle Kreisverbände konterten mit Abwahlanträgen gegen den Landesvorsitzenden.

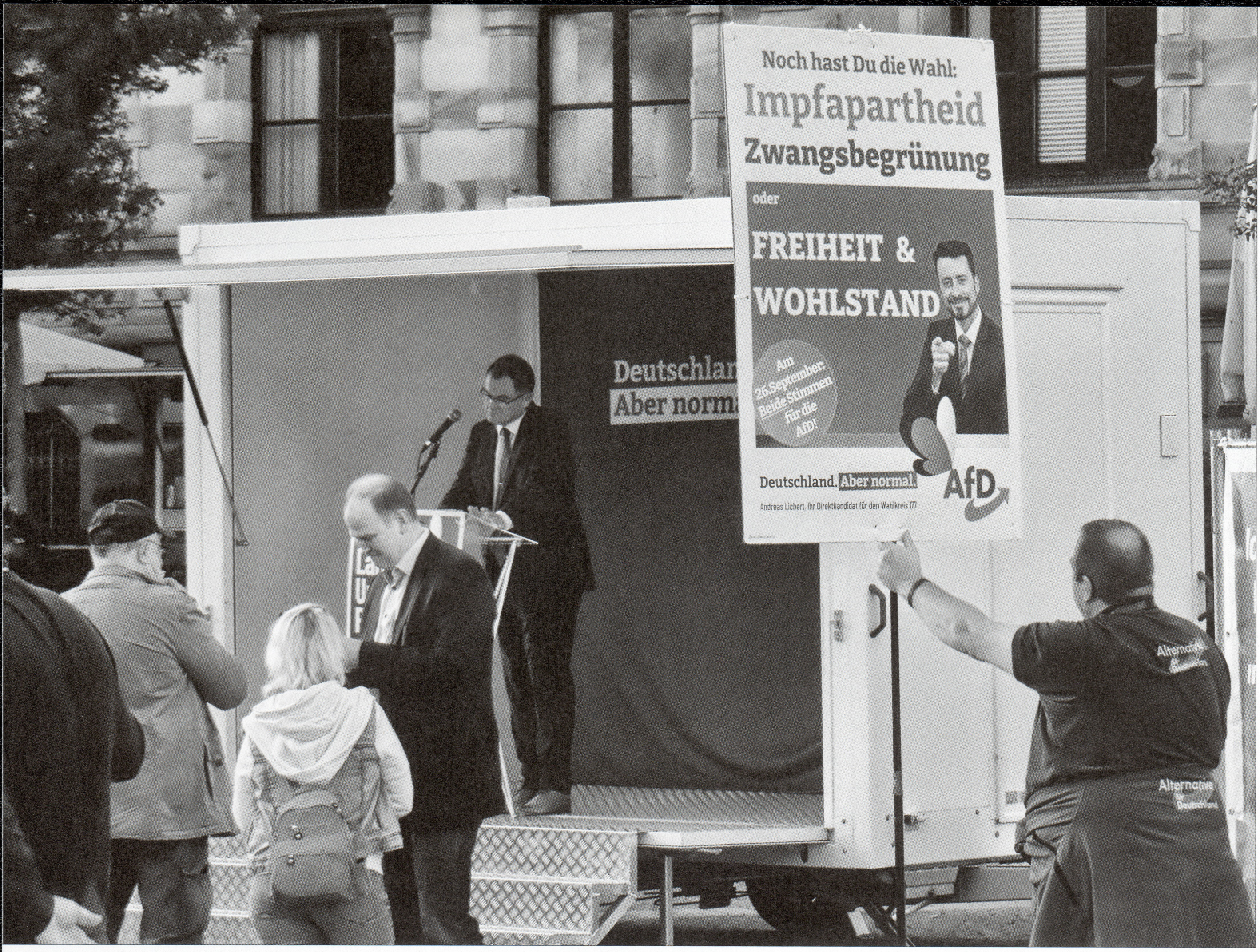
Ein erneuter Parteitag Mitte Mai 2021 musste gleich nach Beginn abgebrochen werden: Es waren mehr Mitglieder angereist, als laut Corona-Auflagen zugelassen. Intern sprach da mancher von Kalkül der Landesspitze, um ihre Abwahl zu verhindern. Im Juli dieses Jahres folgte die erneute Listenwahl. Wieder scheiterten die Kandidat*innen des Landesvorstandes.

Das schlechte Abschneiden der AfD bei der Kommunalwahl vom 12. September, bei der die Partei in vielen Orten Sitze verlor, und die hiesigen Verluste bei der Bundestagswahl 2021, dürften die Auseinandersetzungen in der niedersächsischen AfD nun noch weiter befeuern.

Bremen: Wenn zwei sich streiten

Zur Landtagswahl im Mai 2019 konnte die AfD mit ihren fünf Mandaten in Fraktionsstärke in die Bremer Bürgerschaft einziehen und vier Abgeordnete in das Bremerhavener Stadtparlament entsenden. Zwei Jahre später ist von ihrem Erfolg nichts mehr übrig. Der Landesverband streitet sich seit Jahren. Geblieben sind an der Spitze inzwischen nur die Hardliner des völkisch-nationalistischen Lagers. Jene, die einen weniger radikalen Kurs der Partei anstrebten, wechselten nach und nach in konkurrierende Parteien. Die Streitigkeiten drehen sich inzwischen nur noch um den Machtanspruch. Eine Flut von Parteiausschlussverfahren und kostspieligen Gerichtsprozessen sind die Folge. Auf der einen Seite der Bundestags- und Bürgerschaftsabgeordnete Frank Magnitz. Auf der anderen Seite sein Kontrahent Thomas Jürgewitz. Der Kreisverbandschef in Bremerhaven hält je ein Mandat in Bürgerschaft und Stadtverordnetenversammlung. Vor ihrem Bruch waren beide noch Führungsfiguren des Landesvorstandes und machten sich gemeinsam mit der »Identitären Bewegung« die AfD zur Beute.

Ausgang des Streits ist Magnitz' Doppelmandat. Durch den Vorwurf, er habe mit internen Trickereien seine Mandate erlangt, sowie seine strikte Weigerung eines seiner beiden Mandate abzugeben, verlor Magnitz den Rückhalt in Teilen des extrem rechten Lagers. Seinen Posten als Parteichef konnte er ebenso wenig halten. Die Fünfer-Fraktion in der Bürgerschaft zerfiel durch den Streit in drei Teile. Auf der einen Seite Magnitz, mit seinen Getreuen Mark Runge und Uwe Felgenträger. Auf der anderen Seite die Einzelabgeordneten Jürgewitz und Peter Beck. Letzterer war als Ersatz für Magnitz zum Parteichef gewählt worden. Beck fand weder mit Magnitz noch mit Jürgewitz eine Linie. Kaum ernannt, warf er im Januar 2021 wieder das Handtuch und wechselte zur Kleinstpartei »Liberal-Konservative Reformer« (LKR). Nicht ohne dem haltlos zerstrittenen Verband vor


Noch hast Du die Wahl:
Impfapartheid
Zwangsbegrünung
oder
FREIHEIT &
WOHLSTAND
Am 26.September: Beide Stimmen für die AfD!
Deutschland. Aber normal.
AfD
Andreas Lichert, Ihr Direktkandidat für den Wahlkreis 177
Deutschlan
Aber norma
Alternative für Deutschland

Heiko Scholz im September 2021 bei AfD-Kundgebung in Wiesbaden.

der Presse zu attestieren, ein »Sammelbecken für Rechtsextreme« zu sein. Die Fraktion in Bremerhaven nahm ein ähnliches Schicksal. Die ausgetretenen AfD-Abgeordneten erklärten, mit Jürgewitz sei eine »Zusammenarbeit nicht möglich«.

Die Folgen des anhaltenden Zwists sind für den Landesverband erheblich. Mit dem aberkannten Fraktionsstatus ging schließlich der Verlust der staatlichen Parteienfinanzierung einher. Auch parteiinterne Wahlen können kaum stattfinden. Eine von allen Seiten akzeptierte Einigung auf Kandidat*innen zur Bundestagswahl gelingt nicht mehr. So soll der Spitzenkandidat Olaf Kappelt vom Lager um Jürgewitz mit rechtswidrigen Methoden durchgedrückt worden sein. Die Schriftführerin der Wahlaufstellung verweigerte sogar ihre Unterschrift. Mit der Folge, dass die Landesliste zunächst nicht zugelassen und erst vom Bundeswahlausschuss bestätigt wurde. Diese Auseinandersetzung sorgte erneut für Negativschlagzeilen inmitten des Wahlkampfes.

Hessen: Differenzen öffentlich dementiert

Die Geschichte der hessischen AfD ist seit ihrer Gründung durch zahllose Streitereien geprägt. In den ersten viereinhalb Jahren wechselte die Besetzung der Landesvorstände zeitweise im Abstand von wenigen Monaten. Ursächlich dafür waren häufig Intrigen, Machtbesessenheit oder verletzte Egos. Im Zuge des bundesweit geführten Richtungsstreits zwischen Bernd Lucke und Frauke Petry, im Frühjahr 2015, führte jedoch ein explizit politischer Machtkampf zur Neubesetzung des Vorstandes. Doch die gewählten Lucke-Gegner Peter Münch, Albrecht Glaser und Rolf Kahnt manövrierten sich nach zwei Jahren in eine öffentlich geführte Schlammschlacht. Die Liste der Gescheiterten ist lang und umfasst Personen, die es in den Bundesvorstand schafften, darunter das AfD-Gründungsmitglied Konrad Adam und die Bundestagsabgeordneten Glaser und Joana Cotar.

Eine relative Befriedung in der Hessen-AfD gelang erst dem Ende 2017 gewählten Sprecher-Duo Robert Lambrou und Klaus Herrmann. Ihr Erfolgsrezept: Differenzen in der Öffentlichkeit dementieren, intern klären und Spaltungen zwischen dem »Flügel« und den angeblich »Gemäßigten« durch Einbindung beider Strömungen vermeiden. Insbesondere die Hofierung der Rechtsaußen hat sich als konflikthemmend erwiesen. Mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Heiko Scholz und Andreas Lichert – langjähriger Vorsitzender des Trägervereins des »Instituts für Staatspolitik« – sind zwei ehemalige Spitzen des hessischen »Flügels« seit Jahren akzeptierter Teil in Landesverband und Fraktion.

Regelmäßig betont Lambrou die Legitimität unterschiedlicher Positionen in der Partei. Dies dürfte erklären, warum selbst die für ihre Konfliktfreudigkeit bekannte hessische »Flügel-Obfrau« Christine Anderson der Forderung nach einer formalen Auflösung der Strömung ohne öffentliches Murren nachkam. Wie gefestigt diese Einheit ist, verdeutlichten jüngst gemeinsame Auftritte von Lambrou, Lichert und Scholz auf Kundgebungen in Wiesbaden. Ihre unterschiedliche Rhetorik zeugt von einer klaren Rollenverteilung.

Auch die Zurückhaltung bei Parteiausschlüssen scheint ein Schlüssel zur Vermeidung von Konflikten zu sein. Nur bei wenigen Einzelfällen, die mediale Wellen verursachten, sah sich die Spitze zum Handeln genötigt. Verfahren liefen zuletzt gegen den wegen Volksverhetzung verurteilten Carsten Härle und den ehemaligen »Republikaner« Siegfried Schülbe, der 1998 den Rechtsterroristen Peter Naumann zu einem Vortrag einlud. Außerdem Christian Wenzel, ehemaliger »Blood & Honour«-Aktivist und Gründer der »Kameradschaft Kassel«.

Sachsen: Fraktion mit Schwund

Seit ihrer Gründung 2013 sind Zerwürfnisse ein Markenzeichen der sächsischen AfD. Führte Frauke Petry zunächst den Landesverband und nach dem Einzug in den Landtag 2014 die 14-köpfige Fraktion an, räumte sie 2017 mit vier weiteren Abgeordneten das Feld. Auftritte bei PEGIDA und deren Ablegern sowie eine radikalere Rhetorik hatten in Sachsen wie auf Bundesebene zu internen Auseinandersetzungen geführt, aus denen Petry als Verliererin hervorging. 2015 hatte sie selbst noch Schnittmengen mit der rassistischen Bewegung gesehen und sich mit Unterstützung des völkisch-nationalistischen Flügels gegen Bernd Lucke durchgesetzt.

2019 zog die AfD dann mit Urban an der Spitze und 38 Abgeordneten gestärkt in den Landtag ein, doch auch die zweite Legislatur wird die zweitgrößte Fraktion nicht vollzählig überstehen. Im April dieses Jahres verließen nach dem Bundesparteitag Wolfram Keil und Christopher Hahn Fraktion und Partei – der Grund sei die fortgesetzte Radikalisierung.

Auf kommunaler Ebene vergeht ebenso kaum ein Jahr ohne Querelen. Diese werden gerade dann stärker, wenn vor Wahlen Listenaufstellungen anstehen. Im Görlitzer Kreisverband – das Zuhause des Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla – kam es im Vorfeld der Landtagswahlen 2019 zum offen ausgetragenen Machtkampf um die Aufstellung der Direktkandidaten. Diese wurden gewählt, das Ergebnis aber vom Kreisvorstand annulliert. Von Manipulation und ausgeübtem Druck war die Rede, vom Versuch der Parteispitze Altgediente durch eigene Leute zu ersetzen.

Vor der Landtagswahl 2019 traten die vielschichtigen Streitereien besonders deutlich zutage. Zweier Anläufe hatte es bedurft, da endlose Diskussionen und Taktieren die Wahl von nur 18 Plätzen im ersten Durchgang zuließen. Ein Streitpunkt war die Dresdner Dominanz, denn andere Kreisverbände sahen sich unterrepräsentiert.

Im Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sorgte hingegen Geld für Streitigkeiten. Der frühere AfD-Kreischef Egbert Ermer, zwischenzeitlich zur einstigen Abspaltung um André Poggenburg gewechselt, hatte finanziell wohl nicht ganz sauber gearbeitet. Von vermuteten Mauscheleien und gefälschten Quittungen berichtete die Presse 2019. Der Kreisvorstand hatte sogar Anzeige erstattet und Ermer vorgeworfen, die Partei aufgrund seiner eigenen Insolvenz auszunehmen. Schließlich musste der Landesvorstand eingreifen und Ermer zum Rückzug bewegen.

Jüngst trat ein Döbelner Stadtrat aus der AfD aus, nachdem sich sein Kreisverband deutlich von seinem Auftritt mit NVA-Mütze bei einer Kundgebung gegen Corona-Maßnahmen distanzierte. Dieser wiederum sieht dahinter die Machenschaften des Landtagsabgeordneten Lars Kuppi, der die Partei in Mittelsachsen spalte. Allein der Wähler*innengunst tut all dies keinen Abbruch. Derzeit steht die AfD im Freistaat immer noch bei über 20 Prozent.

Bayern: Anzeigen aus den eigenen Reihen

Wenn man auf die ersten drei Jahre der AfD im Bayerischen Landtag zurückblickt, stellt sich die Frage, ob es überhaupt einmal harmonische Zeiten in der Fraktion gegeben hat. Hatte man in der Bundesspitze vor dem Einzug in das Landesparlament 2018 noch großmächtige Träume, ist davon nur ein Scherbenhaufen übrig. Anfang dieses Jahres kam nicht einmal die übliche Winterklausur zustande, weil die Fraktionsvorsitzenden Katrin Ebner-Steiner und Ingo Hahn keine Mehrheit mehr hinter sich haben. Die beiden »Flügel«-Protagonist*innen bringen es mit Gefolgschaft auf acht, ihre Gegner in der Fraktion auf elf Abgeordnete. Aber von vorn.

Schon ehe sich der Landtag konstituierte, habe Ebner-Steiner die Posten auf ihren Anhang verteilt, so ein Vorwurf. Danach brauchte es nicht einmal fünf Monate bist zum ersten Fraktions- und Parteiaustritt von Raimund Swoboda. Ihm folgte wenige Tage später Markus Plenk, der zweite Vorsitzende neben Ebner-Steiner. Die beiden Abtrünnigen gaben vor, dass ihnen die Partei zu extrem rechts sei. Bis heute ist die AfD im Landtag um drei Mitglieder geschrumpft, nachdem Ende 2020 Ralf Müller austrat. Dieser wiederum sei einem Ausschluss zuvorgekommen, nachdem er eigenmächtig einen neuen Kreisverband »Nürnberg Land« mit sich an der Spitze gegründet haben soll. Müller stand zwar in Opposition zum Fraktionsvorstand, galt aber ebenso als Rechtsaußen: Bei der Gedenkminute für den ermordeten Walter Lübcke im Parlament blieb er demonstrativ sitzen.

Auf einem außerordentlich anberaumten Sonderparteitag im Juli 2019 versuchten mehrere Kreisverbände erfolglos, darunter ebenso Höcke-Anhänger*innen, Ebner-Steiner und den Landesvorstand loszuwerden. Ein weiterer Abwahlversuch innerhalb der Fraktion gegen sie und den neuen Vize Ingo Hahn scheiterte im Mai 2020. Zuvor kam eine Prüfung zu dem Ergebnis, dass sie für ihr Büro ein Luxus-Sofa für 20.000 Euro angeschafft und Faschingskostüme über die Fraktion abgerechnet hätte. Außerdem kündigten mehrere Abgeordnete an, Strafanzeige zu stellen, da die Vorsitzende den privaten E-Mail-Verkehr ihrer internen Gegner veröffentlicht haben soll. Ein Schicksal, das 2017 schon den heutigen Bundestagsabgeordneten Martin Sichert ereilte, obwohl sie unterschiedlichen Lagern zugerechnet werden. Sichert wurde von einem Rechtsanwalt aus dem internen Parteischiedsgericht verklagt, nachdem er öffentlich über eine unlautere Einflussnahme durch eben diesen spekulierte. Der Landesvorstand, damals noch unter Führung des Hardliners Peter Bystron, wollte dem Juristen laut Presse wohl einen 140.000 Euro großen Auftrag verschaffen.

Vor der Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl fiel man wieder übereinander her. Der Höcke-Anhänger Hansjörg Müller ätzte vor allem gegen die bayerische AfD-Vorsitzende Corinna Miazga. Sie steht unter anderem wegen einer mutmaßlichen Berateraffäre um Tom Rohrböck in der Kritik. Nun will sich Müller wie zahlreiche andere AfD-Mitglieder aus der Politik zurückziehen, wohl aus gutem Grund. Denn er wurde zur Bundestagswahl nicht nominiert. Noch dazu scheiterte er wegen Formfehlern mit einer Bewerbung als Direktkandidat und suchte nach Schuldigen in den eigenen Reihen. Seinen Zorn bekam dann der Kreisverband Berchtesgadener Land zu spüren. Dieser sei nach Müllers Rücktritt vom Kreisvorsitz nicht mehr beschlussfähig und die dortige AfD um ein Domizil ärmer, da er sein Abgeordneten-Büro noch vor Ende der Bundestagslegislatur kündigte.

Zurück zu den Vorsitzenden im Landtag: Beide bekamen im Juli 2020 von den eigenen Leuten ihre Dienstwagen gestrichen und die Herbstklausur im September 2020 musste letztlich abgebrochen werden, weil die verfeindeten Lager nicht einmal bei der Tagesordnung zusammenfanden. Im Oktober steht die Neuwahl der Fraktionsspitze auf dem Plan. Der Streit um Ebner-Steiner und Hahn wird dann wohl in die nächste Runde gehen – und die AfD dürfte sich nicht nur in Bayern im Machtkampf um Mandate, Einfluss und Gelder weiter aufreiben. Doch verschwinden wird der parlamentarische Arm der extremen Rechten von allein dadurch auch nicht, das hat die Bundestagswahl gezeigt.

#Stiftung

Staatlich geförderte Kaderschmiede

Mit dem erneuten Einzug der »Alternative für Deutschland« in den Deutschen Bundestag am 26. September 2021 steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die parteinahe »Desiderius-Erasmus-Stiftung« in den kommenden Jahren mit staatlichen Mitteln in Millionenhöhe finanziert wird. Damit sollte die Frage der programmatischen und personellen Ausrichtung der Stiftung in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses rücken.

von Matthias Jakubowski

Als am 30. Juni 2018 der Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) mit 64,4 Prozent der Stimmen beschloss, die »Desiderius-Erasmus-Stiftung« (DES) als offizielle parteinahe Stiftung anzuerkennen, beendete dies einen innerhalb der Partei geführten Konflikt nach Fragen des »Ob« und »Wie« einer Stiftungsgründung. So bezeichnete im Januar 2017 der damalige DES-Vorsitzende Konrad Adam Parteistiftungen noch als »Misswuchs der bundesrepublikanischen Demokratie«. Am Ende setzte sich der Wunsch nach finanzieller Waffengleichheit mit Blick auf die Existenz anderer parteinaher Stiftungen durch. Die heutige Vorsitzende Erika Steinbach sagte diesbezüglich, man könne nicht mit einer Friedenspalme durch die Lande laufen, wenn die anderen »ein Maschinengewehr in der Hand« hielten.

Felder

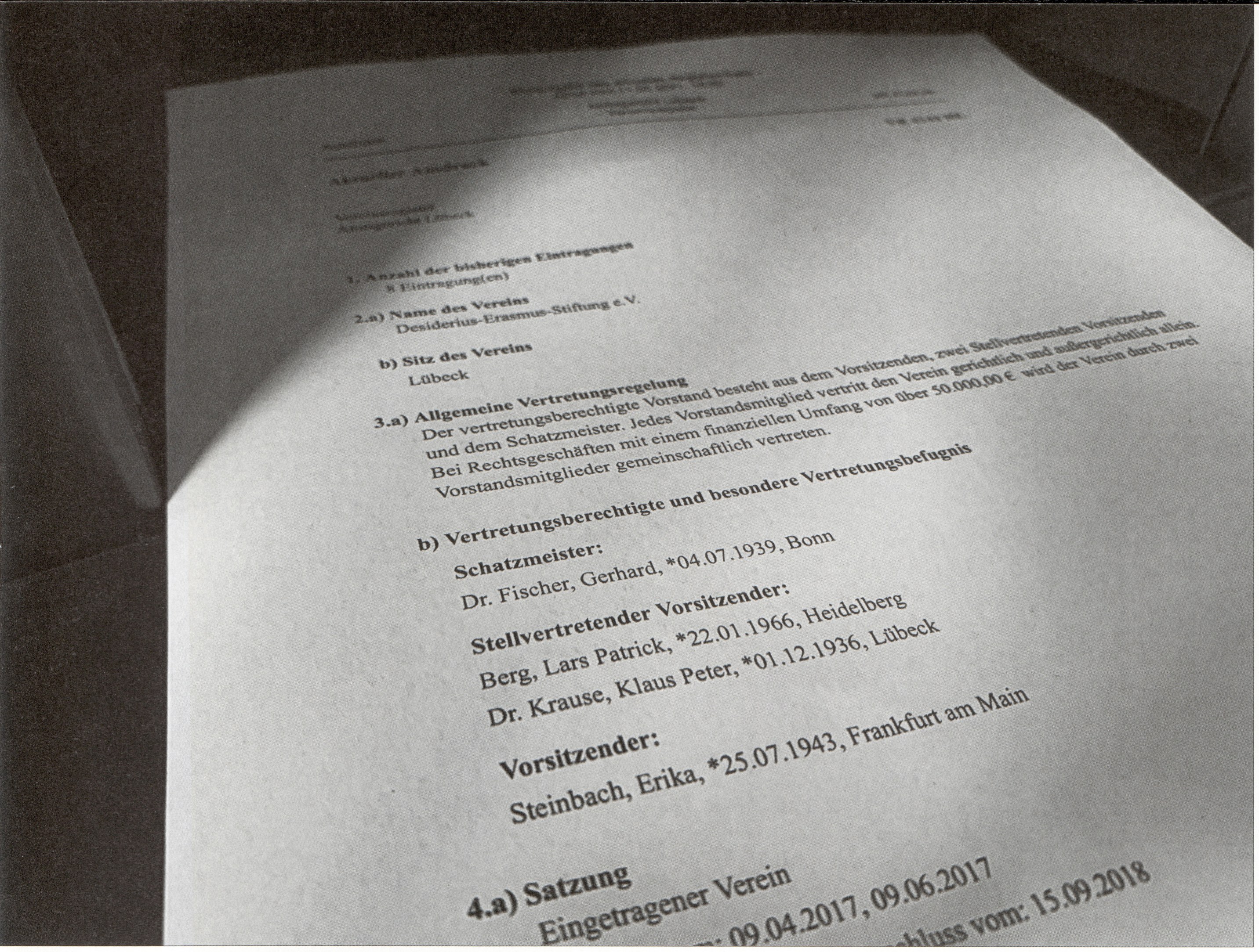
Nach eigenen Angaben möchte die Stiftung in fünf Tätigkeitsbereichen aktiv werden. Erstens einem »Bildungswerk«, zweitens einer »Politischen Akademie«, drittens durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, viertens mit einem Stipendienprogramm sowie Förderung von Kunst und Kultur, um die »kulturelle Identität unseres Landes zu bewahren« und fünftens mit Auslandsaktivitäten »zur Vertretung deutscher Interessen in der Welt«. Während das Stipendienprogramm vor allem für Studierende aus dem Umkreis der Nachwuchsorganisation der AfD – »Junge Alternative« – attraktiv sein dürfte, sind »Bildungswerk« und »Politische Akademie« die zentralen Bausteine in den Plänen der DES. Laut einem internen Konzept der DES aus dem Jahr 2018 geht die Stiftung insgesamt von einem Personalbedarf von 921 Stellen aus. Davon sollten 528 Fachleute in der politischen Akademie sowie 325 Mitarbeiter*innen und Referent*innen im »Bildungswerk« zum Einsatz kommen. Das »Bildungswerk« soll in Zukunft vor allem AfD-Kader in den Bereichen Rhetorik und Argumentationstechniken sowie zum Einsatz von Social Media und Umgang mit Medien schulen. Die »Politische Akademie« soll hingegen Tagungen durchführen und Veröffentlichungen vorantreiben. Als selbsterklärte »Ideen- und Konzeptschmiede« soll sie dabei eine »Brückenfunktion« zwischen Theorie und Praxis einnehmen und laut Erika Steinbach »als ›Sperrbrecher‹, die bestehenden Ausgrenzungen, Diskursblockaden, Berührungsängste und Tabuisierungen abbauen« sowie »Image und Kompetenzprofil verbessern«.

Publikationen

Die DES gibt die Schriftenreihe »Faktum« heraus, von der bisher drei Ausgaben erschienen sind. In diesen publizierten nicht nur AfD-Politiker*innen und Vorstands- sowie Kuratoriumsmitglieder, sondern etwa auch die Ex-Bürgerrechtlerin und heute dem Umfeld der »Neuen Rechten« sowie der AfD zuzurechnende Vera Lengsfeld oder der ehemalige Chefredakteur der »Preußischen Allgemeinen Zeitung«, Jan Heitmann. Die hier behandelten Themen waren bisher »Meinungsfreiheit« (1/2020), »Bundeswehr« (2/2020) und der »150. Gründungstag des Deutschen Reiches« (1/2021). Einen Überblick über die für die Stiftung wichtigen Themen gibt auch der YouTube-Kanal. Hier werden regelmäßig Aufzeichnungen von Vorträgen, die auf DES-Veranstaltungen gehalten wurden, veröffentlicht. Die Videos tragen Titel wie »Sicherheitsrisiko Migration?«, »Die Vertreibung der Deutschen unter dem Aspekt des Völkerrechts«, oder »Deutschland hat strategisch den Ersten Weltkrieg gewonnen!«. Auch der ehemalige österreichische Innenminister und Politiker der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), Herbert Kickl, ist hier mit einem Vortrag vertreten.

Personal

Einen Eindruck der zukünftigen Ausrichtung der Stiftung gibt ein Blick auf die bisher bekannten Funktionär*innen. Der Vorstand besteht derzeit aus neun Personen. Neben der Vorsitzenden Erika Steinbach, die als bekanntes Gesicht der Stiftung fungiert, gehörten zumindest bis Oktober 2021 unter anderem Klaus Peter Krause als stellvertretender Vorsitzender sowie die Beisitzer Hans Hausberger, Jan Moldenhauer und Sebastian Wippel dem Vorstand der Stiftung an. Klaus Peter Krause veröffentlicht regelmäßig Texte für »eigentümlich frei« und auf seiner eigenen Homepage, deren Inhalte mit Schlagwörtern wie »Neue Weltordnung« an bekannte Verschwörungserzählungen anknüpfen. Zudem bewegt er sich im Umfeld von Klimawandelleugner*innen. Hans Hausberger war in den 1990er Jahren Vorsitzender der »Franz-Schönhuber-Stiftung« – die der Partei »Die Republikaner« nahe stand – und verfügte über gute Kontakte zum Organisator der »Düsseldorfer Herrenrunde«, Carl Zimmerer. Der Gesprächskreis diente als Ort der Vernetzung rechtskonservativer bis extrem rechter Akteure aus Politik und Wirtschaft. Hier nah-



1. Anzahl der bisherigen Eintragungen
8 Eintragung(en)

2.a) Name des Vereins
Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

b) Sitz des Vereins
Lübeck

3.a) Allgemeine Vertretungsregelung
Der vertretungsberechtigte Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister. Jedes Vorstandsmitglied vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich allein. Bei Rechtsgeschäften mit einem finanziellen Umfang von über 50.000,00 € wird der Verein durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich vertreten.

b) Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis

Schatzmeister:
Dr. Fischer, Gerhard, *04.07.1939, Bonn

Stellvertretender Vorsitzender:
Berg, Lars Patrick, *22.01.1966, Heidelberg
Dr. Krause, Klaus Peter, *01.12.1936, Lübeck

Vorsitzender:
Steinbach, Erika, *25.07.1943, Frankfurt am Main

4.a) Satzung
Eingetragener Verein
m: 09.04.2017, 09.06.2017
chluss vom: 15.09.2018

men unter anderem NPD-Gründer Adolf von Thadden oder der damalige Vorsitzende der FPÖ, Jörg Haider, teil. Hausberger war zudem Mitbegründer des »Ring Freiheitlicher Studenten« sowie zeitweise deren Vorsitzender auf Bundesebene. Jan Moldenhauer ist Vorsitzender der AfD-nahen sachsen-anhaltischen »Friedrich-Friesen-Stiftung«. Er schrieb für die »Sezession« und die »Wissenschaftliche Reihe« des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) und trat auch als Referent bei IfS-Veranstaltungen auf. Der AfD-Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel war Mitbegründer der parteiinternen »Patriotischen Plattform« und gründete unter anderem mit dem neu-rechten Aktivisten und Publizisten Felix Menzel sowie dem ehemaligen PEGIDA-Mitorganisator Achim Exner den Verein »Extremismusfreies Sachsen«. In einer Rede im sächsischen Landtag nach den islamistischen Terroranschlägen von Würzburg und Ansbach im Jahr 2016 bedauerte er, dass es nicht die Verantwortlichen in der Politik getroffen habe. Während des Zuckerfestes im Juni 2018 verteilte er in Görlitz Flyer mit der Aufschrift »Syrien vermisst euch«. Beachtenswert ist die Personalie Thore Stein. Der Oberstleutnant der Reserve trat für die AfD Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich zur Landtagswahl an und ersetzte im Mai 2020 den Geschäftsführer des IfS, Erik Lehnert, als Schriftführer im Vorstand der DES. Nach außen sollte der Personalwechsel wohl den Eindruck einer Distanz zur extremen Rechten bewirken. Innerhalb der Szene könnte die Personalie Stein jedoch ein Signal sein, dass man an der politischen Linie festhält. Stein selbst hat eine Vergangenheit in extrem rechten Burschenschaften, wie der »Halle-Leobener Burschenschaft Germania«. Während seines Studiums musste er den »Ring Christlich Demokratischer Studenten« verlassen, nachdem sein Engagement in der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn« bekannt geworden war (s. drr Nr. 111). Am ersten Oktoberwochenende wurde über Twitter und Facebook bekannt, dass der rheinlandpfälzische AfD-Landtagsabgeordnete Martin Schmidt neu in den Vorstand der Stiftung gewählt wurde. Schmidt ist ehemaliges Redaktionsmitglied der »Jungen Freiheit« und Mitglied der »Deutschen Gildenschaft«. Auch neu mit dabei ist Angelika Wöhler-Geske aus Kiel. Ende 2020 gehörten dem Kuratorium der Stiftung 30 Personen an – die Liste wurde mittlerweile von der Webseite gelöscht.

Unter den Mitgliedern findet man nicht wenige, die in der Vergangenheit für neu-rechte Publikationen, wie die »Junge Freiheit«, die »Sezession« oder die von Caspar von Schrenck-Notzing gegründete Zeitschrift »Criticón« geschrieben haben. Ebenso lassen sich eine Vielzahl an Querverbindungen zu neu-rechten Organisationen, wie dem »Institut für Staatspolitik«, dem Verein »Ein Prozent«, der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« oder dem »Studienzentrum Weikersheim« belegen. Personalien wie zum Beispiel der als Vordenker der »Neuen Rechten« geltende Mitbegründer des IfS Karlheinz Weißmann, der Mitbegründer von »Ein Prozent« Karl-Albrecht Schachtschneider oder die immer wieder durch geschichtsrevisionistische Inhalte aufgefallenen Lothar Höbelt sowie Alfred Maurice de Zayas lassen erahnen, in welche Richtung sich die politischen Aktivitäten der Stiftung entwickeln werden.

Der vorliegende Text fasst einige Grunderkenntnisse der von Arne Semsrott und Matthias Jakubowski im Auftrag der Otto Brenner Stiftung verfassten, im Oktober 2021 erscheinenden Studie »Desiderius-Erasmus-Stiftung – Politische Bildung von Rechtsaußen« zusammen.

#Fretterode

Ein Angriff auf die Pressefreiheit

Mehr als drei Jahre nach dem brutalen Überfall auf zwei Journalisten in Nordthüringen hat vor dem Landgericht Mühlhausen der Prozess gegen zwei Neonazis begonnen.

von Kai Budler

Neonazi Nordulf Heise mit Schraubenschlüssel bewaffnet.

Eine Stichwunde im Oberschenkel, eine Schädelfraktur, geraubte Kameraausrüstung im Wert von knapp 1.500 Euro und ein zerstörtes Auto. Das ist das, zumindest auf den ersten Blick, sichtbare Ergebnis des Neonaziüberfalls auf zwei Journalisten Ende April 2018 im thüringischen Eichsfeld. Darin nicht enthalten sind die psychischen Schäden, die die beiden Journalisten erlitten, die zum Thema extreme Rechte arbeiten. Einer musste erst einmal eine Pause einlegen, sein Kollege arbeitet seit der Gewaltattacke nicht mehr zu diesem Thema.

Ausgangspunkt des Überfalls mit einem Messer, Baseballschläger und einem langen Schraubenschlüssel war das Anwesen des Neonazi-Funktionärs Thorsten Heise im Eichsfelder Dorf Fretterode, wo an diesem Tag offenbar ein Planungstreffen für einen Neonazi-Aufmarsch stattfand. Die beiden Fachjournalisten waren zu Recherchezwecken vor Ort, wurden über eine Strecke von etwa acht Kilometern mit einem Auto mit einer Geschwindigkeit von etwa 100 km/h verfolgt und schließlich überfallen, schwer verletzt und beraubt. Die Gewaltattacke belegt nicht nur die Gefahr, die von Immobilien im Besitz der extremen Rechten ausgeht. Es ist sicherlich auch kein Zufall, dass die mutmaßlichen Täter aus Heises engstem Umfeld stammen. Schon lange stellt der heute 52-Jährige verstärkt Journalist*innen an den Pranger und fordert seine Anhänger*innen auf, gegen sie vorzugehen. Seine Drohungen verklausuliert er, um juristisch möglichst nicht belangbar zu sein. Bei einem Aufmarsch im Februar 2018 markierte Heise dann im niedersächsischen Karlshöfen Journalist*innen in einer Rede öffentlich als Feindbild, das den »Hauptfeind, den BRD-Politiker, diesen Nutznießer des Systems« im »Kampf um den Fortbestand des deutschen Volkes« abgelöst habe. In seiner rund halbstündigen Rede sagte Heise, »so weiß ich doch heute ganz genau, dass eines unserer Hauptfeindbilder diese Journallie sein muss«, und schließt mit »es lebe Deutschland«. Vor Ort verfolgten auch sein Sohn Nordulf Heise und sein politischer Ziehsohn Gianluca Bruno die Rede. Für sie dürfte es der Startschuss gewesen sein, das Gehörte zwei Monate nach dem Aufmarsch praktisch umzusetzen. Wegen des brutalen Überfalls müssen sie sich mehr als drei Jahre später als Angeklagte vor dem Landgericht Mühlhausen verantworten. Verteidigt werden sie von den Szene-Anwälten Klaus Kunze und Wolfgang Narath. Beide Angeklagte sind keine Unbekannten. Nordulf Heise war bereits mit extrem rechten Aktionsgruppen in Südniedersachsen aktiv, auch Gianluca Bruno begann dort seine politische Laufbahn und wurde später stellvertretender Vorsitzender der NPD Niedersachsen und Vorsitzender der NPD Göttingen. Er agiert vor allem in Netzwerken von Neonazis im Dreiländereck Hessen, Niedersachsen und Thüringen wie dem »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen«, gegen den unter anderem wegen des Verdachts der Bildung einer bewaffneten Gruppe ermittelt wurde. Auch in Heises Ordnungsdienst »Arische Bruderschaft« sind beide eingebunden und waren beispielsweise 2017 auf dem RechtsRock-Event »Eichsfeldtag« an einer Störaktion gegen ein anwesendes Kamerateam beteiligt, das daraufhin die Dreharbeiten einstellen musste. Schon zu diesem Zeitpunkt hatte der Deutsche Journalistenverband (djv) einen besseren Schutz von Medienvertreter*innen eingefordert. Vier Jahre später fordert der Verband zum Prozessbeginn, »dass das Gericht die Neonazi-Attacken als das bestraft, was sie waren: ein Angriff auf das Grundrecht der Pressefreiheit und damit auf die Verfassung«. Es dürfe »nicht zu einer Bagatellstrafe kommen, sondern zu einem gerechten Urteil«. Doch schon in den ersten Verhandlungstagen sind die Folgen des späten Prozessbeginns zu merken. Immer wieder trüben Erinnerungslücken die Aussagen vor Gericht, immer wieder sagen Zeug*innen, sie könnten sich nach so langer Zeit nicht mehr an alle Details des damaligen Geschehens erinnern. Weil die Staatsanwaltschaft keine Fluchtgefahr sah und keine Untersuchungshaft anordnete, konnte sich außerdem Nordulf Heise zwischenzeitlich in die Schweiz absetzen, wo er bei einem »Blood&Honour«-Mitglied eine Ausbildung begann. Eine derart lange Dauer bis zum Verhandlungsbeginn gegen Neonazis ist bei Thüringer Gerichten kein Einzelfall, im Netz kursiert der Hashtag #Justizproblem. Erst in diesem Jahr kamen in der Wiederauflage des »Ballstädt-Prozesses« die im ersten Prozess verurteilten Täter*innen mit Bewährungsstrafen davon, gegen zwei wurde das Verfahren eingestellt. Ein anderer Prozess wurde wegen des zeitlichen Abstandes zur Tat gar nicht erst eröffnet. Im aktuellen Fall sollte das Urteil vor dem Landgericht Mühlhausen ursprünglich im Oktober fallen, mittlerweile sind im Prozess Verhandlungstermine bis Anfang Dezember vorgesehen.

#München

Entführung oder Säureanschlag?

Von April bis Juli 2021 wurde am Oberlandesgericht München gegen die mittelfränkische »Der III. Weg«-Aktivistin Susanne G. wegen »Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat« verhandelt.

von Robert Andreasch

Es waren Ermittlungen in einer Drohbriefserie, die zu der 55-jährigen G. geführt hatten. Bei Armin Kroder, Landrat des Landkreises Nürnberger Land, war eine zynische »Beileidskarte« eingegangen: »Armin Kroder, Juden- und Ausländerfreund, erschossen auf der Terrasse des Kroderhofs. Wir kriegen Euch alle!«, hieß es darin – eine klare Anspielung auf den Mord an Walter Lübcke. Es folgten weitere Drohschreiben an die Familie, unter anderem eine »Geburtstagskarte« mit der Aufschrift »Letzte Warnung«, der eine scharfe Gewehrpatrone beilag. Die Türkisch Islamische Gemeinde in Röthenbach erhielt eine »Glückwunschkarte« mit »Ihr werdet niemals sicher sein!« in Schablonenschrift. Wieder war eine scharfe Patrone beigelegt. Auch bei der Eckentaler Initiative FLEck e. V., die sich um Geflüchtete im Ort kümmert, und der Familie des Schnaittacher Bürgermeisters gingen ähnliche Drohschreiben ein. Nach einer Hausdurchsuchung im März 2020 blieb G. auf freiem Fuß. Im August 2020 setzte sie sich jedoch, nicht zuletzt wegen eines richterlichen Beschlusses zur DNA-Entnahme, ab.

Die Angeklagte

G. war seit einigen Jahren als Akteurin der neonazistischen Organisationen »Der III. Weg« und »Gefangenenhilfe« bundesweit aufgetreten. Zuvor war die Motorradfahrerin im Chapter Nürnberg des Rockerclubs »Gremium MC« aktiv. In dem kleinen mittelfränkischen Dorf, in dem Susanne G. beruflich als Kartenlegerin, Heilpraktikerin und Hobbymasseurin tätig war, störten sich nur wenige an ihrem Rassismus. Ab 2015 sammelte G. fast 300 Artikel aus der Lokalzeitung, die sich mit der Unterbringung von Geflüchteten befassten. Daheim schlief sie unter einer riesigen Hakenkreuzfahne. Sie las Frank Krämers Taschenbuch »Werde unsterblich: Rechte Metapolitik als Lebensphilosophie«, besaß den rechtsterroristischen Kultroman »Die Turner Tagebücher«, das militärische Handbuch »Der totale Widerstand. Kleinkriegsanleitung für Jedermann« sowie eine ganze Reihe Bücher über den NSU. Das »Manifest« des Christchurch-Massenmörders Brenton Tarrant hatte sie heruntergeladen. Mit Klaus Armstroff, dem Bundesvorsitzenden von »Der III. Weg«, fuhr sie zweimal zu einem Schießtraining auf die Schießstände »Jimi« und »Střelnice GoldieArms« in der Tschechischen Republik.

Die Behörden

Ein halbes Jahr vor der Urteilsverkündung im NSU-Prozess versuchten Mitarbeiter*innen des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, mit Susanne G. erneut eine V-Person mit engen Bezügen zum NSU-Netzwerk anzuwerben. Laut dem dortigen Abteilungsleiter des Verfassungsschutzes, Karlheinz Daffner, soll sie damals »keine Gesprächsbereitschaft« gezeigt haben. Ungeklärt blieb, wie G. an ein Action-One-Geschoss der Firma Dynamit Nobel gelangen konnte. Die 9mm-Polizeimunition war vor rund 20 Jahren an nordbayerische Spezialeinheiten ausgeliefert worden.

Bei G. wurden Fotos der Moscheegemeinde in Röthenbach, des Jüdischen Museums Schnaittach, zweier Geflüchtetenunterkünfte in Lauf sowie zweier Polizeiinspektionen der Region gefunden. Sie soll lokale Polizeibeamt*innen beschattet und zu den muslimischen Gebetszeiten in der Region Nürnberg Online-Recherchen durchgeführt haben. Bei Ebay beobachtete G. Chemikalienverkäufe von Stoffen, die üblicherweise in Sprengsätzen zum Einsatz kommen. Im Buch »Die Autobombe« markierte sie die Darstellung einer »Benzinhandbombe« und beschaffte sich die dafür notwendigen Utensilien. Zu diesem Zeitpunkt war G. bereits abgetaucht, hielt sich unter anderem in Lübeck, Travemünde und Zeitz auf. Konkreter ist dies nicht ermittelt worden. Am 6. September 2020 wurde Susanne G. dann in Fürth verhaftet. In ihrem Auto hatte sie aus Kabelbindern gefertigte Handfesseln griffbereit vorbereitet. Ob sie eine Entführung plante? Fragen werfen auch vier Wasserspritzpistolen auf, die sich G. beschafft hatte. Ein Spezialist des bayerischen Landeskriminalamts sagte im Prozess aus, im »Sprengstoffbereich« falle ihm dazu keine Verwendung ein, »wir hatten aber Wasserpistolen in anderen Bereichen: gefüllt mit konzentrierter Schwefelsäure bei Säureanschlägen oder mit brennbaren Flüssigkeiten als eine Art improvisierter Flammenwerfer«. Am 18. Verhandlungstag verurteilte die Kammer Susanne G. zu sechs Jahren Haft. In der Urteilsbegründung hieß es: »Der Senat ist der Überzeugung, dass ein Anschlag nur durch die Festnahme verhindert wurde und so die Liste der Anschläge von Halle und Hanau nicht durch die Namen Neunkirchen, Schnaittach oder Röthenbach erweitert wurde.« Susanne G. ist gegen das Urteil in Revision gegangen.

Eine einsame Wölfin

Den Ermittlungen zufolge hat G. einer Vielzahl von rechten Akteur*innen Geld zukommen lassen, darunter bekannten Köpfen von »Der III. Weg«, NPD und »Die Rechte«, dem »Schelm-Verlag« sowie Götz Kubitscheks »Verlag Antaios«. G. ist bis heute gut mit Ralf Wohlleben und André Eminger vernetzt. Am Tag der Urteilsverkündung im NSU-Prozess im Juli 2018, saß sie auf der Besucher*innentribüne. Nachdem Eminger im Gerichtssaal aus der Haft entlassen wurde, holte sie ihn später aus dem Gefängnis mit ihrem Jeep ab. Zu ihrem eigenen Prozess reisten Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet an. Die rechten Szenen bilden den Raum, in dem zu Taten aufgefordert wird, in dem Taten mitgetragen und unterstützt werden. Dass neben Susanne G. weitere Beteiligte involviert sein könnten, hat bei den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft jedoch keine Rolle gespielt.

#Stuttgart

»Gruppe S.« vor Gericht

Seit April 2021 stehen in Stuttgart-Stammheim zwölf Angeklagte wegen Bildung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vor Gericht. Bis zur Prozesspause im August fanden 23 Verhandlungstage statt, die eine komplizierte Gemengelage offenbarten.

von Lucius Teidelbaum

Laut ursprünglicher Anklageschrift hatte sich am 28. September 2019 in der »Hummelgautsche« bei Alfdorf im baden-württembergischen Rems-Murr-Kreis eine rechtsterroristische Gruppe gegründet. In Anlehnung an den Initiator Werner Somogyi firmierte diese bei den Behörden als »Gruppe S.«. Inzwischen wurde die Gruppengründung aufgrund der mangelnden Beweislage auf ein späteres Treffen am 8. Februar 2020 in Minden datiert.

Dadurch wurden sieben Angeklagte zu Unterstützern herabgestuft und ein Angeklagter wurde aus der Untersuchungshaft entlassen, weil er am Treffen in Minden nicht teilgenommen hatte.

Die seltsame Rolle des Paul-Ludwig U.

Zum Auffliegen der rechtsterroristischen Pläne und damit zur Anklage trug maßgeblich Paul-Ludwig U. bei. Dieser wandte sich eigeninitiativ erst an den Verfassungsschutz, später auch an die Polizei. Nach anfänglichem Zögern reagierten die Behörden und nahmen Kontakt mit ihm auf. Welche Rolle er dabei hatte, ist unklar. Offiziell war er ein freiwilliger Polizei-Informant ohne Bezahlung. Ein zeitweiliger V-Mann-Status kann aber auch nicht ausgeschlossen werden. Vor einer Anklage rettete U. das nicht, aber er war zu Beginn des Prozesses der einzige Angeklagte in Freiheit. Derzeit befindet er sich sogar in einem Zeugenschutz-Programm. U. ist Kronzeuge und Angeklagter in einem.

Die Anwält*innen der übrigen Angeklagten zielen darauf, Zweifel an dessen Aussagen zu säen. Schwer ist das nicht. U. saß 20 Jahre im Gefängnis, unter anderem wegen einer Geiselnahme. Ältere Gutachten bescheinigten ihm psychische Erkrankungen und Auffälligkeiten. Ein Befund, dem ein letztes Gutachten allerdings widerspricht. Aber U. neige zu Selbstüberschätzung und Dramatik. Er sah sich offenbar in der Rolle eines Geheimagenten. So sind einige Übertreibungen in U.´s Angaben zu finden. Etwa wenn er am 4. November 2019 seinem Bewährungshelfer am Telefon erzählt, dass im Frühjahr 2020 600 bis 1.000 Personen zuschlagen wollten und es 800 Tote geben könnte. Trotzdem scheint er über reale Terror-Planungen im Anfangsstadium »gestolpert« zu sein. Um sich nicht zu verraten, gab er den Hardliner. Sofern es überhaupt welche gegeben habe, muss also Paul-Ludwig U. alleiniger Anstifter der Terrorpläne gewesen sein, so die Strategie der Verteidiger*innen. Treibende Kraft war aber wohl eher Werner Somogyi und nicht Paul-Ludwig U., der letztlich auf einen bereits fahrenden Zug aufgesprungen ist. Die Treffen wurden von Werner Somogyi organisiert.

Ein idealer Zeuge ist U. sicher nicht. Aus seinen Angaben den wahren Kern herauszufiltern und mit Ermittlungsergebnissen zu belegen, ist daher zentrale Aufgabe im Prozess.

Was von der Anklageschrift übrig bleibt

Ein aussagewilliger zweiter Angeklagter bestätigte im Groben die Aussagen von U. über das Treffen in Minden: Es hatten sich gewaltbereite extreme Rechte zusammengefunden, die Geldzusagen zum Waffenerwerb machten. Mit den Waffen sollten Anschläge auf Moscheen verübt werden, um einen Bürgerkrieg zu provozieren.

Somogyi soll mit Hilfe von Tony Ebel als seiner rechten Hand versucht haben, in extrem rechten Zusammenhängen im Internet eine zu allem entschlossene Gruppe zu rekrutieren. So war die Zusammensetzung recht heterogen, sowohl geografisch als auch vom Alter her – zu Prozessbeginn waren die Angeklagten zwischen 32 und 61 Jahren alt. In einer Hinsicht war sie jedoch homogen: Es waren nur Männer. Auf Betreiben von Somogyi durften Frauen nicht Mitglied der Kerngruppe sein. Die Rekrutierten einten rassistische Endzeitvorstellungen und so ging es anfangs offenbar um Selbstverteidigung im Falle eines zu erwartenden Bürgerkrieges. Irgendwann kippte diese Haltung, vermutlich unter dem Einfluss der eigenen rassistischen Filterblase. Jetzt wollte man den Bürgerkrieg auslösen, den man anfangs noch fürchtete.

Da es nur drei realweltliche Treffen mit wechselnder Besetzung gab, bleibt bisher unklar, wie eingeweiht alle Beteiligten waren. Ob die von Somogyi in Minden Versammelten alle bis ins Detail vorher wussten, worum es gehen sollte, ist ungewiss. Der in Minden beschlossene Plan blieb relativ abstrakt. Die Waffen sollten noch besorgt und das Geld dafür noch eingesammelt werden.

Zumindest ein Beteiligter am Mindener Treffen, der mutmaßlich durch Selbstmord 2020 in Haft verstorbene Ulf R., war nach übereinstimmenden Aussagen vom Charakter des Treffens erschrocken. Doch auch er wandte sich als Mitwisser im Anschluss nicht an die Behörden. Wenige Tage nach dem Mindener Treffen erfolgten die Hausdurchsuchungen und Festnahmen.

Für die kritische Prozessbeobachtung ergibt sich das Problem einer realistischen Einschätzung, ohne einer Verharmlosung Vorschub zu leisten. Ob – auch vor dem Hintergrund der Veränderungen von Rahmenbedingungen im Online-Zeitalter – das klassische Schema der Gründung einer terroristischen Vereinigung und einer stringenten Gruppen-Entwicklung auf die »Gruppe S.« anwendbar ist, ist fraglich.

#Hamburg

Vorbereitungen für den Bürgerkrieg?

Das Umfeld der »Gruppe S.« ist größer als der im Prozess angeklagte Kern von zwölf Personen. Insbesondere ein norddeutsches Trio gehörte zu den Favoriten von Walter Somogyi und seiner rechten Hand Tony Ebel, um die »Gruppe S.« zu erweitern: Thomas Gardlo, der ehemalige Fremdenlegionär Thorsten K. und Ralph Eitelbach, der 2018 noch für die AfD in Schleswig-Holstein zur Wahl antrat.

von Felix Krebs

In den letzten Prozesstagen vor der Sommerpause im August wurde aus Unterlagen zitiert, welche bisher nur den Ermittler*innen und einigen wenigen Journalist*innen bekannt waren. Dort heißt es bezüglich eines abgehörten Gesprächs zur Einschätzung möglicher Rekruten: Ebel: »Was hältst Du vom Thorsten (K.) und vom Ralph (E.)?« Somogyi: »Die sind ok.« Ebel: »Das sind Granaten.« Und nachdem Somogyi die beiden bei einem Aufmarsch 2019 in Berlin kennengelernt hatte: »Die zwei, die wir gestern (bei der rechten Demonstration in Berlin) kennengelernt haben, Thorsten (K.) und Ralph (E.) aus Hamburg, das sind nicht nur Schwätzer, die schön den rechten Arm heben.«

Das Politmagazin Monitor veröffentlichte in seiner Sendung vom 8. April 2021 ein Diagramm mit dem verzweigten Netzwerk der »Gruppe S.«. Darin tauchen Thorsten K., Ralph Eitelbach und auch Thomas Gardlo auf und konnten internen Chatgruppen zugeordnet werden. Mit den Recherchen konfrontiert, stritt Eitelbach allerdings ab, jemals Terroranschläge geplant zu haben. Die drei Neonazis aus Hamburg und Umland hatten in den letzten Jahren Aufmärsche unter dem Titel »Merkel muss weg« beziehungsweise »Michel, wach' endlich auf« in der Hansestadt organisiert. Den Anmelder Gardlo und seinen Orga-Kreis hält auch der Hamburger Inlandsgeheimdienst für »rechtsextremistisch«. Im September 2019 scheiterte die Aufmarschserie endgültig an breitem antifaschistischem Widerstand. Und genau in diesen Zeitraum fallen die Kontakte zur »Gruppe S.« Sollte hier eine Enttäuschung und der Wunsch nach Radikalisierung eine Rolle gespielt haben?

Bezüge zur militanten Rechten

Thomas Gardlo stammt ursprünglich aus dem Umfeld der neonazistischen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) und war später Personenschützer des Rechtspopulisten Ronald Schill. In den Jahren 2015/16 trainierte Gardlo eine Gruppe aus »Identitären«, ehemaligen »Nationaldemokraten«, Mitgliedern der »Burschenschaft Germania« und einem in Hamburg als »AfD-Hooligan« bekannt gewordenen Mann in Wehrsportübungen. In der Chatgruppe hieß es, der »Trainer (…) ist lizensierter Kickboxtrainer und hat außerdem 30 Jahre Berufserfahrung als Türsteher auf dem Hamburger Kiez«, das Training diene dazu »unsere Wehrkraft zu erhalten/zu stärken«. Besonders bedenklich: Mitglieder der gastgebenden, schlagenden Burschenschaft trainieren nicht nur mit Fäusten und Säbeln. Mindestens sieben Burschenschafter sollen laut einer Parlamentsanfrage aus 2020 über eine unbekannte Zahl von scharfen Schusswaffen verfügen. Genaueren Einblick hat der Verfassungsschutz laut eigenen Angaben nicht. Unbekannt sei ihm auch eine achte Person im Burschenhaus gewesen, die eine halbautomatische 10-schüssige Schrotflinte besessen haben soll.

2019 wurden bundesweit Wohnungen von Mitgliedern einer Gruppe namens »National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland« durchsucht. Diese zeigten laut Staatsanwaltschaft Stuttgart »zumindest verbal Gewaltbereitschaft, planen, sich zu bewaffnen und hegen Gewaltfantasien«. Bei der Razzia wurden 100 größtenteils verbotene Waffen sichergestellt. In Hamburg traf es Bernd Sch., der ebenfalls zum Orga-Team um Gardlo gehörte. Ein Bild der Hamburger Morgenpost zeigt ihn, Gardlo und Thorsten K. bei einem Aufmarsch im Gespräch mit der Einsatzleitung der Polizei. Als weiteres Detail eines weit verzweigten Netzwerks fügt sich die Verlinkung eines Artikels des militanten Projektes »Revolte auf Beton – Gemeinschaft durch Tatwille« auf der Website der »Michel-Aufmärsche« 2019 ein. Dieses Projekt hatte neben Bezügen zur Partei »Der III. Weg« und in nationalrevolutionäre Kreise auch Kontakte in die burschenschaftliche Szene und kann mit Hamburg in Verbindung gesetzt werden: Als »Ein Prozent« 2016 eine interaktive Deutschlandkarte für »vorbildliche Aufklärungs- und Widerstandprojekte« in ganz Deutschland vorstellte, wurde beim Klick auf Hamburg die Netzseite von »Revolte auf Beton« aufgerufen, damals mit dem Startbild eines Aktivisten, der einen brennenden Molotow-Cocktail wirft.

Das sind Indizien dafür, dass sich auch in Hamburg ein Milieu aus radikalen Burschenschaftern, erprobten Straßenkämpfern der Türsteher- und Hooligan-Szene und enttäuschten AfD-Sympathisanten vernetzt, Wehrsport betreibt, sich bewaffnet und für einen Bürgerkrieg rüstet. Der Hamburger Verfassungsschutz widmete der »Gruppe S.« in seinem aktuellen Jahresbericht zwar einen Beitrag. Eine detaillierte Anfrage der Partei Die Linke zu den Hamburger Verbindungen blieb jedoch mit Verweis auf die Ermittlungen des Generalbundesanwalts und ein angebliches Geheimhaltungsinteresse weitgehend unbeantwortet.

#Gotteskrieger

»Fahrplan der Religiösen Rechten«

Am 19. Oktober 2021 erscheint Annika Brockschmidts Buch »Amerikas Gotteskrieger – Wie die Religiöse Rechte die Demokratie gefährdet«. Für »der rechte rand« sprach Nina Rink mit der Autorin über ihre Recherche.

drr: Wie bist du zu dem Thema der Religiösen Rechten gekommen?
Annika Brockschmidt: Es fing vor etwa zehn Jahren als leicht bizarres Hobby oder Interesse an, weil mir das alles so fremd war und ich amerikanische Politik schon immer spannend fand. Besonders die Überschneidungen von Politik und Religion. Ich hab ehrlich gesagt nicht damit gerechnet, dass das überhaupt breiteres Interesse auf sich ziehen würde. Auch wenn Expert*innen schon lange gewarnt haben – erst mit Trump haben sich die Leute gefragt, warum ihn zum Beispiel diese ganzen Evangelikalen gewählt haben. Das wirkt auch erst mal seltsam: Warum stehen diese super frommen Leute auf einen wie Trump, der mit seinen Frauengeschichten prahlt und nicht aus der Bibel zitieren kann? Aber wenn man dann tiefer eintaucht in die Theologie, die Strukturen, in die Geschlechterrollen, die da propagiert werden – dann ergibt das plötzlich Sinn.

Davon handelt dein Buch – wann hast du entschieden, das aufzuschreiben?
Ich wollte schon länger was dazu machen und im Sommer hat mich Rowohlt gefragt, ob ich ein Buch dazu schreiben will. Es ist deutlich länger geworden als geplant, aber mir war wichtig, nicht nur die Geschichte der Religiösen Rechten aufzuschreiben, sondern eine Landkarte, einen Fahrplan der Religiösen Rechten zu entwerfen, nach dem man sich richten kann, wenn man verstehen will, wie dieses System funktioniert. Ich glaube, ohne die Religiöse Rechte zu durchschauen, kann man nicht verstehen, was heute in der amerikanischen Politik vor sich geht.

Wie bist du bei der Recherche vorgegangen?
Ich war schon gut im Thema, hab mich dann aber nochmal systematisch durch die Forschungsliteratur der letzten Jahrzehnte gearbeitet. Ich habe mit zahlreichen Historiker*innen, Soziolog*innen, Religionswissenschaftler*innen gesprochen, aber auch mit Aussteiger*innen aus der Religiösen Rechten und Aktivist*innen, die Aufklärungsarbeit betreiben. Ohne die Vorarbeit dieser Leute wäre das Buch so nicht möglich gewesen. In den letzten fünf bis zehn Jahren hat sich in der Forschung zum Thema auch viel getan: Wir haben erstmals quantitative Daten und können mit Zahlen belegen, was andere Wissenschaftler*innen seit Jahren sagen. Das hilft bei der Argumentation enorm. Ich bewege mich ja seit einigen Jahren in dem Thema, aber trotzdem gab es noch Bereiche, die mich überrascht haben.

Was zum Beispiel?
Diese Sympathie, nicht nur Trump gegenüber, sondern autoritären Herrschern im Allgemeinen. Das ist leichter zu verstehen vor dem Hintergrund der Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder, die in diesen Kreisen propagiert werden. Ich hätte zu Beginn meiner Recherche nicht gedacht, dass ich aus einem evangelikalen Eheratgeber einen Schluss zur nationalen Sicherheit des Landes ziehen könnte. Aber so ist es. Zu dem Thema war das Buch »Jesus and John Wayne« von Kristin Kobes Du Mez eine wichtige Quelle. Dort wird gezeigt, dass die Vorbilder biblischer Männlichkeit und Weiblichkeit eben keine Figuren aus der Bibel, sondern aus der Popkultur sind. Diese »Hau-Drauf-Typen«, die erst zuschlagen und später reden. Und das passt zur Rhetorik dieser hyperpotenten Typen. Der Sexualtrieb ist tatsächlich eng gekoppelt an das Verständnis von nationaler Sicherheit. Das klingt total bizarr, hat mir aber nochmal eine ganz neue Perspektive eröffnet.

Das erklärst du im Buch auch sehr anschaulich. Gab es weitere Aspekte, die du nochmal neu »entdeckt« hast?
Die Forschung von Sophie Burke James, die viel zur codierten Bedeutung von Familie gemacht hat. Was bedeutet das im Sprachgebrauch der Religiösen Rechten? Es gibt nicht verschiedene Familienmodelle, sondern die heteronormative, patriarchale Kernfamilie mit dem Mann als Oberhaupt ist gesetzt – da ist kein Platz für andere Identitäten. Das ist so wichtig, weil es das Fundament ihrer Gesellschaftsstruktur, ihrer Ideologie und ihres eigenen Entstehungsmythos ist. Rechte für Trans*-Menschen zu fordern, rüttelt an den Fundamenten und bedroht ihrer Ansicht nach ihre Existenz. Auf lokaler und Bundesstaatsebene werden gerade viele Anti-Trans*-Gesetze verabschiedet. Das ist darauf zurückzuführen. Das sind so Beispiele, wo ich es spannend fand, nochmal in die Tiefe gehen zu können.

Was eint diese ganzen Personen und Organisationen, die du beschreibst – was ist ihre gemeinsame Idee und was macht sie zur Bewegung?

Wenn wir von der amerikanischen Religiösen Rechten lesen, lesen wir meist von weißen Evangelikalen – dabei ist es eine Bewegung mit sehr unterschiedlichen Strömungen. Aber sie vereint, was man »weißen christlichen Nationalismus« nennt. Das bedeutet, dass eine amerikanische und eine erzkonservativ christliche Identität untrennbar miteinander verbunden sind. Der christliche Nationalismus teilt die amerikanische Bevölkerung in »wahre« und »falsche« Amerikaner*innen. Wichtig dabei ist, dass eine bestimmte Form des Christentums – eine erzkonservative – gemeint ist. Progressive Christ*innen gehören genauso wenig dazu wie zum Beispiel Atheist*innen. Aber: Ich würde unterscheiden zwischen den Köpfen der Bewegung, die beispielsweise auch eigene finanzielle Interessen haben und den Anhänger*innen, denen diese Dimension häufig gar nicht bewusst ist. Datenerhebungen zeigen: Christlicher Nationalismus ist ein Spektrum, wir finden ihn auch in der demokratischen Partei oder weniger konservativen Menschen. Aber dieser weiße, christliche Nationalismus ist mit ganz bestimmten Vorstellungen verbunden, was Migration, Todesstrafe, Gewaltmonopol des Staates, Rollenbilder und so weiter angeht. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Denomination (Glaubensgemeinschaft) ist nicht das Entscheidende.

Du sprichst von den »Köpfen« – wer sind denn die einflussreichsten Akteure und auf welchen Ebenen nehmen sie Einfluss?

Das Schwierige an diesem Netzwerk ist, dass es permanent in Bewegung ist. Aber wir können verschiedene Ebenen beschreiben: die legislative Ebene – wo Einfluss auf Abgeordnete ausgeübt wird, wo ihnen Modellgesetzgebungen an die Hand gegeben werden. Beispielsweise durch die »Heritage Foundation«, »ALEC« oder »Projekt Blitz«. Auf der judikativen Ebene – das Ergebnis davon sehen wir am Obersten Gerichtshof – nimmt insbesondere die »Federalist Society« Einfluss – zum Beispiel wurden die letzten drei Richter*innen auf ihre Empfehlung ernannt. Einige Organisationen sind für die Mobilisierung der Anhänger*innen zuständig, wie die »Tea Party Patriots«. Es gibt auch immer Raum für Organisationen, die bisher im Hintergrund agierten oder neu gegründet werden, das macht den Überblick so schwer. Aber die meisten der Organisationen haben über ihre Führungsebene Verbindungen zum »Council for National Policy«, der auch als Dachorganisation der Religiösen Rechten bezeichnet werden kann. Dort laufen alle Fäden zusammen. Dort treffen religiöse Fundamentalist*innen auf reiche Großspender*innen und politische Strateg*innen, knüpfen untereinander Verbindungen und pflegen Beziehungen in die höchsten Ränge der Republikanischen Partei.

Du beschreibst auch die Einflussnahme bis in die familiäre Sphäre …

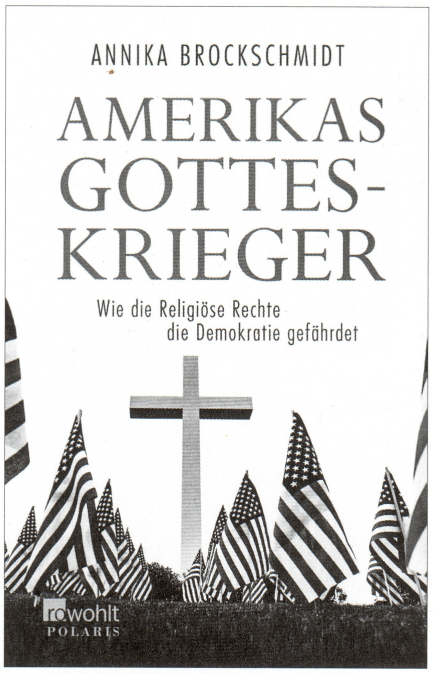
Ja, beispielsweise durch den »Family Research Council«. Das ist die erste Adresse, bei der man sich als erzkonservativ christliche Familie Rat bei Ehe- oder Erziehungsproblemen holt. Die sorgen für die Verbreitung dieses konservativen, heteronormativen Familienbilds bis in die Haushalte hinein. Und es gibt im Bildungsbereich Organisationen, die Einfluss auf die Inhalte in Schulbüchern nehmen. Ein noch extremerer Teil ist die »Homeschooling«-Fraktion innerhalb der Religiösen Rechten, die die innerhalb der Bewegung verbreitete Ansicht besonders vehement vertritt, dass staatliche Bildung generell des Teufels sei. Bildung gehöre in den Schoß der Familie, weil man Kinder nur Zuhause vor dem bösen, säkularen Einfluss schützen könne. Und dort die »Kulturkämpfer« und »Gotteskrieger« – nicht meine Worte, sondern ihre – der nächsten Generation heranziehen kann. Das geht hin bis zu parallelen fundamentalistischen College- und Universitätsstrukturen.

Du hast schon Bildung, Familienbilder, Trans*feindlichkeit genannt – welche Themen der Religiösen Rechten sind anschlussfähig an Diskurse des gesellschaftlichen Mainstream?

Am einfachsten ist das zu verstehen, wenn man es im Rahmen eines »Kulturkampfes« betrachtet: Konservativen Amerikaner*innen wird vermittelt, dass sie sich in einem permanenten Kampf um die Identität des Landes befinden. Aufgeladen und ganz eng verknüpft wird das mit christlicher Ikonografie, religiösem Vokabular, oft mit Bezug auf apokalyptische Theologie. Das macht letztlich jede politische Entscheidung zu einer Entweder/Oder-Entscheidung – es gibt keine Zwischenpositionen. Ich kann für den Untergang oder die Rettung des Landes sein. Darüber erlahmt von vornherein jede Bereitschaft für eine demokratische Debatte. Praktischerweise sind die Kulturkampf-Themen flexibel: eine Zeitlang war es die »Ehe für alle«, aktuelle Themen sind beispielsweise Rechte von Trans*-Menschen, Wahlrecht, Critical Race Theory. Diese Themen werden mit Ängsten verknüpft – zum Beispiel »Trans*-Menschen wollen eure Kinder missbrauchen« (natürlich völliger Quatsch) und dienen dazu, starke Ablehnung zu generieren. Damit wird die Wut der Basis aufrechterhalten, das Gefühl eines permanenten Belagerungszustandes vermittelt. Das hilft beim Durchsetzen der politischen Ziele der Bewegung. Und – das wird oft vergessen – es bringt Menschen dazu, gegen ihre eigenen finanziellen Interessen zu stimmen. Auch hier sieht man die Verbindung von Superreichen, extrem Libertären und christlichen Nationalist*innen.

Wie verbreiten sie ihre Ideen?

Das wird möglich durch eigene Medienimperien, die in einigen Regionen mittlerweile ein Nachrichtenmonopol haben. Radio wird als Medium oft vergessen. Realität ist, dass viele Pendler*innen täglich im Auto Radio hören. Durch die Krise des Lokaljournalismus ist in ganzen Landstrichen ein Informationsvakuum entstanden, das diese christlichen Medienimperien füllen konnten. So haben sich weitgehend unter dem Radar besonders in der Mitte des Landes Millionen Menschen durch Radiosendungen radikalisiert. »Fox News« ist den meisten noch ein Begriff – aber die Namen dieser christlichen Medienimperien kennen viele gar nicht. Die fielen auch den meisten Journalist*innen erst auf, als sie unter Trump massenhaft Akkreditierungen fürs Weiße Haus bekamen. Dieses abgeschlossene Mediennetzwerk sorgt dafür, dass 24/7 Desinformation in amerikanische Haushalte gespült wird. Im Gegensatz zu »regulären« Medien mit immer dem gleichen Messaging. Es geht um die Vermittlung bestimmter Inhalte, nicht um die Diskussion von Inhalten.



Also journalistische Kriterien werden da nicht eingehalten …
Auf gar keinen Fall! Es ist auch müßig, sich darüber aufzuregen, denn das ist gar nicht ihr Auftrag. Diese Medien wurden gegründet, um eine Plattform für fundamentalistische Inhalte zu bieten.

Das bietet ja Stoff für ein eigenes Buch! Aber wir wollten noch über den »Sturm aufs Capitol« reden – was bedeutete dieses Ereignis für die Bewegung und welche Strahlkraft hatte es über die USA hinaus?
Anfangs waren sich die Führungsfiguren der Religiösen Rechten, aber auch in der Republikanischen Partei unsicher, was sie damit anfangen sollen. Man hatte das Gefühl – zumindest in der Außenwirkung – dass sie davon überrumpelt wurden. In meinem Buch zeige ich aber, dass bestimmte Organisationen, von denen wir hier schon ein paar angesprochen haben, wahrscheinlich an der Planung im Vorhinein beteiligt waren. Wichtig ist, dass – auch wenn dieses Ereignis zahlreiche Politikjournalist*innen auch hier noch überrascht hat – dieser Angriff abzusehen war. Viele amerikanische Historiker*innen und andere Expert*innen warnen seit Jahren davor, dass die Sprache sich radikalisiert und das ein Ergebnis ist.

Warum wurden die warnenden Stimmen nicht gehört und die Gefahr so unterschätzt?
Da kommen einige Sachen zusammen: Einerseits hat es damit zu tun, dass man diese religiösen Fundamentalist*innen nicht ernst genommen hat. Weil sie auf Außenstehende teilweise so albern wirken und die politische Dimension oft ausgeblendet wird. Andererseits: Es gab ja durchaus Reaktionen auf die Warnungen. Da hieß es dann: »Oh, das ist ja Verschwörungs-Gedöns, wenn ihr sagt, die wollen alle Ebenen der Gesellschaft infiltrieren! Seid mal nicht so hysterisch!« Aber das ist halt tatsächlich ihre Ideologie. Es ist ganz offensichtlich und passiert bis auf wenige Organisationen auch nicht versteckt. Die Texte, auf die ich mich im Buch beziehe, kann jeder nachlesen. Man wollte es halt nicht machen oder hat, wie bei Trump, gesagt: »Das sagt der jetzt nur so. Das ist nur Rhetorik für die Basis.« Und hier sehen wir das Problem, das wir überall mit Rechten haben: Dass man ihnen nicht glaubt, was sie sagen. Auch wenn sie sehr deutlich sagen, was sie wollen.

Wer hält dagegen?
Es gibt auch Widerstand, so ist es nicht. Dagegen halten Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen auf lokaler Ebene und einige engagierte Politiker*innen und Journalist*innen, aber man kann auf Bundesstaatsebene so viel organisieren, wie man will – ohne Rückendeckung aus Washington, von der Demokratischen Partei, wird es nicht gehen. Deswegen auch für die Zukunft: Man kann dieses System der Religiösen Rechten nicht durch eine hohe Wahlbeteiligung schlagen. Ohne Reformen, zum Beispiel des Wahlrechts, sieht es für die amerikanische Demokratie wahrscheinlich ziemlich düster aus.

Da sind wir schon bei der Prognose für die Zukunft. Trump soll 2024 wieder antreten – was bedeutet das?
Das ist auch so ein Trick der Religiösen Rechten – denen ist relativ egal, wer kandidiert. Solange er ihre Agenda durchdrückt. Trump war sicher nicht der Liebling der Führungsriege der Religiösen Rechten, doch die Basis fand ihn großartig. Viel wichtiger als die Frage, wer kandidiert, sind momentan die Vorbereitungen der Republikaner landesweit, die Wahl 2024, sollten sie diese verlieren, »legal zu stehlen« – durch Schlupflöcher in der Gesetzgebung. Wir sehen außerdem auf Bundesstaatsebene die Verabschiedung zahlreicher christlich-nationalistischer Gesetze. Wahlrechtsbeschränkungen werden durchgesetzt, die vor allem PoC betreffen. »Memory Laws« werden verabschiedet, wie in autokratischen Staaten, mit denen verhindert wird, dass man im Geschichtsunterricht über die rassistische Vergangenheit des Landes sprechen darf. Gesetze, die Geldflüsse in dieses Netzwerk der Religiösen Rechten erleichtern. Es ist gerade einiges im Gange. Und das konnte so weit kommen, weil man sehr lange nicht begriffen hat, dass die Religiöse Rechte in Jahrzehnten und in Jahrhunderten denkt. Eine verlorene Wahl dürfte die letzten Endes wenig jucken.

Können sie dabei auch auf Verbindungen zu internationalen Unterstützer*innen-Netzwerken bauen?
Die Organisationen der Religiösen Rechten sind international vernetzt. Eine der wichtigsten Treffpunkte für die internationale Religiöse Rechte ist der »World Congress of Families«. Diese internationale Vernetzung kommt von dem Anspruch, nicht nur Amerika »für Gott zurückzugewinnen«, sondern die ganze Welt. Und deswegen ist die Religiöse Rechte in diversen Ländern eben nicht nur national aktiv, sondern hat – das gilt auch für die deutsche Religiöse Rechte – gute internationale Kontakte.

Wie sieht es in Deutschland aus?
Wir haben hierzulande eine Religiöse Rechte, aber nicht so einflussreich und offen etabliert wie in den USA. Trotzdem ist es auch bei uns so, dass die Religiöse Rechte Beziehungen bis in die Parteien, vor allem AfD, aber auch CDU, hat. Auch wir haben Think Tanks und Organisationen, die eine »Light-Variante« dessen sind, was wir in den USA sehen. Damit meine ich nicht, dass sie harmlosere Ziele haben, sondern einfach keine so ausgefeilte Infrastruktur haben. Wir sehen auch hier: Es gibt zum Beispiel die »Demo für alle«, die Kontakte sowohl in die Religiöse als auch in die politische Rechte haben. Wo sich selbsternannte Lebensschützer*innen zusammen mit Personen aus dem Umfeld der AfD, aber eben auch der Religiösen Rechten treffen. Also da gibt es durchaus Überschneidungen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Annika Brockschmidt: Amerikas Gotteskrieger – Wie die Religiöse Rechte die Demokratie gefährdet. Rowohlt Verlag, 416 Seiten, 16 Euro. Erscheint am 19. Oktober 2021.

#ProudBoys

Bruderschaft und »authentische Männlichkeit«

von Carl Kinsky

Die »Proud Boys« sind in erster Linie eine Bruderschaft, der es um die Wiedererlangung einer »echten« beziehungsweise »authentischen« Männlichkeit angesichts der als korrumpierend empfundenen Einflüsse der Moderne geht. Verkürzt lässt sich ihr Männlichkeitsideal auf drei Handlungsebenen herunterbrechen: arbeiten, kämpfen, Sex. In allen Lebensbereichen geht es um die soziale Dominanz von Männern.

Die Organisationsstruktur der »Proud Boys« ist durch unterschiedliche Mitgliedschaftsgrade hierarchisiert. Um der Gruppe beitreten zu können, müssen Bewerber vier Aufnahmerituale durchlaufen, welche der Gründer Gavin McInnes zuerst im Jahr 2016 in einem Beitrag für die extrem rechte Nachrichtenseite »Taki's Magazine« vorstellte. Der Name selbst ist eine Kooptierung der umgangssprachlichen Bezeichnung eines stolzen schwulen Mannes als »Proud Boy«. Die erste Stufe besteht in einem Bekenntnis zum »westlichen Chauvinismus«, dem Leitmotiv der Organisation. In der zweiten Stufe müssen Bewerber fünf Müslimarken aufsagen, während sie von mehreren Mitgliedern geschlagen werden, die mindestens den ersten Mitgliedsgrad absolviert haben. Dabei dürfen sie auch im Kopfbereich und Unterleib traktiert werden, wenn auch in geringerem Ausmaß. Diesen Initiationsritus beschrieb McInnes bereits 2015 in einer Folge seines Podcasts »Free Speech« mit dem »Fox News«-Moderator Tucker Carlson – angeblich entstammt er seiner eigenen Lebenserfahrung. Zudem müssen sich Mitglieder in der zweiten Stufe dazu verpflichten, maximal ein Mal im Monat zu masturbieren. Mit Absolvierung der zweiten Stufe sollen sich Mitglieder laut Gruppenrichtlinien auch dem Lebensbundprinzip der Bruderschaft anschließen und ein Leben lang Teil der Organisation bleiben. Mit der Tätowierung von »Proud Boy« auf ihrem Körper und dem Versprechen, auf Pornografie zu verzichten, wird die dritte Mitgliedsstufe absolviert.

Durch diese Rituale sollen potenzielle Mitglieder ihre Männlichkeit in Gestalt von Durchhaltevermögen und Opferbereitschaft beweisen, zugleich dient es als Einführung in die auf Gewalt und Dominanz ausgerichtete Organisation. Dies zeigt sich insbesondere in der zweiten Stufe, die Bewerber nicht nur zu Durchhaltevermögen in Konfliktsituationen anhält, sondern auch zur aktiven Suche nach Sexualpartnerinnen verpflichtet. Zugleich dienen die Prügel als Vermittlung von Hierarchien zwischen alten und neuen Mitgliedern innerhalb der Gruppe. 2017 führte McInnes schließlich eine vierte Stufe in der Mitgliederhierarchie ein. Diese wird erreicht, wenn Mitglieder physische Angriffe auf echte oder vermeintliche politische Gegner*innen durchführen.

Die Masturbationsfeindlichkeit der »Proud Boys« ist keine Ausnahmeerscheinung, sondern stellt einen zunehmend wichtigen Teil extrem rechter Ideologien in den USA und darüber hinaus dar. Hierbei geht es zumeist um die Bewahrung »westlicher« beziehungsweise »weißer« Staatsvölker durch eine erhöhte Geburtenrate, zu der der Verzicht auf Selbstbefriedigung beitragen soll. Neben McInnes vertreten zahlreiche extrem rechte Kader derlei Thesen, darunter auch David Duke.

Ursprung des von McInnes geforderten Masturbationsverzichts ist eine Wette mit dem Komiker Dante Nero im Sommer 2015, der ebenfalls irrationalerweise diesen Verzicht als Beitrag zu einem gesunden Lebensstil verklärt. Nero, der afroamerikanische Wurzeln hat, gehörte bereits vor Gründung der »Proud Boys« zur Kerngruppe um McInnes. Beide schlossen eine Wette zum Masturbationsverzicht ab, woraufhin Nero in gewohnt ironisch-autoritärer Manier zum »Papst« der Gruppe erklärt wurde. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen bei Demonstrationen in Charlottesville distanzierte Nero sich schließlich Ende 2017 von den »Proud Boys« und widmet sich seitdem seinen Beziehungs- und Männercoachings. Sein »Proud-Boy«-Tattoo am Hals hat er überstechen lassen.

McInnes begründet den Masturbationsverzicht mit der vermeintlich schädlichen Wirkung von Pornografie, die letztlich Männer von ihrem »natürlichen Drang« zum Aufsuchen von Sexualpartnerinnen abhalte. Mit dem Verzicht würden Mitglieder dazu angehalten, sexuelle Beziehungen und letztlich Ehen einzugehen. Hier lassen sich Züge einer »sexuellen Gegenrevolution« erkennen, die versucht, Sexualität zu kontrollieren und vermeintlichen gesellschaftlichen Interessen unterzuordnen. Dies ist als Gegengewicht zur Liberalisierung des Sexualitätsverständnisses in liberaldemokratischen Staaten seit den 1960er-Jahren zu sehen und drückt sich auch in McInnes Begründungen zum Verzicht aus, in denen er Masturbation als Unfähigkeit zur Selbstbeherrschung darstellt und damit als Ausdruck zeitgenössischer Dekadenz ausmacht. Dahinter steht – wie auch sonst – eine als übermächtig ausgemachte feministische Bewegung, die Männer durch falsche Vergewaltigungsvorwürfe zu Pornokonsum und Selbstbefriedigung zwinge.

Zugleich soll der Verzicht zu einer gesteigerten männlichen Potenz und Sexualität in Beziehungen führen. Wegweisend ist hier die traditionelle Vorstellung, wonach weibliche Sexualität nur durch einen aktiven, meist dominanten, männlichen Gegenspieler aktiviert werden könne, der somit auch für Frauen notwendig sei, um überhaupt sexuelle Befriedigung zu erfahren. Neben der Potenz im Kampf müssen Proud-Boys-Mitglieder folglich die gleiche Virilität im Schlafzimmer beweisen. Laut McInnes sei Sex der wichtigste Faktor in jeder Ehe und das »Hämmern (der eigenen Ehefrau) zur Besinnungslosigkeit« Lösung für alle Beziehungskonflikte, wie er in einem Artikel von August 2015 für »Taki's Magazine« schrieb. Hinter dem Masturbationsverzicht steht also die Förderung eines misogynen Dominanzbegehrens.

Da Frauen von den »Proud Boys« nur ein Wert als Mütter und Hausfrauen zugesprochen wird, werden sie nicht als gleichwertige Mitglieder aufgenommen. Stattdessen wird ihnen eine separate Organisation angeboten, die »Proud Boys' Girls« (PBG). Der Versuch, eine ebenso erfolgreiche, selbstständige Teilgruppe zu bilden, verläuft aber immer wieder im Sande. Zu stark bleibt der Widerspruch zwischen der Rolle als aktive Kämpferinnen und den Idealen der »Proud Boys« und der Misogynie der männlichen Mitgliedschaft.

Vorabdruck aus: Carl Kinsky: »Proud Boys«. Trumpismus und der Aufstieg ultranationalistischer Bruderschaften, Münster 2021, Unrast Verlag, 88 Seiten, 7,80 Euro, Erscheinungsdatum: Oktober 2021.

HERBST 1991

#Hoyerswerda

Ereignis und Chiffre

Vor 30 Jahren belagerten Bürger*innen und Neonazis über Tage die Unterkünfte von Asylbewerber*innen und ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter*innen in Hoyerswerda. Die pogromartigen Ereignisse endeten mit der Evakuierung der Migrant*innen aus der Stadt. Die damaligen Ereignisse wirken bis heute fort.

von Marcel Hartwig

Hoyerswerda, Mitte September 1991: Im Fernsehen sind die Straßen unsanierter Plattenbauten zu sehen, in denen rechte Schläger und Anwohner*innen ihrem rassistischen Hass auf »Ausländer«, wie es damals hieß, freien Lauf lassen. Die Wiedervereinigung zog eine nationalistische Stimmung im Land nach sich, die nicht erst mit den Ereignissen im September 1991 zu rassistisch motivierter Massengewalt führte. Bereits zwischen 1990 und 1991 stieg die Zahl rassistisch und extrem rechts motivierter Angriffe und Brandanschläge auf Migrant*innen rasant an. Die Woche der rassistischen Gewaltexzesse im September 1991 in Hoyerswerda stellte jedoch eine neue Qualität rechter und rassistischer Gewalt dar. Hier bildete sich nicht nur ein Muster rassistischer Mobilisierung, welches in den folgenden Jahren und letztlich bis heute politisch wirkungsmächtig ist.

Grundstein rassistischer Mobilisierung bis heute

Das in Hoyerswerda wirkende Zusammenspiel militanter Neonazis mit normalen Bürger*innen beim Aufbau eines lokal ausgeübten rassistisch motivierten politischen Drucks sowie die offene Billigung, Unterstützung und Beteiligung von Anwohner*innen und Bürger*innen an den Angriffen: All das machte die Woche rechter Gewalt in Hoyerswerda zum Exempel rechter Massengewalt der 1990er Jahre. Dieses Muster sollte in Rostock-Lichtenhagen 1992 ebenso eine Fortsetzung finden wie 24 Jahre später in Heidenau. Mehr noch: Ohne das Fanal von Hoyerswerda und die nachfolgenden Mobilisierungen der frühen 1990er Jahre wären die »Nein zum Heim«-Kampagnen von NPD und Neonazis ab 2013 und auch PEGIDA nicht möglich gewesen. Die rassistische Massengewalt der frühen 1990er Jahre legte den Grundstein für wiederkehrende rassistische Mobilisierungen auf

Denkmal »Herbst 1991 – Hoyerswerda vergisst nicht – Wir erinnern« im Stadtpark.

der Straße und die damit einhergehende Gewalt. In Hoyerswerda hatte sich die Polizei als unfähig und unwillig erwiesen, der Gewalt wirksam Einhalt zu gebieten und die Täter zu stellen. Im Gegenteil: Immer wieder kam es zu Szenen, in denen die Polizei zurückwich und vom rassistischen Mob abgedrängt wurde. Als die Migrant*innen in Bussen die Stadt verließen, standen Neonazis und Bürger*innen am Straßenrand und applaudierten. Ein Mann sagte damals sinngemäß in eine Fernsehkamera: Wenn es nicht möglich sei, mit friedlichen Protesten die Migrant*innen zu vertreiben, müsse es mit Gewalt gehen.

»Generation Hoyerswerda«

Nach einer Woche der Gewalt hatten der sächsische Staat und die Polizei vor dem rassistischen Mob kapituliert. Die Nachwirkung der für die betroffenen Migrant*innen rettenden Evakuierung aus Hoyerswerda wurde in der im Entstehen begriffenen extrem rechten Jugendkultur der 1990er Jahre als Signal des Aufbruchs verstanden. Über die konkrete Situation hinaus war nach Hoyerswerda für die militante extreme Rechte klar, dass der Staat vor der rassistischen Gewalt zurückwich und den rassistischen Gewaltexzessen vorerst keine Grenzen setzte. Vor allem in Ostdeutschland versagten Polizei und Justiz darin, rechte Gewalttäter*innen einer adäquaten Strafverfolgung zuzuführen. Die Täter*innen und ihr Umfeld hatten von Polizei und Justiz wenig bis nichts zu befürchten. Die nach Hoyerswerda einsetzende Welle rassistischer Gewalt sozialisierte eine ganze Generation rechter Jugendlicher, von denen nicht wenige später Aktivist*innen der Kameradschaftsszene wurden. Zum zeitgeschichtlichen Kontext der Ereignisse in Hoyerswerda gehört die damalige Debatte um die Änderung des bundesdeutschen Asylrechts. Seit der »Asyldebatte« 1986 und dem folgenden Aufstieg der Partei »Die Republikaner« in den späten 1980er Jahren in Westdeutschland hatte es aus rechtskonservativen und extrem rechten Milieus immer wieder rassistische Kampagnen gegeben, die auf eine Einschränkung des grundgesetzlich verankerten Rechts auf Asyl zielten. Die SPD verweigerte zu diesem Zeitpunkt noch die Zustimmung, denn das Asylrecht galt als eine wesentliche Lehre aus der NS-Herrschaft. Die Gewaltexzesse von Hoyerswerda nahmen CDU/CSU zum Anlass, die SPD unter Druck zu setzen, einer Änderung und damit weitgehenden Einschränkung des Asylrechts zuzustimmen. Nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen gab die SPD-Führung ihren Widerstand gegen die Asylrechtsänderung schließlich auf. Auch dies war ein Erfolg rassistischer Kampagnen der extremen Rechten.

Hoyerswerda 1991 als Chiffre

Für die antifaschistische Bewegung begann nach Hoyerswerda die Debatte, wie rassistische Mobilisierungen zu verhindern oder zu beenden sind. Bereits die antifaschistische Demonstration in Hoyerswerda kurz nach der Woche rechter Gewalt hatte die engen Grenzen dieses Mittels anlassbezogener, direkter Intervention vor Ort gezeigt. Ein massives Polizeiaufgebot aus BGS, der heutigen Bundespolizei und sächsischen Beamt*innen behinderte die Anreise und die Demonstration. Angesichts der massiven Gewalt und der beschränkten Möglichkeiten, Betroffenen rassistischer Gewalt im Rahmen einer Demonstration Solidarität zu zeigen, wurde nach Möglichkeiten der langfristigen, anlassunabhängigen Unterstützung jener Menschen vor Ort gesucht, die sich der rechten Alltagskultur entgegenstellten. Nicht erst durch die Ereignisse in Hoyerswerda, aber durch sie befördert, verließen viele engagierte Menschen die ländlichen und kleinstädtischen Regionen Ostdeutschlands. Für jene, die blieben und sich der extremen Rechten entgegenstellen, ist Hoyerswerda 1991 eine Chiffre für rechtes Hegemoniestreben geblieben.

SCHLUSS MIT DER VERHÖHNUNG DER NSU-OPFER!!
NSU ... GEDECKT ... VOM VS?
SS MIT DER
EN VER SCHUNG!
DES NSU!
VS & NSU
WEGGESCHAUT, VERHARM
VERFASSUN

#Bilanz

NSU – Zehn Jahre danach

von Svenja Kux

Der Schock saß tief und Lösungen mussten her: Tag für Tag kamen im November 2011 neue Details über die rechtsterroristische Gruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) ans Licht, die allesamt geeignet waren, die Sicherheitsbehörden, die Bundesregierung, kurzum: den Staat, zu kompromittieren. Es dauerte nicht lange, bis Politiker*innen Vorschläge und Forderungen präsentierten. Schon damals als hilflose Geste wertete man die Beteuerung von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), mit »aller Kraft« solche Gewalttaten künftig verhindern zu wollen; immerhin wollte er auch eine Neonazi-Datei. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) stellte den Einsatz von V-Leuten in der extrem rechten Szene grundsätzlich infrage und wollte zugunsten einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes Landesbehörden auflösen. Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast forderte gar, einen Großteil des Personals bei den VS-Behörden auszutauschen.
Und Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach in ihrer vielzitierten Rede bei der Gedenkfeier für die Opfer des NSU im Februar 2012: »Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.« Das Wort Rassismus fiel nur ein einziges Mal.

Verfassungsschutz: Gestärkt aus der Krise

Knapp zehn Jahre später, im Bundestagswahlkampf 2021, hat die CDU ein politisches Problem: Es heißt Hans-Georg Maaßen, Parteimitglied mit Affinitäten nach Rechtsaußen und zwischen August 2012 und November 2018 Präsident des Bundesamts für Verfas-

Antifaschistischer Protest 2015 in Berlin gegen den NSU-Skandal in Hessen und die Verwicklungen von Verfassungsschutz und Innenminister Bouffier.

sungsschutz (BfV). Selbst die kühnsten Pessimist*innen unter den Verfassungsschutzkritiker*innen hätten im November 2011 wohl nicht vorausgesagt, dass die Aufklärung der Rolle des BfV im NSU-Komplex von einem später so deutlich bekennenden Rechten verantwortet werden würde. Maaßen war nicht nur Chef der vom BfV zu leistenden Aufklärung, sondern zugleich Chef-Aufklärungsverhinderer. Das Bundesamt war während des gesamten NSU-Aufarbeitungsprozesses aufgefordert, Informationen und Wissen über die 13 NSU-Jahre und das im November 2011 erfolgte Aktenschreddern zu liefern – aber es lieferte oftmals nicht, weigerte sich, mauerte, blockierte.

Der Verfassungsschutz wurde übrigens reformiert, doch nicht so umfassend, wie es im November 2011 gefordert worden war. Einige Behördenleiter*innen räumten ihren Posten, unter ihnen BfV-Präsident Heinz Fromm, Maaßens Vorgänger. Manche, so etwa die Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, stolperten nicht über das jahrelange Nichtwissen und Nichtgewussthabenwollen in Sachen NSU, sondern über das Bekanntwerden rechtswidriger Aktenvernichtungen danach. Wer jenseits der Leitungsebene in den Verfassungsschutzämtern wofür zuständig gewesen war, bleibt freilich bis heute Verschlusssache. 2015 stimmte der Bundestag für eine Reform des Verfassungsschutzes, die die Rolle des BfV stärkte, ihm mehr Kompetenzen zusprach. Der V-Personen-Einsatz blieb intransparent, ebenso die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle. Man kann festhalten: Trotz aller Skandale um den Verfassungsschutz, die er in seiner Geschichte erlebt hat, blieb die Institution resilient, sie konnte sich allen Krisen, allen Einschränkungsversuchen zum Trotz, stets aufs Trockene retten.

Polizei: Unter Druck

Anders sah es diesmal bei der Polizei aus. Die Erkenntnis, dass die erfolglosen Ermittlungen der »Soko Bosporus« vor allem darauf abzielten, den Mordopfern des NSU kriminelle Verstrickungen nachzuweisen, rückte die Polizei in die öffentliche Kritik. Die Kritik hatte nicht nur die fruchtlosen Ermittlungen im Neonazimilieu zum Ziel, sondern sie berührte viel tieferliegende gesellschaftliche Schieflagen. Die Debatte offenbarte, dass viele Menschen, die von Rassismus und Antisemitismus betroffen sind, kein Vertrauen in die Institution Polizei haben können, denn sie ist auch eine Institution, in der Strukturen und Netzwerke von und für extrem rechte Beamt*innen existieren. Das Gefühl der Bedrohung, die rechte Vernetzungen in der Polizei erzeugen, ist existenziell, es stellt das Versprechen des Staates, Schutzgarant für alle zu sein, grundsätzlich infrage.

Struktureller Rassismus in der Polizei, in der Bundesrepublik jahrzehntelang tabuisiert, kam als Thema an die Oberfläche. Diesmal nicht nur in Fachzeitschriften und linken Diskursen, sondern es handelte sich um eine breitere gesellschaftliche Entwicklung. Rassismus als etwas, das nicht nur »früher« oder in den USA passierte, sondern jetzt in Deutschland. Rassismus, der nicht nur vom Pöbelmob ausgeht, sondern auch von Polizist*innen: Für diese Positionen brauchte es die Stimmen der Angehörigen und Überlebenden des NSU-Terrors. Vermutlich wäre die Diskussion über strukturellen Rassismus, die in anderen Ländern wie Großbritannien und den USA nicht erst seit Black Lives Matter, sondern schon viel länger geführt wird, irgendwann auf die eine oder andere Weise auch in Deutschland angekommen. Die Auseinandersetzung mit dem staatlichen Versagen während und nach dem NSU erzeugte jedoch einen politischen Druck, der von Öffentlichkeit, Mehrheitsgesellschaft und Politiker*innen mehr Selbstreflexion und Konsequenzen einforderte.

Medien und Forschung

Auch journalistisch hat der NSU ein beachtliches Echo hervorgerufen; vermutlich wurde noch nie so viel über Rechtsterrorismus recherchiert und geschrieben wie seit 2011. Allerdings erinnert die mediale Aufmerksamkeit der letzten zehn Jahre an die Berichterstattung der späten 1970er und frühen 1980er, in der »Neonazis« und »rechter Terror« immer eine Schlagzeile wert waren und man sich auch gern mal mit einem Bier zu Michael Kühnens Truppe an den Tresen setzte. Damals flaute die Aufmerksamkeit wenig später wieder ab; nun erleben wir eine nachhaltigere Berichterstattung über fast ein Jahrzehnt hinweg. Eine Generation von Journalist*innen hat sich mit langem Atem mit extrem rechter Gewalt beschäftigt und einen beachtlichen Output generiert.

Eine ähnliche Entwicklung gab es in der Forschung: Die Aufmerksamkeit von Wissenschaftler*innen für die extreme Rechte und extrem rechte Gewalt stieg, die Gründung der »Alternative für Deutschland« 2013 und die ab 2015 zunehmenden rassistischen Anschläge hielten die Themen auf der Tagesordnung. Tagungen werden organisiert, Sammelbände publiziert und vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften herrscht die Meinung vor, man müsse sich der rechten Gewalt nun viel eingehender zuwenden. Diese Entwicklung hat Licht- und Schattenseiten: Es steht zu befürchten, dass mit nachlassendem politischem Druck das Interesse nach einigen Jahren abebben wird. Die Forschung zu Rassismus und Rechtsextremismus ist in der Regel auch nicht strukturell verankert, sondern von externen Geldern abhängig, deren Zufluss wieder versiegen kann. Andererseits zeigen die zahlreichen Studien und Analysen, die mittlerweile zum NSU erschienen sind, ein ernsthaftes Interesse, und gerade die jüngeren Forscher*innen, die sich mit dem Thema befassen, werden, ebenso wie die Journalist*innen, ihren Fußabdruck hinterlassen.

Mainstream – aber nicht auf der Tagesordnung

Das Thema Rechtsterrorismus ist im Mainstream angekommen, aber nicht in der Politik. Abgesehen von wenigen Ausnahmen bringen Politiker*innen extrem rechte Gewalt immer nur dann auf ihre Agenda, wenn sie es müssen – wenn sie auf Anschläge reagieren oder Gedenkveranstaltungen besuchen. Im Bundestagswahlkampf 2021 war rechter Terror kaum Thema. Diese Haltung ist ein Spiegel dessen, wie wenig jene Bevölkerungsgruppen in der Politik repräsentiert sind, die zum Ziel des Rechtsterrorismus werden. Sie weist auch darauf hin, dass die Veränderungen nach zehn Jahren NSU nicht aus gesamtgesellschaftlichen Erschütterungen hervorgegangen sind, auch wenn inzwischen mehr mediale Öffentlichkeit für Rechtsterrorismus existiert. Es waren vielmehr Impulse aus Teilen der Gesellschaft heraus, die einen Wandel gebracht haben, gestärkt von internationalen Entwicklungen wie den Black Lives Matter-Protesten. Die Betroffenen extrem rechter Gewalt und ihre Unterstützer*innen haben sich nach dem NSU eigene Handlungsmacht und Gehör und damit eine neue Rolle verschafft. Erst sie zwangen die Gesellschaft genauer hinzuschauen.

#Sicherheitsbehörden

Ausbauen oder auflösen?

von Maximilian Pichl

V-Leute außer Kontrolle, rassistische Polizeimaßnahmen, rechte Netzwerke in der Polizei und der Bundeswehr – an Skandalen innerhalb der Sicherheitsbehörden, die in den letzten Jahren aufgedeckt wurden, mangelt es nicht. Trotzdem wird eine grundlegende Kritik der Sicherheitsbehörden, die auch durch die globale Black-Lives-Matter-Bewegung an öffentlicher Aufmerksamkeit gewann, bisher politisch weitestgehend abgeblockt. Selbst gegen eine wissenschaftliche Studie zu Rassismus in der Polizei wehrte sich Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Lediglich eine Studie zur Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamt*innen wird derzeit von der Hochschule der Polizei in Münster durchgeführt. Forschungsergebnisse werden aber erst in circa drei Jahren erwartet und ob die Studie in politische Reformen mündet, ist noch vollkommen offen.

Was fordern die Parteien?

Ein Blick in die aktuellen Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2021 zeigt, warum grundlegende Reformen der Sicherheitsbehörden nicht angegangen werden. Die CDU verspricht eine deutlich stärkere Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, den Ausbau der Videoüberwachung und lehnt jede »Schwächung des Verfassungsschutzes« ab. Konzepte gegen extrem rechte Netzwerke in den Sicherheitsapparaten sucht man im Programm jedoch vergebens. Das SPD-Wahlprogramm unterscheidet sich hinsichtlich der Sicherheitspolitik nur in Nuancen von dem der CDU. Anerkannt wird zumindest das Problem rechter Netzwerke in den Sicherheitsbehörden und bei der Bundeswehr. »Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir durch die Ermöglichung von mehr Supervision, Fort- und Weiterbildungen sowie guten Arbeitsbedingungen entgegen«, heißt es im SPD-Zukunftsprogramm.

Die Grünen streben das Leitbild einer »bürger*innennahen Polizei« an und wollen dem Personalabbau ein Ende setzen. Zur Kontrolle der Polizei schlägt die Partei vor, einen unabhängigen Bundespolizeibeauftragten mit »umfassenden Kompetenzen« zu schaffen. Der Verfassungsschutz soll neu aufgestellt werden, insbesondere hinsichtlich seiner Analysefähigkeit. Wie eine »effektive parlamentarische Kontrolle« gewährleistet werden soll, bleibt jedoch in dem Programmvorschlag vage. In dieser Hinsicht ist das FDP-Programm erstaunlich deutlich: Gefordert wird ein Drei-Säulen-Modell zur Kontrolle der Nachrichtendienste, das auf richterlicher Kontrolle, einer Stärkung der Minderheitenrechte im Parlament und der Gewährung effektiven Rechtsschutzes basiert. Einen grundsätzlichen Umbau der Sicherheitsstrukturen strebt aber auch die FDP nicht an. Im Programm heißt es, es dürfe »keinen Generalverdacht gegenüber unserer Polizei« geben und der Verfassungsschutz solle bestehen bleiben, wenn auch eine Reduzierung der Landesämter vorgeschlagen wird. Im Programm der Partei Die Linke nimmt das Thema »Rechtsterrorismus« und Sicherheitsbehörden den stärksten Raum ein. Nicht überraschend wird die Auflösung des Verfassungsschutzes gefordert sowie ein menschenrechtsorientiertes Verständnis der Polizeiarbeit. Ein klarer Fokus liegt auf der Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte. Recht eindeutig steht im Programm, dass sich die Partei »an keiner Regierung beteiligen wird, die Polizeibefugnisse weiter ausweitet und demokratische Freiheitsrechte abbaut«. Schließlich gibt es im Programm der »Alternative für Deutschland« (AfD) – auch hier nicht überraschend – kein Wort über rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden. Die Polizei soll gestärkt werden, insbesondere die Bundespolizei, um repressiver gegen Geflüchtete vorgehen zu können. Den Verfassungsschutz will die Partei, die derzeit beobachtet wird, »reformieren«, damit er »in Zukunft nicht mehr als parteipolitisches Instrument gegen politische Gegner missbraucht werden kann«.

Umgreifende Reformen der Sicherheitsbehörden sind angesichts dieser politischen Programme nicht in Sicht. Auffällig ist, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen oft auf der Ebene des konkreten Personals ansetzen, wie zum Beispiel durch eine bessere Ausbildung. Ob eine andere Ausbildung oder ein neues Leitbild aber den strukturellen Problemen im Sicherheitsapparat entgegenwirken können, ist mehr als fraglich.

Parlamentarische Kontrolle bleibt ein »stumpfes Schwert«

Die aufgedeckten Skandale und Probleme haben auch nicht dazu geführt, die Handlungsmöglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle auszubauen. Zwar gibt es seit 2016 den sogenannten »Ständigen Bevollmächtigten« für das Parlamentarische Kontrollgremium der Nachrichtendienste. Der Bevollmächtigte liefert aber in erster Linie logistische Unterstützung, indem sein Büro die Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums vorbereitet, Akten sichtet und die Anhörungen der Präsident*innenrunde der Nachrichtendienste durchführt. Ohnehin sind die Beratungen des Kontrollgremiums geheim und etwaige Informationen, die dort gesammelt werden, können die Parlamentarier*innen nicht in der Öffentlichkeit verwenden. Dadurch geht aber das wichtigste Kontrollmittel, der Druck der Öffentlichkeit, verloren.

Auch in Bezug auf die Kontrolle der Polizei sieht es nicht besser aus. Im Bundesland Hessen, wo zahlreiche Skandale rechter Umtriebe öffentlich wurden, beschäftigte sich eine eigens eingerichtete Expert*innenkommission mit einer Reform der Polizei. Erneut wird lediglich bei der Aus- und Fortbildung angesetzt und ein neues Leitbild der Polizei vorgeschlagen. Schließlich wird der Bock zum Gärtner gemacht, wenn ausgerechnet der Verfassungsschutz Polizeianwärter*innen hinsichtlich ihrer »Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung« überprüfen soll. Ohnehin war die Arbeit der Kommission umstritten. In einer gemeinsamen Stellungnahme kritisierten Copwatch, eine Dokumentationsstelle für Betroffene rassistischer Polizeigewalt, und die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland aus Frankfurt/Main, schon die Zusammensetzung der Kommission ermögliche »keine antirassistische, polizeikritische Arbeit« und institutioneller Rassismus werde nicht anerkannt.

Ein wichtiges Instrument zur Kontrolle der Polizei bei rassistischen Kontrollen könnte aber zukünftig das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) spielen, das in Berlin verabschiedet wurde. Es hat das Potenzial, Betroffenen prozessuale Erleichterungen zu verschaffen und Verbänden neue Klagewege zu eröffnen.

Radikale Kritik von Polizei, Verfassungsschutz und Sicherheit

Über einzelne Reformen hinausgehend haben zuletzt Bewegungen wie Black Lives Matter eine radikale Polizei- und Sicherheitskritik in die breite Öffentlichkeit getragen. Unter dem Slogan »Defund the Police« fordern Aktivist*innen, dass Geld und Personal aus den Polizeiapparaten abgezogen werden. Es gehe darum, die Polizei möglichst aus dem »Alltagsleben der Leute herauszuholen«, so der US-amerikanische Polizeiforscher Alex Vitale. Das laufe auf eine Entkriminalisierung von Tatbeständen, einen Entzug von Kompetenzen und eine Reinvestition der finanziellen Mittel in soziale Infrastrukturen hinaus. Ein solcher Ansatz ließe sich auch auf andere politische Felder übertragen: Zum Beispiel könnte dem strukturell ordnungspolitisch ausgerichteten Innenministerium die Verantwortung für die Migrationspolitik entzogen und einem anderen oder gar einem neuen Ministerium übertragen werden. Zudem macht die Kritik von Black Lives Matter und anderen sichtbar, dass die Polizei in den jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten aus rassistischen Herrschaftsverhältnissen heraus entstanden ist.

Umfassende Gesellschaftskritik und effektive rechtsstaatliche Kontrolle

Noch wichtiger als Fragen nach Personal und Kompetenzen sind die von der radikalen Polizeikritik aufgeworfenen Fragen: Welche Ursachen hat der aktuelle Rassismus und wie verdichtet er sich konkret in polizeilichen Alltagsroutinen? Was hat das polizeiliche Handeln mit der Art und Weise zu tun, wie die Gesetze ausgestaltet sind, auf deren Grundlage die Polizei handelt? Und warum ist überhaupt ein Sicherheitsdenken derart unumstritten, das Sicherheit mit der Anwendung des Gewaltmonopols gleichsetzt – und damit Unsicherheit für diejenigen Bevölkerungsgruppen schafft, die von diesem Gewaltmonopol an Leib und Leben bedroht sind?

Die Probleme, die in den Sicherheitsbehörden zutage treten – rassistische Maßnahmen, extrem rechte Netzwerke – sind letzten Endes gesellschaftliche Probleme und die Behörden liefern ein entsprechendes Spiegelbild dieser Verhältnisse. Dass zum Beispiel Personen mit rassistischen Überzeugungen in Behörden arbeiten, ist keine neue Erkenntnis, aber angesichts des Aufschwungs von AfD und anderen Rechten fühlen sich die Anhänger*innen dieser Ideologien bestärkt.

Wenn Parteien davon sprechen, man dürfe gegenüber Polizei und Verfassungsschutz keinen Generalverdacht aussprechen, dann zeugt dies von einem ordnungspolitischen, jedoch keinem demokratischen Staatsverständnis. Die Macht der Exekutive muss jederzeit demokratisch und rechtsstaatlich vollumfänglich kontrollierbar sein. Die aktuellen politischen Vorschläge belassen den Sicherheitsbehörden aber große unkontrollierte Handlungsspielräume. Die Parlamente brauchen dazu viel mehr Personal, um den personenstarken Behördenapparaten eine wirksame Kontrolle entgegensetzen zu können und Akteneinsichtsrechte, die ihren Namen verdienen und nicht durch »Staatswohlbelange« eingeschränkt werden dürfen. Das wäre ein rechtsstaatliches Minimum, nicht mehr und nicht weniger.

#Initiativen

Ein Aufschrei geht durchs Land

Der Rechtsterror des NSU blieb über Jahre unentdeckt. Das Auffliegen der Mordserie vor zehn Jahren war eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte – und veränderte den antifaschistischen und antirassistischen Protest im Land.

von Sören Frerks

Vor zehn Jahren, am 18. November 2011, demonstrierten in Jena 500 Menschen im Gedenken an die Todesopfer rassistischer Gewalt. Genau zwei Wochen nach der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU). Die Aufarbeitung des Rechtsterrors und die Erinnerung an die zehn Ermordeten prägte in den Jahren danach antifaschistisches Engagement und migrantische Selbstorganisierung – bis heute.

Ringen ums Gedenken

Während sich die Bundespolitik in Berlin wie auch die Landesregierungen reumütig gaben und Bundeskanzlerin Merkel bei der zentralen Gedenkfeier im Frühjahr 2012 bei den Angehörigen der Toten um Verzeihung bat, sollte sich die Errichtung von Gedenkstätten an den Tatorten über Jahre hinziehen. Oft war es vor Ort nur der Ausdauer von Antifaschist*innen zu verdanken, dass diese realisiert wurden.

In Rostock erinnerte die Initiative Mord verjährt nicht! Jahr für Jahr an Mehmet Turgut, der dort 2004 vom NSU in einem Imbiss erschossen wurde. Nicht nur, dass das Gedenken im Plattenbaugebiet Toitenwinkel von Neonazis angegriffen wurde. Eine damalige Rostocker Bürgerschaftspräsidentin mit CDU-Parteibuch warf noch dazu die Frage auf, ob überhaupt ein Gedenkort geschaffen werden solle. Schließlich sei Mehmet Turgut nicht aus Rostock gewesen. Erst zehn Jahre nach dem Mord wurde das künstlerische Denkmal in Form von zwei gegenüberstehenden Betonbänken eingeweiht. Die Umbenennung einer Straße in der Hansestadt ist trotz vieler Versuche bis heute nicht in Sicht. Stattdessen wurden aus Protest mehrfach Straßenschilder mit seinem Namen überklebt.

Ähnliche Auseinandersetzungen führten Antifaschist*innen in Nürnberg, wo der NSU drei Morde begangen hat und ein Opfer bei einem Bombenanschlag schwer verletzte. Zwar wurde dort 2013 in der Innenstadt eine Gedenkstele eingeweiht, doch diese ist kaum wahrnehmbar. Auf Betreiben der Initiative Das Schweigen durchbrechen forderte ein breites Bündnis aus Zivilgesellschaft und Parteien, die Erinnerung präsenter zu machen. Sie wollten, dass die Straßen an den Tatorten die Namen der Opfer tragen. Aus Kostengründen billigte die CSU-Stadtspitze lediglich die Umbenennung des Platzes im Stadtteil Langwasser, wo der NSU Enver Şimşek im Jahr 2000 ermordete. Dieser wurde erst am 9. September eingeweiht, 21 Jahre nach der Tat. Zukünftig soll das Gedenken für die vier Opfer in der Stadt präsenter sein, das versicherte man zumindest im Rathaus.

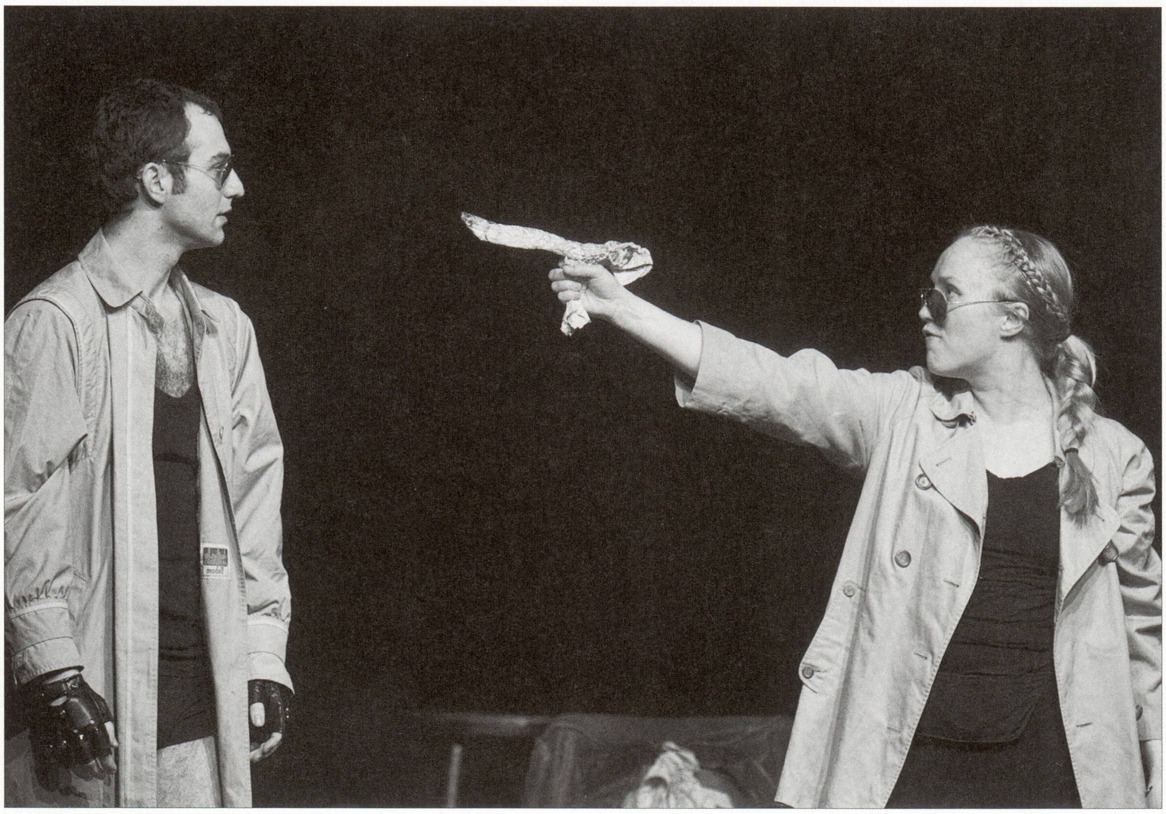
Im thüringischen Jena trägt der Enver-Şimşek-Platz in Winzerla seit letztem Jahr seinen Namen. In jenem Plattenbauviertel also, wo der NSU-Rechtsterror seinen Ursprung hatte. Vorausgegangen waren ein dreijähriger Beteiligungsprozess und ein Ringen im Kulturausschuss der Stadt. Die Umbenennung war unter anderem ein Erfolg der örtlichen Initiative NSU Komplex auflösen, die in Jena für das öffentliches Gedenken mobilisierte. Im Zentrum erinnert die Junge Gemeinde Stadtmitte mit einer Holzstele, die alle Namen der Opfer trägt, an deren Schicksal.

Indes lässt das Denkmal in Köln immer noch auf sich warten. Dort überlebte 2001 eine damals 19-jährige bei einem Sprengstoffanschlag nur durch Zufall. 2004 verletzte eine Nagelbombenexplosion in der Keupstraße dann 22 Menschen. 15 Jahre nach diesem Attentat forderte die Initiative Herkesin Meydanı – Platz für Alle mit einem Offenen Brief und zahlreichen Unterzeichner*innen schnellstens einen Lern- und Gedenkort in Köln-Mühlheim. Denn die Rheinmetropole ist bisher die einzige Stadt mit NSU-Tatorten, in der kein Denkmal an die Toten erinnert. Nachdem sich die Pläne immer wieder verzögerten, wird es aller Voraussicht nach nun doch noch kommen. Im November stimmt der Rat der Stadt über die Realisierung ab.

Migrantifa: Neue Schulterschlüsse

Auch die Initiative Keupstraße ist überall hatte den Brief unterschrieben. Nachdem der Prozess gegen die NSU-Unterstützer in München begann, war sie ein Sprachrohr für die Opfer und Anwohner*innen aus der Straße. Die Engagierten reisten 2015 selbst zum Gerichtsverfahren, um die Zeug*innen des Anschlags zu bestärken und ihre Solidarität mit den Betroffenen rassistischer Gewalt auszudrücken. Über 1.000 Antifaschist*innen demonstrierten damals in München. Die Initiative gehört ebenso dem Aktionsbündnis NSU-Komplex auflösen an. Ein bisher wohl einmaliger Zusammenschluss migrantischer, antirassistischer und antifaschistischer Organisationen in der Bundesrepublik. Im Oberlandesgericht München unterbrachen Aktivist*innen des Bündnisses 2017 die Verlesung der Anklageschrift während der Verhandlung im NSU-Prozess. Dabei kritisierten sie das Versagen der Bundesanwaltschaft bei den Ermittlungen gegen das Unterstützernetzwerk.

Ein Jahr später gingen in der Bundesrepublik zur Urteilsverkündung unter dem Slogan Kein Schlussstrich in mehreren Städten Tausende auf die Straßen. In München führten Angehörige der NSU-Opfer die Demonstration an. Daran hatte NSU-Komplex auflösen ebenfalls mitgewirkt. Erreicht hatten sie dadurch, dass die Botschaft der Bundesanwaltschaft, es habe sich beim NSU lediglich um ein Trio gehandelt, in der Öffentlichkeit so nicht mehr haltbar war. Wenngleich dies weder politische Konsequenzen für den Verfassungsschutz noch juristische für die heute immer noch offenen Ermittlungen gegen weitere mutmaßliche Helfer hatte.



Schon 2012 begann das Kölner »nö theater« mit der Inszenierung des Theaterstücks »V wie Verfassungsschutz« über Rechtsterror-Verstrickungen und Aktenvernichtung der Sicherheitsbehörden aufzuklären.

Im vergangenen Jahr dann erschien von Massimo Perinelli, Mitbegründer von Keupstraße ist überall der Beitrag: 30 Jahre NSU-Komplex – 30 Jahre Migrantifa. Darin stellt er einerseits klar, dass der Rechtsterror nur auf dem rassistischen Sediment in Gesellschaft, Politik und Polizei gedeihen kann. Andererseits wird deutlich, wie stark die Perspektiven der Betroffenen und deren Selbstorganisierung die bundesweite Solidaritätsarbeit nunmehr prägen. Ein Ergebnis: das stärkere Zusammenfinden von migrantischer Selbstorganisierung sowie von Antira- und Antifa-Bewegung aus Ost- und Westdeutschland. Den Hauch dieser Botschaft atmeten dann auch die bisher drei Tribunale von NSU-Komplex auflösen. Auf den Konferenzen wurde, ausgehend von den Perspektiven der Opferfamilien und Communities, eine zivilgesellschaftliche Anklage gegen staatliche Vertuschung und Verharmlosung von Rechtsterror formuliert. Am Anfang der Tribunalschrift stehen die Klagen der Angehörigen, wie von İsmail Yozgat, Vater des 2006 in Kassel ermordeten Halit Yozgat: »Im Jahre 2011 versprach die Bundeskanzlerin Frau Merkel, dass alles aufgeklärt wird. Wir haben noch nichts gesehen, noch nichts gehört. Das einzige was wir gehört haben, ist das Aktenschreddern (…).«

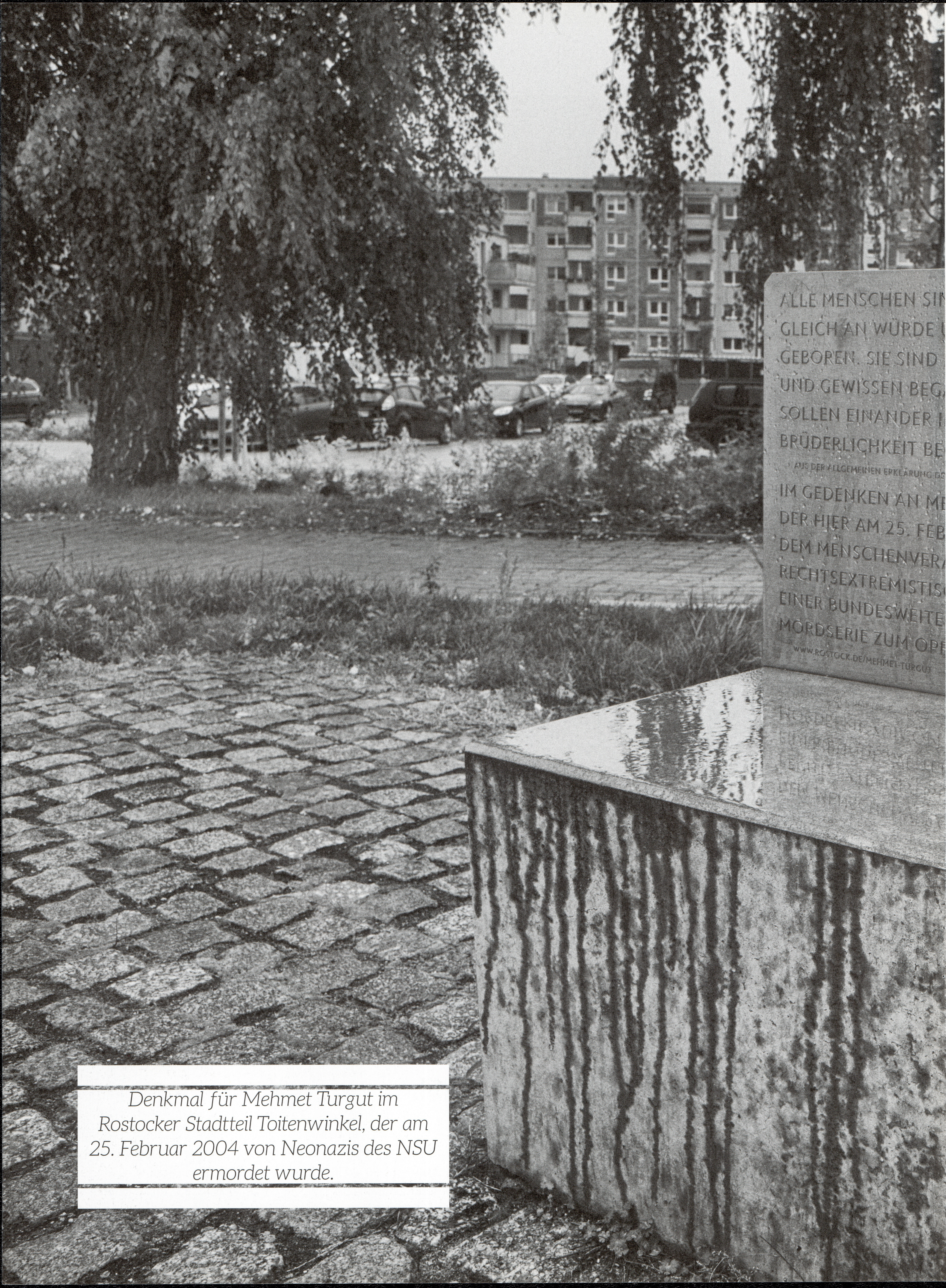
Kultur positioniert sich

Der Tribunal-Auftakt 2017 fand im Schauspiel Köln statt. Im Jahr darauf kam man in der Kunsthalle Mannheim zusammen; 2019 folgte eine weitere Auflage in Chemnitz. Unterstützt wurde die Veranstaltung unter anderem vom Haus der Kulturen der Welt, dem Gorki Theater und der Akademie der Künste. Die Bühne für Menschenrechte las die NSU-Monologe, welche die Trauer und den Kampf der Familien um die Wahrheit aufgriff. Schon 2012 begann das Kölner nö theater mit der Inszenierung des Theaterstücks »V wie Verfassungsschutz« über Rechtsterror-Verstrickungen und Aktenvernichtung der Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen aufzuklären. Und zum internationalen Festival Dok-Leipzig wurde die Produktion »Der Kuaför aus der Keupstraße« von Andreas Maus erstaufgeführt. Der Film portraitiert die Bewohner*innen der Einkaufsstraße und legt offen, wie sie nach dem Attentat von der Polizei selbst verdächtigt wurden. Im Rahmen des diesjährigen Kunstfest Weimar zeigten die Regisseure Nuran David Çalış und Tunçay Kulaoğlu jüngst über 17 Tage ein Reenactment des Gerichtsverfahrens am Münchner Oberlandesgericht, begleitet von einer fotografischen Ausstellung zu den Ermordeten. Unter dem Titel »438 NSU-Prozess – eine theatrale Spurensuche« wollte er vor allem die Opfer und die Leerstellen in der Aufklärung in den Fokus rücken. Für Oktober und November ist zudem ein Kulturprojekt von Künstler*innen und Wissenschaft an 14 Orten in der Bundesrepublik geplant. Dessen Ziel ist es, Empathie zu schaffen. Der Titel lautet »20 Jahre nach dem ersten NSU-Mord: Kein Schlussstrich«. Dass dieses Ziel so breit getragen wird ist insbesondere das Verdienst der oben genannten Initiativen und ihrer unermüdlichen Arbeit.

Aufarbeitung in Gerichten und Parlamenten

Das zeigt sich ebenso im Münchner Prozess und bei den insgesamt 14 Untersuchungsausschüssen im Bundestag und in den Landtagen; der letzte Ausschuss in Mecklenburg-Vorpommern endete erst diesen September. Tausende Sitzungen haben Initiativen wie NSU Watch dokumentiert. Sie protokollierten jedes Wort, übersetzten Dokumente und trugen ihr Wissen in die politische Bildung. Sie recherchierten selbst im NSU-Netzwerk und ließen Polizei und Verfassungsschutz mit ihrer Geschichte vom angeblich einsamen Terror-Trio nicht durchkommen. Sie deckten mit auf, dass es in deren Umfeld von V-Leuten nur so wimmelte und sorgten dafür, dass Politik und Öffentlichkeit der Realität des Rechtsterrors ins Auge sehen müssen.

Wie wichtig es ist, das Gedenken wachzuhalten, zeigen nicht nur die immer wiederkehrenden Schändungen von Denkmälern. Auch die Terroranschläge in Halle und Hanau haben klargemacht: Der migrantische, antirassistische und antifaschistische Schulterschluss ist nötiger denn je. In Thüringen, wo der NSU seinen Anfang nahm, soll bald ein zentrales Denkmal für die Opfer der Mordserie entstehen – gegen den Willen von CDU und AfD.


ALLE MENSCHEN SIN
GLEICH AN WÜRDE
GEBOREN. SIE SIND
UND GEWISSEN BEG
SOLLEN EINANDER
BRÜDERLICHKEIT BE
AUS DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG D
IM GEDENKEN AN ME
DER HIER AM 25. FEB
DEM MENSCHENVER
RECHTSEXTREMISTIS
EINER BUNDESWEITE
MORDSERIE ZUM OP
WWW.ROSTOCK.DE/MEHMET-TURGUT

Denkmal für Mehmet Turgut im Rostocker Stadtteil Toitenwinkel, der am 25. Februar 2004 von Neonazis des NSU ermordet wurde.

frei
ND FREI UND
UND RECHTEN.
MIT VERNUNFT
ABT UND
M GEISTE DER
GEGNEN.
R MENSCHENRECHTE, ARTIKEL 1.
EHMET TURGUT,
RUAR 2004
ACHTENDEN,
CHEN TERROR
N
ER FIEL.

#Antifa

… auch nichts gesehen?

Vor rechtem Terror warnten Antifaschist*innen immer und oft sehr konkret. Doch die Morde und Anschläge des »Nationalsozialistischen Untergrunds« überraschten auch sie. Überlegungen zu notwendigen Antifa-Recherchen, der Bedeutung von Archiven und notwendiger Kritik an den Behörden.

von Charles Paresse

Gasthaus Heilsberg

Durch antifaschistische und journalistische Recherche war schon kurz nach der Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios viel bekannt. Die Gaststätte Heilsberg – der Treffpunkt vom »Thüringer Heimatschutz« im Vorfeld der Gründung des NSU in den 1990er Jahren.

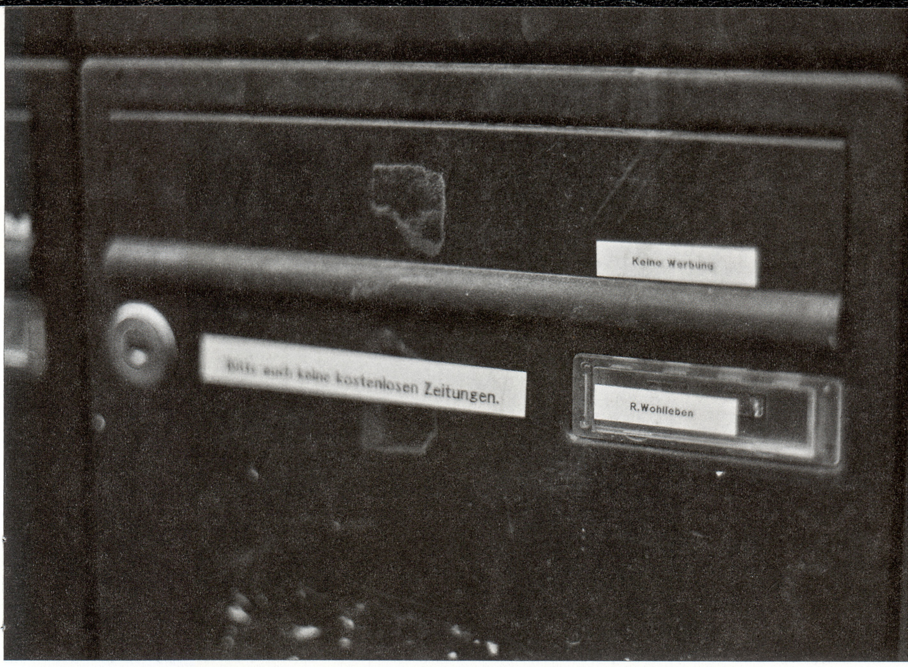
Als im November 2011 aufflog, dass eine Gruppe von bekannten Neonazis unter dem Namen »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) jahrelang aus der Illegalität Anschläge und Morde begangen hatte, war das Entsetzen groß. In der breiten Öffentlichkeit, in der Politik und bei Behörden – aber auch unter jenen, die sich seit vielen Jahren antifaschistisch engagierten, die Szene beobachteten oder wissenschaftlich und journalistisch zur extremen Rechten schrieben und forschten. Im späteren Verlauf war das Erstaunen umso größer, als über die Jahre und Stück für Stück klar wurde, wie falsch die Behörden erst bei der Suche nach den untergetauchten militanten Neonazis agiert hatten und später die Anschläge und Morde nicht als rassistisch und rechts erkennen konnten und wollten – sie sogar teils den Opfern und ihren Angehörigen in die Schuhe schieben wollten. Umstellt von Spitzeln der Geheimdienste und mit intensiver Unterstützung von offen agierenden und im Fokus der Behörden stehenden Neonazis überfielen, bombten und mordeten drei Neonazis zusammen mit Unterstützer*innen jahrelang quer durchs Land. Das, wovor Antifaschist*innen immer gewarnt hatten, war Realität: Der Gang in den bewaffneten Untergrund, die Taten ohne Bekenner*innenschreiben, das Nutzen der gehorteten Waffen und die Umsetzung der in Liedern, Reden und Schriften propagierten mörderischen Ziele.

Ehrenamt Antifa

Mit antifaschistischen Recherchen, in den damals seltenen Beiträgen in den politischen TV-Magazinen, vereinzelten Artikeln großer Medien und in randständigen Forschungen waren die Terror-Konzepte, die Aufrufe zum Mord, die Sprengstoff- und Waffensammlungen, die Namen abgetauchter Neonazis und der oftmals enge Draht zu Geheimdiensten belegt, nachgewiesen und beschrieben. Auch »der rechte rand« hat seit seiner Gründung Ende der 1980er Jahre immer wieder über Nazi-Terror, rechte Waffensammler und Mord-Absichten berichtet. Ausdrücklich wurden zum Beispiel auch die drei NSU-Haupttäter*innen namentlich benannt, so zum Beispiel im November 2003 (s. drr Nr. 85) mit dem Hinweis auf die bei ihnen gefundenen Waffen und dass sie zum damaligen Zeitpunkt abgetaucht waren. Auch weitere Personen, die später als Unterstützer*innen oder Helfer*innen enttarnt wurden, sind im Heft genannt. Ganz ähnlich wie auch in den Recherchen anderer Zeitschriften, beispielsweise dem »Antifaschistischen Infoblatt«.

Nachdem der NSU im November 2011 sich selbst enttarnt hatte, konnten antifaschistische Archive, Initiativen und Journalist*innen umgehend umfangreiche, alte Recherchen, Hintergrundinfos und Bildaufnahmen von den Verdächtigen und Täter*innen zur Verfügung stellen. Fotokisten wurden durchwühlt, Aktenordner gesichtet, Zeitungsarchive und Festplatten durchsucht – und dabei unendlich viel Material gefunden, was die Entstehung des »Thüringer Heimatschutzes«, der NSU-Quellorganisation, und dessen Umfeld und seine Aktionen transparent machte. Auch das Agieren der Sicherheitsbehörden, besonders des damaligen Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz unter Helmut Roewer, hätte nie so schnell und umfassend in der Öffentlichkeit analysiert und kritisiert werden können, ohne das Material und das Wissen aus Antifa-Archiven und -Zeitungen sowie Dank der unbezahlten jahrelangen Arbeit von Antifaschist*innen quer durchs Land. Auch »der rechte rand« trug dazu bei: Die erste Ausgabe nach der Selbstenttarnung erschien als Schwerpunktheft zu »Terror (k)einer neuen Nazistruktur« mit Analysen zum NSU und seinen Quellen, den Taten und dem Agieren des Geheimdienstes. Weitere Schwerpunkt-Ausgaben zu dem Thema folgten, ebenso wie kleinteilige Chroniken der Aufklärung in mehreren Ausgaben und unzählige Artikel zu einzelnen Aspekten des Komplexes. Das Thema ließ Redaktion und Autor*innen jahrelang nicht los.

Nicht nur Medien und die interessierte Öffentlichkeit profitierten von den Recherchen und dem Wissen aus der antifaschistischen Bewegung, sondern auch die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse – zumindest jene Abgeordneten, Fraktionen und Parteien in den Gremien, die an realer Aufklärung interessiert waren. Hier entstanden oft enge Formen der Zusammenarbeit. Auch die von antifaschistischen Initiativen und Zeitschriften, unter anderem zentral dem Berliner Antifa-Archiv »apabiz«, ins Leben gerufene Langzeitdokumentation des NSU-Prozesses und der Untersuchungsausschüsse



Das »Braune Haus«, Treffpunkt der »Kameradschaft Jena«. Am Briefkasten der Name des Neonazis Ralf Wohlleben – später verurteilt im NSU-Prozess.

DELPHI
DELPHI

Das Restaurant Delphi in Coburg. Hier traf sich der V-Mann Tino Brandt wöchentlich mit dem Thüringer Verfassungsschutz und bekam Geld von der Behörde.

»NSU Watch« sowie regionale Initiativen zur kritischen Begleitung der Arbeit in den staatlichen Gremien waren beispielhaft dafür, welches Wissen und welche Kompetenzen in den antifaschistischen Strukturen vorhanden sind. Immer wieder stießen sie zwar an materielle und personelle Grenzen, aber die Ergebnisse der Recherchen und Dokumentationen sind beeindruckend. Viele Erfolge von Aufklärung und unzählige aufgedeckte Skandale dürften maßgeblich auf die Arbeit von Menschen und Gruppen aus diesem Spektrum zurückgehen. Zu nennen wären auch die vielen Veranstaltungen, Kundgebungen und Publikationen, die an die Opfer erinnerten und Aufklärung sowie Konsequenzen forderten. Auch sie wurden oft von jenen angestoßen oder durchgeführt, die schon seit Jahr und Tag der radikalen Rechten auf die Finger schauen und Widerstand organisierten – meist mit weniger öffentlicher Beachtung als sie mit der Enttarnung des NSU plötzlich möglich wurde. Der militante Neonazismus und seine Netzwerke waren vorher meist nur Thema in Spezialveröffentlichungen oder seltenes Ereignis in großen Medien. Nun wurde er kontinuierlich ausgeleuchtet und die Recherchen zogen häufiger als zuvor auch Konsequenzen nach sich.

Versagen

Doch gesehen hatten auch antifaschistische Aktive und Initiativen den Terror des NSU nicht. Die rassistische Beschreibung der Gewaltserie als »Döner-Morde« durch Polizei und Medien wurde nicht hinterfragt oder kritisiert. Eine Solidarisierung mit den Opfern und ihren Angehörigen fand nicht statt, der rechte Background der Taten wurde zwar vielleicht durch Einzelne in Betracht gezogen, aber nicht öffentlich thematisiert. Und das, obwohl es eindeutige Äußerungen und sogar Demonstrationen und Kundgebungen nach einzelnen Mordtaten und Anschlägen aus dem Kreis der Angehörigen und ihrer Communities gab, die das später so Offensichtliche schon damals benannten: Neonazis als Täter und Rassismus als Motiv. Das Versagen wird sich die antifaschistische Bewegung selbst vorhalten und daraus lernen müssen. Die entstandenen Initiativen zu später erfolgten rechten Anschlägen, wie in Hanau oder Halle, sind Beispiele dafür, dass es anders gehen kann und geht.

Und auch die Frage, was denn aus den abgetauchten Neonazis wurde, ist nicht konsequent verfolgt worden. Natürlich wäre es absurd zu glauben, antifaschistische Recherche hätte die späteren Täter*innen des NSU finden und ihre Taten stoppen können. Aber die Fragen öffentlich und kontinuierlich aufzuwerfen, wo denn all die abgetauchten Neonazis sind, was sie mit ihren Waffen und Sprengstoffen anstellen und wie die Gesellschaft mögliche Taten aus genau solchen Kreisen verhindern könnte, wurden zu wenig und zu zaghaft gestellt. Selbst im Bewusstsein der eigenen eingeschränkten politischen Möglichkeiten und der eigenen politischen Macht wäre das nötig gewesen.

Zukunft

Die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zum NSU, die Dokumentation des Prozesses gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe und ihre Helfer*innen in München sowie die schier unüberschaubare Flut an Artikeln, Recherchen, Buchpublikationen, geleakten Akten und Unterlagen aus den Behörden bieten einen wertvollen Fundus, um das Entstehen und Agieren sowie die Dynamiken der militanten Neonaziszene seit den frühen 1990er Jahren zu durchdringen. In dem Material schlummern Namen, Fakten und Zusammenhänge, die auch zum Verständnis der weiterhin bis heute bestehenden Netzwerke am rechten Rand wertvoll sind. Für antifaschistische Initiativen, Journalist*innen und Forscher*innen sollten mindestens drei Lehren aus dem NSU zentral sein: Künftig stärker als zuvor die Solidarität mit Opfern rassistischer Gewalt und rechten Terrors in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, jenen Deutungen von Behörden und Teilen der Medien und Politik zu misstrauen, die rechte Motive von Taten in Abrede stellen oder kleinreden, und schließlich, trotz der aktuell hohen Bedeutung der »Alternative für Deutschland« als parteipolitische Ausprägung der extremen Rechten, den gewaltförmigen Arm der Szene nicht aus den Augen zu verlieren, sondern ihre oft jahrzehntelang ausgebildeten, kaum sichtbaren Netzwerke ins Visier zu nehmen. Die Quellen aus der NSU-Aufklärung können dafür weiterhin wichtige Ausgangspunkte sein.

#NSU

Veränderungen in der Justizlandschaft

Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU spricht »der rechte rand« mit Rechtsanwalt Björn Elberling, der seit 2013 als Nebenklägervertreter am Münchener NSU-Prozess beteiligt war, über Veränderungen innerhalb der Justiz.

drr: Was hat sich in den letzten zehn Jahren zum Besseren entwickelt in Bezug auf juristisches Vorgehen gegen Nazis?

Björn Elberling: Die spannende Frage ist, ob sich überhaupt etwas signifikant verändert hat. Klar, die Ermittlungskompetenzen und Personalressourcen der Sicherheitsbehörden sind massiv ausgeweitet worden. Auch die Möglichkeit der Bundesanwaltschaft, Verfahren an sich zu ziehen, wurde erweitert. Das für sich genommen ändert aber nichts Wesentliches, weil es schon immer nicht um ein Regelungs-, sondern um ein Vollzugsdefizit gegangen ist. Und die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen ist eben zweischneidig und vor allem abhängig von den lokalen Strukturen in Polizei und Justiz. Da erleben wir dann durchaus Verfahren wegen Nazi-Gewalt, die mit Nachdruck und einem gewissen Verständnis auch für die politischen Hintergründe verfolgt werden. Das zeigt sich etwa auf der Bundesebene, wo etwa der Vertreter der Bundesanwaltschaft im Verfahren gegen Stephan Ernst in seinem Plädoyer die Hintergründe des Mordes an Walther Lübcke wie auch des Mordversuchs an Ahmed I. sehr treffend eingeordnet hat. Ich habe auch bei einigen Körperverletzungs-Verfahren lokal in Kiel den Eindruck, dass mindestens Wert darauf gelegt wird, dass Fälle rassistischer Gewalt erkennbar ernst genommen werden.

Aber das ist alles fragil: Die Fälle, die die Bundesanwaltschaft gerade nicht an sich gezogen hat, sind zahlreich. Mit dem #AntifaOst-Verfahren scheint auch dort die Fraktion, die lieber die Linke als die wahre Gefahr für den Rechtsstaat verfolgen will, wieder stärker zu werden. Und regional gibt es dann etwa das Ballstädt-Verfahren, wo die Justiz mit den Tätern einen Deal macht, ihnen für einen wirklich brutalen Überfall Bewährungsstrafen gegen Geständnisse zusagt – und sie dann nicht mal zu den für das Urteil wichtigen Details befragt und stattdessen die Geschädigten erneut verhöhnt, indem sie sie dazu befragt. Und wir erleben wirklich viele Verfahren, die irgendwo dazwischen liegen – bestimmt besser als das, was den Familien der durch den NSU Ermordeten und den Menschen in der Keupstraße bis 2011 widerfahren ist, aber auch alles andere als vorbildlich.

Erhalten Verletzte von rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Anschlägen und Angehörige von Ermordeten mehr Gehör und wird ihnen mehr geglaubt vor Gericht?

Dass die Nebenkläger*innen im NSU-Verfahren und ihre Anwält*innen sich Raum und Gehör verschafft haben, hat sich durchaus auch auf Betroffene späterer Verfahren ausgewirkt. Auch diese konnten sich selbstbewusster aufstellen und ihre Rolle einfordern, auch dank der Unterstützung durch Opferberatungen und antifaschistische, antirassistische und zivilgesellschaftliche Gruppen. Wie die Gerichte dann mit ihnen umgehen, ist – siehe oben – weiterhin von den einzelnen Gerichten und Richter*innen abhängig: Das Spektrum reicht von Einfühlsamkeit und Empathie über die Behandlung als nervige, weil nicht einfach emotionslos ihre Aussage machende Zeug*innen bis hin zu Gerichten, die eben Deals mit Nazi-Angeklagten machen und dann verbal gegen die Nebenklage austeilen, wenn die sich darüber beschwert.

Was sind die größten Hemmnisse aus Sicht von Anwält*innen, die auf Seiten der NSU-Opferangehörigen standen?

Hemmnisse gibt es auf mehreren Ebenen. Für den NSU-Komplex zum Beispiel ist da immer noch die absurde Geheimhaltung um alles, was nicht das Münchener Verfahren angeht. Über die unter Verschluss gehaltenen Akten haben sich ja schon viele beschwert. Ebenso wissen wir bis heute nicht, was mit den Verfahren gegen neun der Unterstützung der NSU-Beschuldigten ist. Das würde ich letztlich auf das zurückführen, was wir schon ganz zu Beginn des Münchener Prozesses gesagt haben: Die These von der isolierten Zelle NSU, das Für-Abgeschlossen-Erklären des Themas mit dem Münchener Verfahren, ist letztlich Folge einer politischen Entscheidung, auch dieses Kapitel deutscher Geschichte lieber früher als später für fertig »aufgearbeitet« zu erklären. Ein ganz wesentliches Problem, das sich in vielen Verfahren stellt, ist, dass die Justiz nicht willens oder in der Lage ist, die Besonderheiten rassistischer und anderer rechter Taten als Botschaftstaten, die dahinterstehende Ideologie, die Strukturen, in denen die Täter sich bewegen, zu erfassen. Teilweise liegt das, so meine Wahrnehmung, schlicht an fehlender Kenntnis, zum Teil aber auch daran, dass es einfach leichter ist, diese Fälle nach demselben Schema zu behandeln wie »ganz normale« Körperverletzungs- oder Tötungsdelikte.

Wenn du einen Wunsch frei hättest, der realistisch ist, was wäre das aus deiner Sicht?

Wünsche in Richtung von Gesetzesreformen sind immer heikel, die gehen meist nach hinten los. Und gesellschaftliche Veränderungen werden ja eigentlich erkämpft und nicht herbeigewünscht …

Ich gebe mal eine ganz lokale Antwort: Wenn wir es schaffen, dass bei den Landtagswahlen am 8. Mai 2022 die AfD, die ja wegen ihrer Hetze zurecht als parlamentarischer Arm des Rechtsterrorismus bezeichnet wird, aus dem Landtag von Schleswig-Holstein fliegt, würde mich das schon froh machen

Vielen Dank für das Interview!

#Medien

Unter stramm rechter Führung

Die Fotoagentur »ddp images« gerät durch eine Übernahme unter Einfluss des stramm rechten Medien-Unternehmers Moritz Hunzinger.

von Charles Paresse

Eine der künftig größten Bildagenturen der Welt wird seit September 2021 von dem deutschen, stramm rechten Medien-Unternehmer Moritz Hunzinger mitgeführt. Durch die Übernahme der Agentur »ddp images« durch die von ihm mitgeleitete Agentur »ActionPress« entsteht ein weltweit agierender und einflussreicher Anbieter von Fotos. Zu der in Hamburg ansässigen »ddp« gehören auch die Agenturen »laif«, die schwedische »Stella Pictures«, »Picture Press«, »Intertopics« und »FoodCentrale«. Nach eigenen Angaben hat der neue Verbund 110 Millionen Fotos aus den Bereichen Politik, Porträts, Wirtschaft, Entertainment, Politik, Lifestyle, Zeitgeschehen und Sport online für seine Kund*innen verfügbar und beliefert weltweit zahlreiche große Print-, TV- und Online-Medien, darunter Verlage wie The New York Times, The Sun oder Gruner & Jahr. Hunzingers »ActionPress« ist auch in der Vermarktung und Verbreitung von tagesaktuellen Foto- und Video-Produktionen der Tageszeitungen der »Funke Mediengruppe« beteiligt, zu der 13 einflussreiche Regionalzeitungen aus verschiedenen Bundesländern gehören, unter anderem die Thüringer Allgemeine, die Westdeutsche Allgemeine Zeitung oder das Hamburger Abendblatt.

Lob für Orbán

Wo Hunzinger politisch steht, ist klar: 2020 verteidigte er in einem Interview in der neu-rechten Zeitschrift »Blaue Narzisse« ein Treffen mit dem Vorsitzenden der »Alternative für Deutschland« (AfD) Jörg Meuthen und sprach sich gegen »politisch-korrektes Geschwurbel« und »Mainstream-Gender-Quatsch« aus. Der »ActionPress«-Co-Geschäftsführer ist Mitglied der CDU und war Schatzmeister der CDU-Sozialausschüsse (CDA). Inzwischen schwärmt er auch für den reaktionären Ministerpräsidenten von Ungarn, unter dessen Regierung Medienfreiheit eingeschränkt wird: »Orbáns Staatskunst schätze ich hoch.«

Anfang 2020 sorgte Hunzinger für einen Skandal, als er in einem Kommentar im Internet von »scheußlicher Masseneinwanderung von Wilden« schrieb. Die Tageszeitung Frankfurter Rundschau kommentierte: »PR-Berater Moritz Hunzinger ergeht sich auf Facebook in klassischem Rassismus.« Selbst Bild fragte: »Wann fliegt Hunzinger aus der CDU?«, als er im selben Jahr Frauen im Zusammenhang mit der Debatte um Quoten als »Flaschen« bezeichnete. Sogar für Bild war das eine »unerträgliche Facebook-Attacke vom bekannten PR-Mann«.

»Gute Begegnungen« mit Ochsenreiter

Dass Hunzinger offenbar keine Berührungsängste nach ganz rechts außen kennt, zeigt ein Statement von ihm in der aktuellen Ausgabe der rechtsradikalen Zeitschrift »Zuerst!« (Nr. 10/2021). Dort erinnert Hunzinger an den kürzlich verstorbenen Chefredakteur des Blattes, den seit Jahrzehnten in der radikalen Rechten publizistisch aktiven Manuel Ochsenreiter: »Ich hatte gute Begegnungen mit Manuel Ochsenreiter, auch wenn wir nicht einer Meinung waren. Unvergessen sein Besuch bei mir 2010.« Zu der Zeit war Ochsenreiter Chefredakteur der extrem rechten »Deutschen Militärzeitschrift«. Der Publizist habe damals für ihn eine »kleine bronzene Büste« des Wehrmachts-Generalfeldmarschalls Erwin Rommel besorgt.

Hunzinger ist auch Beisitzer in dem 2021 gegründeten Verein »Bürgerlich-Freiheitlicher Aufbruch e. V.«, der nach eigener Darstellung »bürgerlich-liberal-konservative Werte und Ansichten aktiv in die deutsche Politik und Gesellschaft (…) transportieren« will. Im Vorstand des Vereins ist unter anderem mit Mario Mieruch ein ehemaliger AfD-Bundestagsabgeordneter vertreten, der heute Mitglied der Parteiabspaltung »Liberal-Konservative Reformer« ist. Hunzingers Verein ist eine klassische rechte Lobby-Organisation. Sie agitiert gegen Linke, Grüne und Gender und unterstützt Personen am rechten Rand der CDU/CSU. So begrüßte der Verein die Kandidatur des ehemaligen Verfassungsschutz-Chefs und CDU-Rechtsaußen Hans-Georg Maaßen zur Bundestagswahl als »ein Signal des Aufbruchs«.

Protest gegen Übernahme

Gegen Hunzigers Übernahme von »ddp« gibt es Protest von Fotograf*innen aus der zu »ddp« gehörenden Agentur »laif«. Einer ihrer Fotografen sagte gegenüber »der rechte rand«: »Leider werde ich wahrscheinlich gezwungen sein, die Agentur ‹laif› als langjähriges Mitglied zu verlassen. Laif ist eine der letzten Agenturen, die es geschafft hat, sowohl moralisch als auch qualitativ international auf höchstem Niveau zu arbeiten. Durch den Kauf der Actionpress AG mit Moritz Hunzinger, dem Möchtegern-Steve-Bannon, sehe ich leider wenig Chancen, dass selbst das engagierteste Team dieses Niveau aufrechterhalten kann. Zudem ist es für mich unmöglich, Teil eines Netzwerkes zu sein mit einem rechtskonservativen Rassisten an der Spitze und gleichzeitig für Antirassismus in der Gesellschaft zu demonstrieren.« »der rechte rand« hat auch bei Kolleg*innen von Agenturen nachgefragt, mit denen das antifaschistische Magazin zusammenarbeitet. Mark Mühlhaus von der »Agentur Focus« sagte zum Beispiel: »Ich war entsetzt, als ich die Nachricht am Samstag bekam, wer laif gekauft hat. (…) Fotograf*innen, die sich mit ihren Bildern gegen Rassismus und Faschisten engagieren wie gegen die AfD und dann hast du an der Spitze deiner Agentur, die dich vertritt, genau so einen Typen, einen Rassisten und Hetzer.«

Kein Skandal?

Wenn ein einflussreicher und offenbar finanzstarker rechter Medien-Unternehmer nun eine der weltweit größten Fotoagenturen mitbesitzt und über ihren Kurs bestimmt, hat das politische Bedeutung und Einfluss auf Medien und die Beschäftigten. An Silvio Berlusconi, »Fox-News« oder Donald Trump wurde das klar: Rechte Regierungen und rechte Medien agierten Hand in Hand. Nachdem der rechte rand Anfang September 2021 im Kurznachrichtendienst Twitter auf den politischen Hintergrund Hunzingers im Kontext der Firmenübernahme hingewiesen hatte, berichteten auch die beiden Tageszeitungen Neues Deutschland und die tageszeitung kritisch über den Fall. Doch weitere Proteste, kritische Debatten oder die Beendigung der Zusammenarbeit von Medienhäusern mit »ddp« und »ActionPress« blieben bisher aus.

#Geschäfte

Zwischen Goldhandel und Verschwörungsmythen

Am dritten Septemberwochenende 2021 fand in Wiesbaden der »SOLIT Go for Gold-Wertekongress« statt. Eine Werbeveranstaltung für Edelmetalle, bei der die Klaviatur der Manipulation und Demokratiehetze professionell gespielt wurde.

von Sascha Schmidt und Antje Wagner

GO FOR GOLD EVENTS
Solit
Solit

Vor dem Rhein-Main CongressCentrum (RMCC) in der Wiesbadener Innenstadt wehen große schwarz-goldene Fahnen. Sie weisen auf den gerade stattfindenden »Go for Gold-Wertekongress« hin. Das Bild vor dem Einlass wird bestimmt von teuren Anzugsjacken und braunen Lederschuhen – der klassische Einheitslook gefühlter Leistungsträger zwischen 30 und 75 Jahren. Frauen sieht man unter den 300 Anwesenden fast keine, und wenn, scheinen sie Begleitung zu sein. Der Mann, der Macher, der Wirtschaftsakteur ist gerne unter sich. Das RMCC gehört heute zu den modernsten Tagungs- und Messezentren Europas – die Wiesbadener Unternehmensgruppe SOLIT, Veranstalterin des Kongresses, zielt auf ein zahlungskräftiges Publikum ab. Dafür sprechen auch die Eintrittspreise: Ein »Early Bird-Ticket« sowie die Teilnahme per Online-Stream kosteten 119 Euro, der Einlass ins Kongresszentrum stolze 219 Euro. Trotzdem war der Kongress schon Wochen zuvor ausverkauft.

Verschwörungserzähler unter Ökonomen

Im schneidigen graublauen Anzug und mit Headset souverän die mit riesigen Goldbuchstaben dekorierte Bühne im Griff eröffnet Daniele Ganser als einziger Nicht-Ökonom der Referentenriege das Programm. »Kann man den Zeitungen noch trauen?«, steigt der Schweizer Historiker und wohl bekannteste Verschwörungserzähler im deutschsprachigen Raum in sein Thema ein, das unter dem Zusatz »von 9/11 bis Corona« angekündigt war.

Es folgen Gemeinplätze zur schwierigen Lage der Zeitungen, die immer härter mit dem Internet konkurrieren müssten. Die Einstiegsfrage bleibt unbeantwortet, sie braucht keine Antwort – die Zweifel sind bereits gesät. Genauso wenig beantwortet werden muss die Frage nach der Glaubwürdigkeit von »den Politikern«, wenn man gleichzeitig einen wetternden, unvorteilhaft abgebildeten Karl Lauterbach auf eine riesige Leinwand projiziert. Beispiele für Medien-Unglaubwürdigkeit liefert Ganser ausreichend. Sie stammen ausschließlich von etablierten Medien, teils aus dem Boulevard, teils von solchen mit intellektueller Zuschreibung. Das Fakepotenzial von Social Media wird an einem Facebook-Post demonstriert, der mit einem gefälschten Foto die Zahl der Coronaopfer in Bergamo veranschaulichen soll. Zweifel an den Zahlen der Toten werden gleich mitgesät. Immer wieder betont Ganser dabei seine Qualifikation als Historiker.

Die positive Erwähnung von Journalisten wie Ken Jebsen und Jürgen Todenhöfer, die unter anerkennender Kommentierung mit Bild und Namen auf der Leinwand erscheinen, geschieht schon fast beiläufig und erreicht wahrscheinlich gerade dadurch größte Wirkung.

In seinem Vortrag erweist sich Ganser als Meister der Relativierung, der Manipulation mittels Gleichsetzung: das Onlinemagazin »Rubikon« ist wie Spiegel, Angst vor einer Coronadiktatur ist wie Angst vor einer Virusinfektion, Bakhdi wie Drosten. Das Publikum weiß diese Aufwertung seiner Helden zu schätzen. Es applaudiert an den richtigen Stellen. Dann muss Ganser seine Redezeit früher als im Programm angekündigt beenden. Der Moderator bittet einen Journalisten auf die Bühne. Mit ihm soll Ganser diskutieren. Der Journalist scheint angriffslustig, stellt einige von Gansers Behauptungen zum 11. September und seine Recherchemethoden infrage. Und doch schimmert durch, dass auch er in seiner Grundhaltung wohl nicht so weit entfernt ist von seinen Gastgebern – am Ende war der Versuch der Veranstalter, Ausgewogenheit vorzutäuschen, vielleicht nichts anderes als eine Auseinandersetzung von Verschwörungstempel zu Verschwörungstempel. Zur Referentenriege gehört auch Max Otte, ein Ökonom, der sich als ehemaliger Kuratoriumsvorsitzender der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung«, Vorsitzender der »Werte-Union« und Redner auf Kundgebungen der Pandemieleugner*innen in den letzten Jahren eindeutig positioniert hat. Sein Name hat mit dafür gesorgt, dass die als Wirtschaftskongress anmutende Veranstaltung im Vorfeld überregional mediale Aufmerksamkeit erhalten hatte. Weitere Referenten sind Marc Friedrich, einer der bekannteren Crashpropheten, aber auch renommierte Ökonomen wie Hans-Werner Sinn, langjähriger Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München, und Ottmar Issing, ehemaliger Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank. Die Scharnierfunktion der Letztgenannten ist eindeutig: Wie der Veranstaltungsort bieten sie ein Mäntelchen der Seriosität. Dem kann auch Sinn wenig entgegensetzen, wenn er versucht, sich gegen einschlägige Positionen abzugrenzen, indem er auf die Impfwirkung verweist und die Europafahne einblendet.

GO FOR GOLD EVENTS
Solit
GO FOR GOLD EVENTS
Solit

Fragwürdige Geschäfte mit der Angst

Abgeschlossen wird das Programm von Beiträgen der Anlageberater und Geschäftsführer der SOLIT-Gruppe Robert Vitye und Tim Schieferstein. Die Gruppe ist laut Gründer Robert Vitye ein »bundesweit führendes Edelmetallunternehmen« und verkauft nach eigenen Angaben jährlich Edelmetallvolumina im dreistelligen Euro-Millionenbereich. Eine erstmals 2019 durchgeführte »Go for Gold-Tour« fand in den großen Fußballarenen von Frankfurt, München, Hamburg und Leipzig statt. Zu den Referenten zählten neben dem auch in Wiesbaden auftretenden Marc Friedrich der Geschäftsführer des Degussa-Goldunternehmen, Markus Krall, und Matthias Weik, alle im Bereich der Vermögensberatung tätig und eifrige Warner vor dem Untergang des herrschenden Geld- und Finanzsystems. Solche Crash-Propheten predigen den Untergang – versprechen aber auch Lösungen. Dazu gehören Anlagen in Edelmetallen und Fonds, angeblich die einzigen Finanzprodukte, die Eigentum sicher vor Werteverfall schützen können sollen. Handelsblatt und Stiftung Warentest stellen allerdings infrage, dass die von Friedrich und Weick unter Beteiligung der SOLIT-Gruppe angebotenen »Wertefonds« sichere Anlagemöglichkeiten sind. Aus Sicht der Finanzexperten von Stiftung Warentest zum Beispiel ist der Fonds ethisch fragwürdig, weist hohe Kosten sowie eigenwillige Gebühren auf und liefert eine bisher unterdurchschnittliche Wertentwicklung. Das Geschäft mit der Angst vor dem Verlust des Ersparten scheint sich demnach besonders für die Anbieter zu lohnen.

Von »Neuer Weltordnung« zu Hitlers Machtergreifung

Angst machen soll wohl auch der Titel des Beitrages von Max Otte: »Weltsystemcrash: Corona, Great Reset und die Geburt einer neuen Weltordnung.« Die Wahl der Begrifflichkeiten kann kein Zufall sein: »Great Reset« ist eines der verschwörungsideologisch aktuell häufig zitierten Angstszenarien und der Begriff »neue Weltordnung« als Übersetzung von »New World Order« gilt als antisemitisch aufgeladene Erzählung von der Bedrohung durch Eliten, die eine autoritäre Weltherrschaft anstreben.

Schon in den ersten Sätzen positioniert sich Otte deutlich. Er bezieht sich auf seinen »Parteifreund Maaßen«, setzt Masken mit Maulkörben gleich und schlägt die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor. Klare Hierarchien seien der Garant für Stabilität und Frauen sollten nicht arbeiten gehen. Dann verweist er auf die Pandemie-Szenarien der Rockefeller-Stiftung – ein Dog Whistle, der von Verschwörungsgläubigen gerne gehört wird. Wolfgang Schäubles Aussage »Kein Mensch will das Bargeld abschaffen« setzt er gleich mit Walter Ulbrichts Zitat »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten« und beschwört so das Bild einer kommenden Diktatur herauf.

Dass seine Positionen verantwortlich sein könnten für die vorherrschende öffentliche Meinung zu seiner Person, schließt er aus: Schuld sei das Framing. Seit zwei bis drei Jahren sei er dem ausgesetzt und werde auch nicht mehr in Talkshows eingeladen.

Sein Publikum dagegen findet ihn gut. Bei manchen Fragen könnte man sich fragen, ob nicht der Redner der seriösere Gesprächspartner ist. So möchte eine Dame etwa wissen, wer eigentlich dahinterstecke, dass die ganze Welt auf Corona so reagiert habe – und wer überhaupt hinter dem »Ganzen« stecke. Kurz scheint es, dass Otte sich windet. Doch dann kann er es erklären: Die Szenarien waren schon vorgedacht. Dank Corona konnten sie umgesetzt werden.

Crash-Prophet Marc Friedrich eröffnet den zweiten Tag der Veranstaltung energiegeladen und leger im schwarzen Polohemd. Als einer der ausschließlich männlichen Redner vor einem fast ausschließlich männlichen Publikum ist es wenig erstaunlich, dass in seiner wirtschaftlichen Analyse »schwache Männer« und »starke Männer« die Weichen der Geschichte stellen. Auch seine politische Analyse ist eher schlicht, stattdessen aber dramaturgisch ausgeklügelt und historisch fragwürdig: »Ich habe in den letzten 18 Monaten verstanden, wie man in einer Diktatur enden kann. Ich habe verstanden, wie Hitler an die Macht kam.«

Nicht unwidersprochen

Im Vorfeld der Veranstaltung hatte ein lokales Demokratie-Bündnis die Durchführung des Kongresses im RMCC öffentlich kritisiert. Die Wiesbadener Initiative »Moment Mal – Aktion für eine offene Gesellschaft« startete einen Monat vor dem Kongress unter dem Namen »falsche-propheten.gold« eine Kampagne »gegen den An- und Verkauf von Verschwörungsmythen«. In Podcasts, Text- und Videobeiträgen setzten sich die Initiative und ihre Kooperationspartner*innen mit der Goldanleger-Szene, ihren dubiosen Geschäftsmodellen und den dahinterstehenden Verschwörungserzählungen auseinander. Die Kampagne und damit der Kongress stießen lokal wie überregional auf Interesse und wurden intensiv, auch unter Beteiligung des Wiesbadener Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, diskutiert. Zwar standen insbesondere Personen wie Ganser und Otte im Zentrum der Kritik. Den Kritiker*innen gelang es jedoch deutlich zu machen, dass der vermeintliche Wirtschaftskongress grundsätzlich politische Brisanz aufweist.

#Frankreich

Vorboten einer Spaltung

Die Präsidentschaftswahl vom 10. und 24. April 2022 – im französischen Präsidialsystem mit Abstand die bedeutendste Wahl des Landes – wirft ihre Schatten voraus.

von Bernard Schmid

»Eins teilt sich in zwei«: So lautete einmal einer der Mao-Sprüche. Solche etwas simplen Versuche, das marxistische Konzept der Dialektik zu erläutern, sind heutzutage nicht mehr in Mode. In Frankreich droht nun allerdings der extremen Rechten, die das dialektische Denken ansonsten nicht sonderlich wertschätzt, eine Anwendung der oben zitierten Devise. Ende September 2021 zeichnete sich mit immer größer werdender Wahrscheinlichkeit ab, dass es neben der bereits im April angekündigten Präsidentschaftsbewerbung von Marine Le Pen – Chefin des »Rassemblement National« (»Nationale Sammlung«, RN) – noch eine zweite Kandidatur aus der extremen Rechten geben dürfte. Während Le Pen ihren Wahlkampf am Wochenende des 14./15. September offiziell in Fréjus, einer durch die Rathausmehrheit ihrer Partei regierten Stadt an der Côte d'Azur, eröffnete, zeigten die Umfragen in den folgenden Tagen erstmals eine bedeutende Verschiebung. Am 14. September ermittelten zwei demoskopische Institute acht respektive zehn Prozent Stimmabsichten für den parteilosen potenziellen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour. Dies ginge auf Kosten von Marine Le Pen, die dann erstmals unter die Zwanzig-Prozent-Marke bei den Wahlabsichten im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen fiele.

Allerdings hat Zemmour bislang seine Bewerbung nicht offiziell bestätigt und erklärte dazu am selben Tag, an dem die Befragungsergebnisse erschienen, im Interview mit RTL: »Ich kann die ambiguïté (Ambivalenz, Zweideutigkeit) fortdauern lassen, so lange es meinem Interesse dient.« Am darauffolgenden Tag bestätigte er im Interview mit dem Starjournalisten Jean-Jacques Bourdin bei den Sendern BFM TV und RMC: »Ich sage nicht, dass ich Kandidat bin; ich sage nicht, dass ich kein Kandidat bin.« Zugleich verkündete Zemmour, welche Verkaufserfolge er mit seinem neuen Buch unter dem Titel »Frankreich hat noch nicht das letzte Wort gesprochen« erzielt habe, mit ihm zufolge 200.000 bestellten und einer zweiten Auflage von zusätzlichen 100.000 Exemplaren.

Ewig wird sich eine solche Position des tatsächlichen oder vorgetäuschten Zauderns über seine Kandidatur allerdings nicht durchhalten lassen, auf Dauer wird der Journalist und Autor seine Haltung klären müssen. Um wirklich wählbar zu werden, würde es allerdings nicht genügen, seine Absichten zu präzisieren: Zu den Voraussetzungen einer Präsidentschaftskandidatur in Frankreich gehört es auch, 500 Unterschriften vorzulegen. Unterschriftsberechtigt sind dabei Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Angehörige von Bezirks- und Regionalparlamenten, Abgeordnete in Nationalversammlung, Senat und Europaparlament. Diese Hürde zu nehmen ist schon für den RN nicht einfach, auch wenn er beziehungsweise seine Vorgängerpartei es seit 1988 stets schaffte – zuletzt scheiterte eine Kandidatur des damaligen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen im Jahr 1981 an den formalen Voraussetzungen.

Übereinstimmung und Taktik

Zemmour, der keine Parteistrukturen hinter sich hat, ist darauf angewiesen, dass das konservative Lager, an dessen rechtem Rand er zahlreiche Sympathien hat, ihm die benötigten Unterstützungsunterschriften zukommen lässt. Dies ist allerdings nicht ausgeschlossen, hat er doch Rückhalt bei einigen Angehörigen im Unter- und Mittelbau der Parteistrukturen der französischen Konservativen. So tritt regelmäßig Antoine Diers, Büroleiter des konservativen Bürgermeisters von Plessis-Robinson im Pariser Umland, in TV-Talkshows als Zemmours Sprecher auf. Ein Stellvertreter des konservativen Bürgermeisters von Nîmes, Marc Taulelle, lud seinerseits Zemmour für den 15. Oktober in seine Stadt ein; und erklärte dazu programmatisch am 30. August in der Lokalzeitung »Objectif Gard«, es sei »die Einwanderung«, die »in Frankreich tötet«. Allerdings wurde Taulelle bereits Mitte September seiner bisherigen Ämter und Funktionen im Rathaus enthoben. Der rechts außen positionierte konservative Abgeordnete von Nizza, Eric Ciotti, hatte bereits in der zweiten Septemberwoche angekündigt, »im Falle einer Stichwahl zwischen Emmanuel Macron und Eric Zemmour«, einem derzeit ziemlich unwahrscheinlich scheinenden Szenario, würde er – Ciotti – »für Zemmour stimmen«. Das konservative Führungspersonal wiederum konnte sich zwar bislang nicht auf eine Präsidentschaftskandidatur – um die mehrere Prominente sich heftig streiten – einigen, dürfte aber kaum den tendenziell als Extremisten betrachteten Zemmour unterstützen. Letzterer unterbreitet derart radikale Vorschläge wie etwa das gesetzliche Verbot muslimischer Vornamen und die Aufkündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Frankreich, dass eine Unterstützung durch zentrale Parteistrukturen letztlich ausgeschlossen scheint. Andererseits könnten selbige Parteistrukturen dennoch Zemmour dazu verhelfen, die Voraussetzungen für eine Kandidatur zu erfüllen, um den etablierten Konkurrenten auf ihrer Rechten – den RN – zu schwächen. Letzterer ging seinerseits gebeutelt aus den Regionalparlamentswahlen vom 13. und 20. Juni dieses Jahres hervor: Statt eines Durchschnittsergebnisses von 27 Prozent wie bei der vorausgehenden Wahl im Dezember 2015 erzielte die Partei im Schnitt »nur« noch 19 Prozent. Und dies, obwohl die Umfragen zuvor dem RN die Möglichkeit zu versprechen schienen,

»Hingegen wird der RN auch deswegen gewählt, weil er eine nationalistische und rassistische Vision mit sozialen Versprechungen und einer ausformulierten Kritik am wirtschaftlichen (Neo-)Liberalismus kombiniert und ihm die Vorstellung eines starken Staates entgegensetzt.«

erstmalig bis zu drei Regionen regieren zu können. Die Ursachen dafür sind mehrschichtig. Einer der Hauptgründe dürfte darin liegen, dass die Regionalparlamentswahlen aufgrund der Corona-Krise mehrfach verschoben worden waren. Das Interesse vor allem in den sozialen Unter- und Teilen der Mittelklassen ließ infolgedessen nach. Zumal die Wahl just in jener Woche eröffnet wurde, in welcher die mit COVID-19 zusammenhängenden Ausgangsbeschränkungen sowie die Maskenpflicht im öffentlichen Raum fielen. Viele Französinnen und Franzosen zogen es vor, erstmals seit langem unbeschwert ins Wochenende zu fahren. Vor allem die extreme Rechte litt überdurchschnittlich stark an der daraus resultierenden Stimmenthaltung von insgesamt zwei Drittel der Wahlberechtigten.

RN: Interne Krise

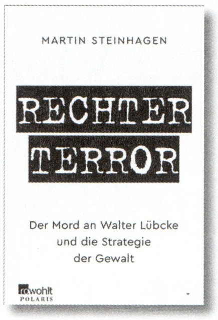
Die dadurch ausgelöste innerparteiliche Krise wurde zwar auf dem kurz darauf stattfindenden Parteitag in Perpignan Anfang Juli erfolgreich überdeckt. An dessen Vorabend hatte die RN-Führung am 2. Juli im Europäischen Parlament erstmals eine gemeinsame Erklärung zur »Reform Europas« nicht nur mit ihren traditionellen Verbündeten wie der italienischen »Lega« unter Matteo Salvini, sondern dieses Mal auch mit den Regierungsparteien in Ungarn und Polen, FIDESZ sowie PiS, vorstellen können. Solche Erfolge konnten und können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerparteilich rumort, vor allem in jüngerer Zeit. Neben dem Eindruck, dass die Dynamik – welche die extreme Rechte stets auszustrahlen versucht – einen Knick erfuhr, kommen auch die Auswirkungen einer strategisch verfehlten Kaderpolitik hinzu, die für zahlreiche Austritte von Parteifunktionär*innen sowie Unzufriedenheit bei verbliebenen sorgte. Unter dem Gründer und langjährigen Parteichef des damaligen FN, Jean-Marie Le Pen, bildete die Organisation de facto ein Konglomerat aus unterschiedlichen ideologischen Strömungen, die eine weitgehende Autonomie aufwiesen und deren jeweilige Grundannahmen oft auseinanderstrebten: Monarchisten, katholische Traditionalisten und Fundamentalisten, »Neuheiden«, Nationalrevolutionäre. Lokale Parteigliederungen stellten oft »Regionalfürstentürmer« dar, in denen jeweils eine Strömung den Ton angab. Die jetzige Chefin Marine Le Pen war bestrebt, die historisch tradierte Macht dieser Strömungen zu beschneiden. Das betraf vor allem die innerparteilich mächtigen katholischen Traditionalisten und Fundamentalisten, in deren Augen sie selbst viel zu antiklerikal auftritt und zu sehr um »Modernisierung« etwa in der Geschlechterpolitik bestrebt ist. Ortsansässige Kader mit profunder Kenntnis der lokalen Verhältnisse kommen deswegen oft bei Wahlen nicht zum Zug. Langjährige Mitglieder werden bei Listenaufstellungen übergangen, ihnen gegenüber werden Quereinsteiger*innen und Überläufer*innen von anderen Parteien bevorzugt. Die Parteizentrale verspricht sich davon eine Ausweitung ihres Einflusses in Richtung bürgerlicher »Mitte«. Vor diesem Hintergrund behauptete die Pariser Abendzeitung »Le Monde« Mitte September, die Partei weise derzeit nur noch einen Mitgliederbestand von rund 20.000 auf. Unter Jean-Marie Le Pen in den 1990er Jahren waren es um die 50.000, ein Höchststand von 83.000 wurde vor der Präsidentschaftswahl 2017 erreicht.

Dieser Kontext ermöglicht die konkurrierende Präsidentschaftskandidatur auf Seiten der extremen Rechten. Aus Sicht des RN könnte dies zweierlei Konsequenzen haben. Zum einen könnte es ihn am Einzug in die entscheidende Stichwahl hindern, weil es dafür erforderlich ist, in der ersten Wahlrunde einen der beiden vorderen Plätze zu belegen. Zum anderen übernimmt Eric Zemmour jedoch in den letzten Wochen einen derart extrem klingenden Diskurs, dass es Marine Le Pen dadurch erlaubt werden könnte, etwa stärker einen vermeintlich sozialen Anspruch und andere Themen nach außen zu tragen als die Dauerbrenner »Immigration« und »Islam«. Bei ihrer ersten Rede zum Wahlkampfauftakt am 12. September in Fréjus nutzte Le Pen diese Möglichkeit jedenfalls nicht. Der größte Teil ihrer im Fernsehen übertragenen Ansprache war der Einwanderung, Islam(ismus), »Innerer Sicherheit« und den vorgeblich zwingenden Zusammenhängen zwischen all diesen Themen gewidmet.

Ausgang ungewiss

Ob diese Strategie erfolgreich sein wird, bleibt dahingestellt. Denn so redet Zemmour auch, nur noch schärfer. Er behauptete bei einem Auftritt in Aix-en-Provence Ende August gar in verschwörungsideologischer Manier, es gebe keine gewöhnliche Kriminalität in Frankreichs Problemvierteln, vielmehr seien die dort verzeichneten Straftaten allesamt nur eine Unterform des »Jihad« und des »Zivilisationskrieges«. Dienten doch diese Rechtsbrüche einem übergeordneten großen Plan, dem vom französischen Schriftsteller Renaud Camus propagierten »Großen Austausch«.

Doch Zemmour hat in seinem Diskurs keinerlei programmatisches Angebot zu sozialen Fragen, mit Ausnahme des bislang vage gehaltenen Versprechens einer »Reindustrialisierung Frankreichs«. Näher betrachtet, spricht Zemmour sich sogar für eine Anhebung der wöchentlichen und der Lebens-Arbeitszeit aus und hält damit im Kern nur soziale Härten bereit. Hingegen wird der RN auch deswegen gewählt, weil er eine nationalistische und rassistische Vision mit sozialen Versprechungen und einer ausformulierten Kritik am wirtschaftlichen (Neo-)Liberalismus kombiniert und ihm die Vorstellung eines starken Staates entgegensetzt. Soziale Fragen treten bislang bei Le Pen, bei Zemmour ohnehin, hinter dem »Identitätswahn« weitestgehend zurück. Nicht unbedingt die beste Strategie unter dem Blickwinkel ihrer Wahlchancen. Abzuwarten bleibt, ob und wie beide Kandidaturen sich voneinander abgrenzen.



Der Mord an Walter Lübcke

von Sascha Schmidt

Der Journalist Martín Steinhagen hat für Zeit Online über den Prozess zum Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) und den Mordversuch an dem Geflüchteten Ahmed I. berichtet. Die Ergebnisse seiner umfangreichen Recherchen zu Taten, Täter und deren Umfeld hat Steinhagen nach Ende des Prozesses in dem Buch »Rechter Terror – Der Mord an Walter Lübcke und die Strategie der Gewalt« veröffentlicht.

Der Hauptstrang des Buchs widmet sich den Umständen des Mordes an Walter Lübcke und dem zu lebenslanger Haft verurteilten Stephan Ernst. Dabei rekonstruiert Steinhagen den Tatverlauf, die fast vier Jahre währende Vorgeschichte, die politischen Hintergründe und die Vorbereitungen zur Tat. Er beleuchtet das direkte Umfeld des Täters, die ungeklärte Rolle des Mitangeklagten – und letztlich für nicht schuldig befundenen – Markus H. wie auch die gewaltbereite nordhessische Neonazi-Szene, in der die Angeklagten über viele Jahre organisiert waren. Steinhagen zeichnet Ernsts politischen Werdegang von dessen erster rassistisch-motivierten Brandstiftung als 15-Jähriger über weitere Anschläge und Übergriffe Anfang der 1990er bis zum vollendeten Mord an Walter Lübcke detailliert nach. Er ordnet zudem – und darin besteht eine der Stärken des Buches – die Taten in die Geschichte des rechten Terrors in der Bundesrepublik ein.

Der Autor richtet sein Augenmerk jedoch nicht nur auf den Täter, sondern auch auf die Betroffenen und die, insbesondere im Fall des Mordversuchs an Ahmed I., als fragwürdig zu beschreibenden Ermittlungen. Ein eigenes Kapitel widmet Steinhagen der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) in Hessen. Dabei führt er nicht nur die bereits bekannten Fehleinschätzungen des LfV gegenüber dem vermeintlich »abgekühlten« Stephan Ernst und weiteren Teilen der Szene an. Der Autor konnte auch Einblick nehmen in einen noch weitere rund 30 Jahre unter Verschluss gehaltenen Bericht des LfV über die hessische Neonazi-Szene. Dabei kommt er zu der Einschätzung, dass das LfV »viele Informationen« hatte, jedoch »fahrlässig« mit diesen umgegangen sei.

Steinhagens reportagenartiger Schreibstil gestaltet das Buch, trotz umfangreicher Informationen und Hintergründe, sehr kurzweilig. Insbesondere jenen, die sich bislang nur wenig mit dem Fall befasst haben, kann das Buch wärmstens empfohlen werden.

Martín Steinhagen: Rechter Terror – Der Mord an Walter Lübcke und die Strategie der Gewalt. Hamburg 2021, Rowohlt Verlag, 302 Seiten, 18 Euro.

CHRISTOPH FRANCESCHINI
GEHEIMDIENSTE, AGENTEN, SPIONE
SÜDTIROL IM FADENKREUZ FREMDER MÄCHTE
RAETIA

Südtirol

von Paul Wellsow

Der Journalist Christoph Franceschini hat ein quellenreiches Buch über das Agieren von Geheimdiensten verschiedener Staaten seit 1945 im Alto Adige (»Südtirol«) geschrieben. Italienische, deutsche, US-amerikanische, britische, sowjetische und österreichische Dienste gaben sich hier die Klinke in die Hand – mal miteinander, mal gegeneinander. Die Alpenregion mit Grenzen zu Italien, Österreich und der Schweiz hat eine wechselvolle politische Geschichte hinter sich und galt im »Kalten Krieg« als Hotspot geheimdienstlicher Arbeit. Franceschini hat sich tief in Archive gegraben, nennt die Namen unzähliger Agenten und beschreibt das oft absurde Geschäft der Dienste.

In der Detailarbeit finden sich zudem unzählige Hinweise auf das Agieren rechtsradikaler, faschistischer und völkischer Akteure in der Region – auf österreichischer, südtiroler, italienischer und deutscher Seite. Zudem belegt der Autor die Ausspähung, Unterwanderung oder Unterstützung einzelner Dienste für die deutsch-völkische Szene Südtirols und ihres separatistischen Terrors gegen Italien – hier vor allem des »Befreiungsausschusses Südtirol« (BAS) und des »Bergisel-Bundes«. Franceschini zeigt auf, was die Geheimdienste über die Taten, Personen und Netzwerke wussten und wie sie im Interesse der Staaten mal genutzt, finanziert und mit Waffen versorgt und mal bekämpft wurden. Zudem weist er auch im Kontext Südtirols auf den starken antikommunistischen Impuls der westlichen Dienste hin, die den Einfluss der damals starken »Partito Comunista Italiano« (»Kommunistische Partei Italiens«) fürchteten. Er belegt, dass die Dienste über den etwa 650 »aktive Kämpfer« umfassenden BAS und dessen »Schlachtplan zur Erkämpfung der Unabhängigkeit« eigentlich alles wussten. Genau werden im Buch auch die Hintergründe der »Feuernacht« vom 11./12. Juni 1961 geschildert, als durch die völkischen Separatisten Strommasten gesprengt wurden, um die norditalienische Industrie lahmzulegen. Ebenso werden die Rolle von NS-Verbrechern im Milieu zwischen Südtirol-Separatisten und Geheimdiensten, die Einbindung der Dienste und ihrer Agenten dort in die westeuropäischen »Stay Behind«-Netze und faschistische Akteur*innen in den italienischen Behörden quellengestützt beschrieben.

Für den Sommer 2021 ist das Erscheinen von Band zwei (»Segretissimo — Streng geheim!«) angekündigt, in dem es um die Ausspähung der Südtiroler »Patriotenszene« durch den westdeutschen Bundesnachrichtendienst und das ostdeutsche Ministerium für Staatssicherheit geht.

Christoph Franceschini: Geheimdienste, Agenten, Spione. Südtirol im Fadenkreuz fremder Mächte. Bolzano (Bozen) 2020, Edition Raetia, 512 Seiten, 24,90 Euro.

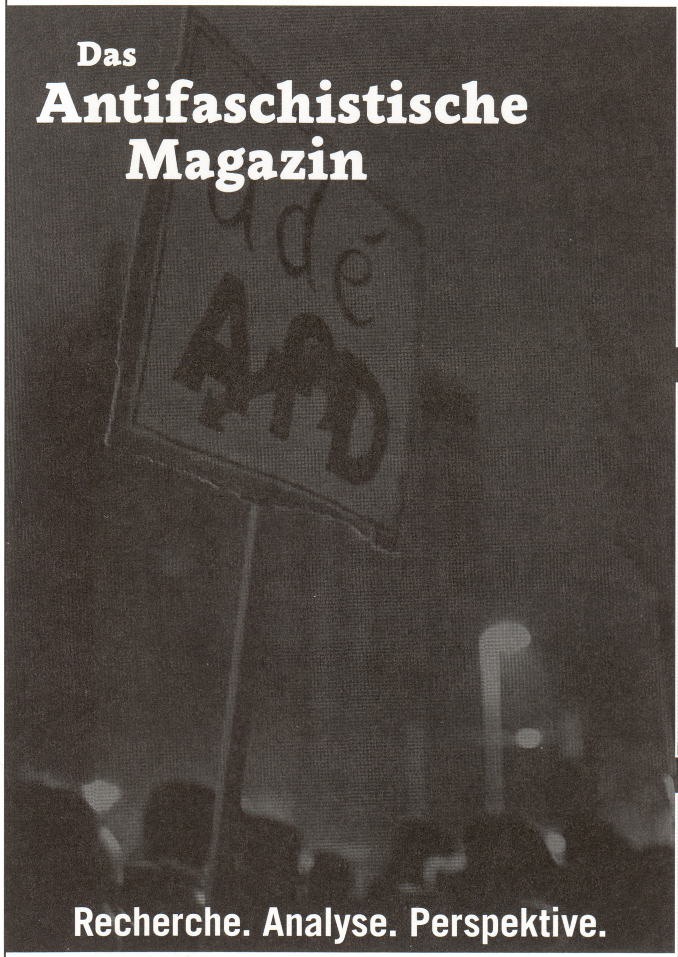
Den Schutz der
Impfung kannst
Du nicht teilen.
Aber mit einer
Spende kannst
Du einen Beitrag
für gerechte
Gesundheitssysteme weltweit leisten.
#IMPFSOLI

#impfsoli
there should be no nation in vaccination!

medico international

www.medico.de/impfsoli

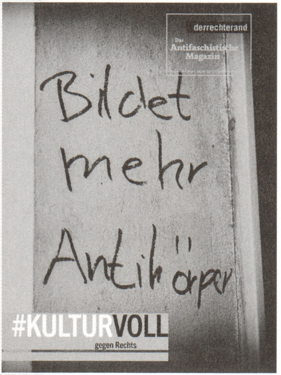
Verschenke doch ein Antifa ABO.

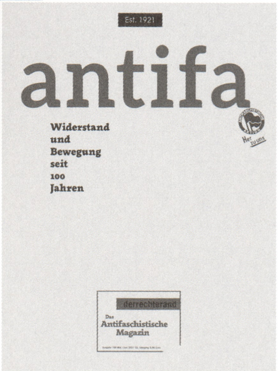


Das
Antifaschistische
Magazin

Recherche. Analyse. Perspektive.

Biedermänner & Brandstifter
derrechterand
Das Antifaschistische Magazin


derrechterand
Das Antifaschistische Magazin
Bildet mehr Antikörper
#KULTURVOLL
gegen Rechts


Est. 1921
antifa
Widerstand und Bewegung seit 100 Jahren
derrechterand
Das Antifaschistische Magazin

*Goethes Faust:
»Denn was man schwarz auf
weiß besitzt, kann man getrost
nach Hause tragen.«

www.der-rechte-rand.de

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für Antifaschist*innen

Twitter: @derrechterand
Facebook: facebook.com/derrechterand
Instagram: der.rechte.rand

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 3, 7, 29, 34, 35)
Presseservice Rathenow (Seiten 5, 6)
Endstation Rechts (Seite 8)
@derrechterand Archiv (Seiten 9, 15)
Sascha Schmidt (Seite 12)
Quelle: MM (Seite 16)
Privat (Seite 20)
Christian Ditsch (Seiten 26, 31)
Lisa Krug (Seite 32)
Ulf Stephan (Seite 36)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1619-1404

VBRG
OPFERHILFEFONDS
für Betroffene rechter, rassistischer
und antisemitischer Gewalt

Solidarität hilft!

Viele Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sind oft noch lange mit den Folgen des Angriffs konfrontiert: emotional, körperlich und materiell. Angegriffene geraten durch die Gewalterfahrung oft auch in finanzielle Schwierigkeiten: Und die Kosten für erfahrene Rechtsanwält*innen, Therapeut*innen oder auch ein gestohlenes Handy, zerstörte Autoreifen oder Fensterscheiben sind eine zusätzlich Belastung. Um die Angegriffenen nicht alleine zu lassen und ein deutliches Zeichen der Solidarität zu setzen, bietet der Opferhilfefonds des VBRG **unbürokratische und zeitnahe finanzielle Unterstützung.**
Für die solidarische und unkomplizierte Unterstützung durch den Opferfonds, sind wir auf Eure Spenden und Solidarität angewiesen. Denn #NurGemeinsam können Angegriffene die Folgen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt überwinden!

Kontodaten:
Empfänger: VBRG e.V.
Verwendung: Opferfonds
IBAN: DE38 4306 0967 1177 901301
BIC: GENO DE M1 GLS

www.verband-brg.de
Instagram + Twitter: @rechte_gewalt

#derrechterand
das antifaschistische Magazin

*Wir verachten die AfD und wir bekämpfen Faschist*innen.*

Recherche. Analyse. Perspektive. gibt es beim #AntifaMagazin im Abo.